VdK Zeitung

79. Jahrgang

Sozialverband VdK | BADEN-WÜRTTEMBERG | Juli/August 2026

THEMEN

Reportage
Leben und Arbeiten mit Familienanschluss Seite 3

Politik
Jeder Fünfte über 65 Jahre gilt als arm Seite 4

Gesundheit
Hitze besonders für ältere Menschen gefährlich Seite 7

VdK-TV
Schwerbehindertenausweis und Merkzeichen Seite 12

Verbraucher
Der Heizungstausch will gut überlegt sein Seite 23

Aus dem Landesverband
Sozialminister Hildenbrand im Interview Seite 13



Foto: picture alliance/Westend61/Andreas Strauß

Schöne Sommerzeit!

In den warmen Monaten lädt die Natur wie hier in Kärnten zum Entspannen ein. Die Redaktion wünscht Ihnen einen schönen Sommer und eine gute Lektüre der neuen VdK-ZEITUNG. Die nächste Ausgabe erscheint Ende August/Anfang September.

Eine gute Rente für alle sichern

VdK-Präsidentin Bentele appelliert: „Wir brauchen eine Rentenpolitik, die die Menschen mitnimmt“

Mit Spannung werden die Vorschläge der Alterssicherungskommission der Bundesregierung erwartet.

Die Bundesregierung wird mit den Vorschlägen der Alterssicherungskommission rasch das nächste Rentenpaket schnüren. Vertreterinnen und Vertreter aus der Zivilgesellschaft, wie der Sozialverband VdK, Gewerkschaften oder Wohlfahrtsverbände wurden nicht in die Kommission berufen, die vor allem aus Wirtschaftswissenschaftlern und Juristinnen besteht.

Im Vordergrund der Diskussionen stehen Vorschläge zur Wiedereinführung von Kürzungsfaktoren in die Rentenformel und zur Erhöhung der Altersgrenzen, ab denen abschlagsfreie Renten in Anspruch genommen werden können. Neue Kürzungsfaktoren würden das Rentenniveau nach dem Jahr 2031 von heute 48 auf 44 Prozent oder noch weniger abstürzen lassen. „Der VdK spricht sich klar gegen jede pauschale Anhebung der Altersgrenzen aus – sowohl bei der Regelaltersrente, bei der Rente für besonders langjährig Beschäftigte als auch für Schwerbehinderte“, betont VdK-Präsidentin Verena Bentele.

In einer alternden Gesellschaft mit unsicherer Wirtschaftslage und vielfältigen Herausforderungen wie dem industriellen Wandel und dem Vormarsch der künstlichen Intelligenz würde eine pauschale Anhebung der Altersgrenzen viele Menschen mit höheren Abschlägen und Armutsrenten zurücklassen. Die Kürzungspläne der Bundesregierung widersprechen den Vorstellungen und Erwartungen der Menschen in Deutschland. In einer repräsentativen YouGov-Umfrage im Auftrag des VdK sprachen sich drei Viertel der Befragten für eine Beibehaltung des abschlagsfreien Rentenzugangs ab 65 Jahren für besonders langjährig Versicherte aus. Noch deutlicher war die Zustimmung für Menschen mit einer Schwerbehinderung (78 Prozent).

Anstatt den Druck zu erhöhen und die Arbeitszeiten auszuweiten, fordert der VdK zukunftsweisende Vorschläge, damit es mehr Menschen gesund und zufrieden im Job bis zu den Altersgrenzen schaffen. Bentele sagt: „Ja, wir stehen vor demografischen Herausforderungen. Aber diesen Wandel können wir gestalten, wenn wir ihn nicht immer nur als Ausrede benutzen, um zu kürzen. Wir brauchen eine Rentenpolitik, die die Menschen mitnimmt – und keine Drohung mit der Peitsche, dass die Rente mit 70 kommen muss.“

Der VdK ist in der Rentenkommission des Deutschen Gewerkschaftsbunds vertreten und hat Vorschläge erarbeitet, um Altersarmut entgegenzuwirken und insbesondere älteren Beschäftigten mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen einen besseren Übergang in den Ruhestand zu ermöglichen.

Der VdK fordert, dass Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber mehr altersgerechte Arbeitsplätze und Teilzeitmodelle anbieten. Instrumente wie stufenweise Wiedereingliederung, betriebliches Gesundheitsmanagement und betriebliche Gesundheitsprävention müssen dringend flächendeckend angewendet werden. **Julia Frediani**

SEITE 5

So hilft der VdK



Foto: imago/blickwinkel

Ein Mädchen hatte bei der Geburt eine Hirnblutung und leidet daher an einer Cerebralparese – einer Bewegungsstörung. Mit Unterstützung des VdK haben die Eltern erreicht, dass die Krankenkasse einen besonderen Bewegungstrainer bezahlt. Die Klage war erfolgreich.



VdK lehnt GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz ab

Reform belastet gesetzlich Versicherte und schwächt Solidarität in der Krankenversicherung

Der Sozialverband VdK lehnt wesentliche Regelungen des GKV-Beitragsstabilisierungsgesetzes ab. „Die Reform setzt die falschen Schwerpunkte“, sagt VdK-Präsidentin Verena Bentele.

Statt einer solidarischen Finanzierung belastet das Gesetz vor allem jene Menschen, die ohnehin wenig haben, kritisiert Bentele. Dazu zählen nach Ansicht des VdK vor allem Geringverdienende, chronisch Kranke und Alleinverdiener-Familien.

Der VdK hält einen Bundeszuschuss für versicherungsfremde und familienpolitische Leistungen, der die Kosten vollständig deckt, für zielführender. Zwar erhöht der Bund die Bundesmittel für die Grundsicherungsbeziehenden bis zum Jahr 2030, kürzt aber gleichzeitig den allgemeinen Bundeszuschuss. „Diese Leistungen nutzen der ganzen Gesellschaft und sollten deshalb nicht von den Versicherten, sondern aus Steuermitteln beglichen werden“, sagt Bentele.

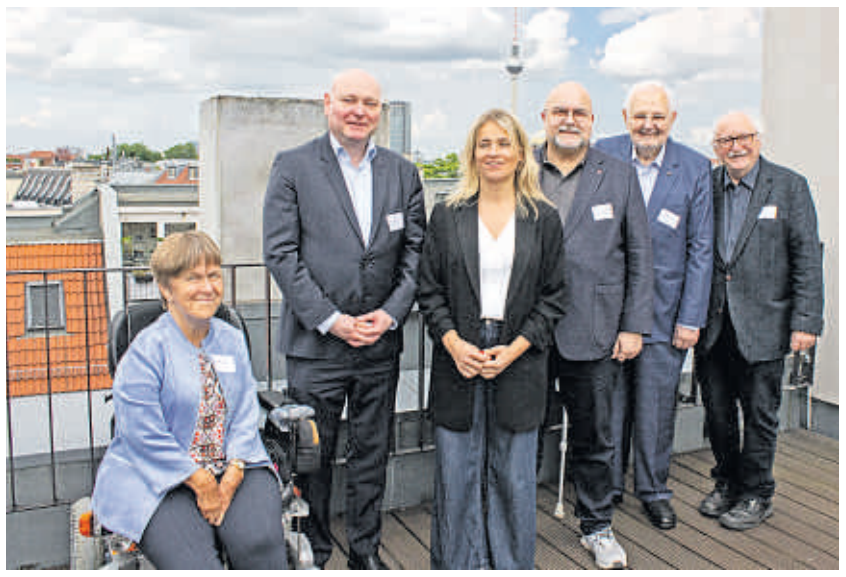
Die geplante Erhöhung der Zuzahlungen auf Medikamente, Heilmittel und weitere Leistungen um 50 Prozent sowie deren Dynamisierung bewertet der Verband als „Zusatzsteuer auf Krankheit“. „Bereits heute sind fünf bis zehn Euro pro Medikament für Menschen mit kleinen Renten und Einkommen eine große Belastung“, erklärt Bentele. Der VdK fordert schon lange, Zuzahlungen abzuschaffen. Zudem sollte die GKV die Kosten für medizinisch notwendigen Zahnersatz vollständig übernehmen.

Kritisch sieht der VdK den geplanten Beitragszuschlag von 2,5 Prozent für mitversicherte Ehepartnerinnen und -partner ab dem Jahr 2028. Dieser greift in ein Familienmodell ein, das wechselnde Bundesregierungen lange gezielt gefördert haben. „Hier braucht es längere Übergangsfristen und eine bessere soziale Abfederung für Haushalte mit kleinen Einkommen und besonderen Bedarfen“, fordert Bentele. **Kristin Enge**

Soziale Ausgaben als Investitionen

Gemeinsame Veranstaltung: „Den Sozialstaat ökonomisch neu denken“

Der Sozialstaat steht mit seinen Leistungen immer wieder in der Kritik. Er sei nicht mehr finanzierbar, so argumentieren seine Gegner. Der Sozialverband VdK brachte Mitte Juni Expertinnen und Experten zusammen, die zeigen konnten, wie wichtig der Sozialstaat für die Wirtschaft ist.



Die Teilnehmenden der Diskussion mit Matthias Schmidt-Ohlemann (rechts) von der Deutschen Vereinigung für Rehabilitation. Foto: Klaus Lange

Bei einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Titel „Den Sozialstaat ökonomisch neu denken“ des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB), der Deutschen Vereinigung für Rehabilitation und des VdK in Berlin wurde deutlich, dass Sozialleistungen einen erheblichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Mehrwert erzeugen. Sie sollten nicht als Mehrkosten, sondern vielmehr als aus Steuern und Versicherungsbeiträgen finanzierte Investitionen verstanden werden.

Achim Truger, Professor der Sozioökonomie an der Universität Duisburg-Essen und Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, ging in seinem Vortrag mit der Bundesregierung hart ins Gericht. Sie wolle den Anschein erwecken, als ob die aktuelle Wirtschaftskrise mit Kürzungen von Sozialleistungen zu beheben sei. Dabei habe die Krise nichts mit dem Sozialstaat zu tun. Vielmehr sei sie eine schwere Exportkrise, die einen Einbruch der Industrieproduktion mit sich gebracht habe, so der „Wirtschaftsweise“. Als „fatal“ schätzt Truger ein, dass sich die Bundesregierung künstlich unter Zeitdruck gesetzt habe, indem sie bis zur Sommerpause des Bundestags umfängliche Kürzungspläne in allen Sozialversicherungen vorlegen will. Dadurch lasse sie sich thematisch in die Enge treiben.

Höhere Einnahmen

Klaus Schellberg, Professor der Betriebswirtschaftslehre an der Evangelischen Fachhochschule Nürnberg, zeigte in seinem Vortrag, wie hoch soziale Dienst-, Transfer- und Versicherungsleistungen als Wertschöpfungsfaktoren für das Bruttoinlandsprodukt einzuschätzen sind. An der abschließenden Podiumsdiskussion nahmen neben dem „Wirtschaftsweisen“ Truger auch Harry Fuchs, Professor an der Fachhochschule Düsseldorf, die niedersächsische Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen Annetraud Grote, Markus Hofmann vom DGB sowie VdK-Präsidentin Verena Bentele teil.

Für den VdK steht fest: Die Stärkung der Kommunen gelingt nur, wenn man ihre Einnahmen verbessert und soziale Ausgaben als Investitionen behandelt. Die Schieflage der Sozialversicherungen entsteht dadurch, dass die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben nicht aus Steuern, sondern aus dem Sozialversicherungstopf finanziert werden. **Julia Frediani**

KOMMENTAR

Schutzlücken schließen



Verena Bentele
VdK-Präsidentin

Probleme bei der Wohnungssuche wegen eines ausländischen Namens, Absagen bei der Jobsuche wegen einer Behinderung, sexuelle Belästigung im Fitnessstudio oder die Verweigerung eines Kredits aufgrund des Alters: Tag für Tag gibt es in Deutschland Situationen, in denen Menschen sich aus ganz unterschiedlichen Gründen herabgesetzt und benachteiligt fühlen. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat ihre neuen Zahlen für das Jahr 2025 veröffentlicht. Die Beratungsanfragen sind im Vergleich zum Vorjahr um 15 Prozent auf rund 13000 Fälle gestiegen und erreichen damit einen traurigen Höchststand.
Am häufigsten meldeten sich mit 43 Prozent Betroffene einer rassistischen Diskriminierung. Mehr als jeder Vierte (27 Prozent) wandte sich wegen einer Behinderung oder einer chronischen Krankheit an die Stelle. Damit wurden in dieser Gruppe erstmals mehr als 3000 Fälle verzeichnet. Danach folgten Anfragen zu Altersdiskriminierung mit zwölf Prozent, zu Religion und Weltanschauung mit sieben Prozent und zur sexuellen Identität mit rund vier Prozent. Das zeigt, Diskriminierung ist weit verbreitet, betrifft viele Menschen und ist ein ernsthaftes gesellschaftliches Problem.
Die Bundesregierung hat die große Chance, mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz Schutzlücken zu schließen, damit sich Betroffene besser gegen Diskriminierung wehren können. Ein Fortschritt ist, dass Opfer sexueller Belästigung künftig leichter Schadensersatz und Entschädigung geltend machen können – bei anzüglichen Sprüchen, ungewollten Berührungen oder dem unvermittelten Zeigen pornografischer Bilder.
Doch leider lässt das Gesetz zu viele Ausnahmen zu. Wer zum Beispiel wegen einer Behinderung oder wegen des Alters keine Versicherung abschließen oder keinen Kredit aufnehmen kann, hat weiterhin kaum Chancen, dagegen vorzugehen – das ist nicht zu tolerieren.
Ich wünsche mir von den Abgeordneten mehr Mut beim Schutz vor Diskriminierung. Denn die Reife einer Demokratie misst sich auch daran, wie gut sie Minderheiten vor Ausgrenzung schützt.

Gerechte Gesundheitsversorgung

VdK-Bundesfrauenkommission fordert Reformen

Die Bundesfrauenkommission des Sozialverbands VdK hat sich in Berlin getroffen. 21 Vertreterinnen der Frauen aus den VdK-Landesverbänden tauschten sich über aktuelle sozialpolitische Themen aus und verabschiedeten eine Resolution zur guten Gesundheitsversorgung aller Geschlechter.

Darin fordert die Kommission die Bundesregierung, die Länder, die Krankenkassen sowie alle weiteren Akteure im Gesundheitssystem auf, die Gleichberechtigung von Frauen in medizinischer Versorgung, Forschung und Lehre verbindlich umzusetzen. Eine hochwertige, inklusive und bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung müsse für alle Frauen gewährleistet sein. Geschlechtersensible Medizin sei eine Frage von Qualität und Gerechtigkeit, so die Kommission.

VdK-Präsidentin Verena Bentele berichtete über aktuelle sozialpolitische Entwicklungen. Sie kritisierte insbesondere die drohenden Kürzungen im sozialen Bereich infolge der Reformvorhaben der Bundesregierung. Katharina Batz, Vorsitzende der Bundesfrauenkommission sowie VdK-Vizepräsidentin, betonte die wichtige Rolle des Verbands: „Als VdK werden wir hinhören und präsent sein und uns dafür einsetzen, besonders gefährdete Gruppen vor Verschlechterungen zu schützen.“ **ken**



Die Mitglieder der VdK-Bundesfrauenkommission erhielten bei einem Besuch Einblicke in die Arbeit des Bundestags. Foto: Klaus Lange

Workshop soziale Klimawende

Der Sozialverband VdK hat einen zweitägigen Workshop zur sozialverträglichen Klimapolitik für Referentinnen und Referenten der Landesverbände veranstaltet. Im Vordergrund stand der Austausch der Teilnehmenden.

Es ist abzusehen, dass in den kommenden Jahren klimapolitische Entscheidungen den sozialpolitischen Alltag auf Bundes-, Landes und auf kommunaler Ebene immer stärker prägen werden. Umso wichtiger war es, dass sich die Referentinnen und Referenten im VdK zu diesem Thema besser vernetzen konnten.

Zwölf Vertreterinnen und Vertreter aus neun VdK-Landesverbänden, acht Mitarbeitende aus dem Bundesverband in Berlin, dessen Geschäftsführung sowie VdK-Präsidentin Verena Bentele nahmen an dem Workshop teil. Dazu kamen Experten vom Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende, der Klima-Allianz sowie der Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer tauschten sich zu den Themen Klimaschutz an der Schnittstelle zur sozialen Gerechtigkeit, zu Gesundheitsfragen sowie zur Mobilitäts- und Energiewende aus. Wichtig war den Beteiligten, dass die inhaltlichen Berührungspunkte zu Gesundheit, Pflege, Barrierefreiheit sowie Frauen und Familie herausgearbeitet wurden. **juf**

Neuer Vorstand gewählt

VdK Sachsen-Anhalt: Zukunft sozial gestalten



Die Delegierten auf dem Landesverbandstag des VdK Sachsen-Anhalt in Magdeburg. Foto: VdK Sachsen-Anhalt

Beim Landesverbandstag des Sozialverbands VdK Sachsen-Anhalt am 8. April in Magdeburg haben die Delegierten einen neuen Landesverbandsvorstand gewählt. An dessen Spitze steht künftig Lutz Schütte-Krietsch.

„Ich trete dieses Amt an, um den VdK Sachsen-Anhalt weiter zu stärken – als verlässlichen Partner, als politische Kraft und als Gemeinschaft“, betonte Schütte-Krietsch nach der Wahl. Sein Ziel sei es, Brücken zwischen den Generationen, Stadt und Land sowie der Politik und dem Alltag der Menschen zu bauen.

Auf dem Landesverbandstag diskutierten die Delegierten auch die grundlegende Ausrichtung der Verbandsarbeit in den nächsten vier Jahren: Der VdK will soziale Themen verstärkt in die gesellschaftspolitischen Debatten in Sachsen-Anhalt einbringen. Die Beratungsangebote sollen ausgebaut werden, um mehr Menschen den Zugang zu kompetenter sozialrechtlicher Unterstützung zu ermöglichen. Auch das Ehrenamt soll stärker gefördert werden. Es habe den VdK erst zu dieser starken Gemeinschaft für die VdK-Mitglieder gemacht, betonte Schütte-Krietsch.

Gleichzeitig will der VdK-Landesverband moderner, digitaler und sichtbarer werden, ohne seine Nähe zu den Menschen und seine gewachsenen Werte zu verlieren. Der VdK Sachsen-Anhalt zählt aktuell fast 8500 Mitglieder. **ken**

Leben und Arbeiten mit Familienanschluss

Betriebe der Sozialen Landwirtschaft bieten Menschen mit Behinderung Beschäftigung und Wohnraum

Viele landwirtschaftliche Betriebe haben noch ein zweites Standbein: Soziale Landwirtschaft. Sie öffnen ihren Hof auch für Menschen mit Behinderung und bieten ihnen die Möglichkeit, dort zu wohnen und zu arbeiten. Die VdK-ZEITUNG hat zwei solcher Höfe besucht.



Foto: Annette Liebmann

Georg Haug kümmert sich jeden Tag um die Kühe. Ihm gefällt seine Arbeit auf dem Biobauernhof Leonhart.

Georg Haug kehrt den Boden im Kuhstall des Biobauernhofs Leonhart in Irsee im Allgäu. Den Stall sauber zu machen, gehört zu seinen täglichen Arbeiten, ebenso wie Stroh einstreuen und Kraftfutter holen. Einmal in der Woche mistet er den Stall für die Kälber aus. Nachmittags wechseln sich seine Aufgaben ab: Zäune reparieren, Rasen mähen oder Zaunpfähle schnitzen. „Meine Arbeit macht mir großen Spaß“, betont er.

Dass der 50-Jährige auf einem Bauernhof arbeitet, hat er seinem eigenen Engagement zu verdanken: 19 Jahre war er in einer Werkstätte für Menschen mit Behinderung beschäftigt. In der dortigen Schreinerei schnitt er Holz zu und machte Reparaturarbeiten, in seiner Freizeit half er auf dem Biobauernhof aus.

Mehrere Male hatte er Karin Leonhart angesprochen, ob er nicht bei ihr arbeiten könnte. 2019 vereinbarten sie, dass er ein vierwöchiges Praktikum machen kann. „Wir mussten uns erst aneinander gewöhnen“, sagt Karin Leonhart. Es hat geklappt, und nun hat Haug einen Außenarbeitsplatz auf dem Bauernhof. Offiziell ist er noch bei den Wertachtal-Werkstätten angestellt. Wenn es Probleme gibt, können sich Leonhart und Haug jederzeit an die dortigen Mitarbeitenden wenden.

Kein Job für jeden

„Georg Haug ist auf einem Bauernhof groß geworden. Er kennt die Arbeit und kann das gut machen“, erklärt Gerhard Schmid, Jobcoach bei den Wertachtal-Werkstätten der Lebenshilfe Ostallgäu. Arbeitsplätze außerhalb der Werkstatt sind nach Schmids Aussage nicht für jede Person mit Behinderung geeignet. „Viele von ihnen brauchen mehr Ansprache. Das kann ein normaler Betrieb nicht leisten“, so Schmid. Das bestätigt auch Karin Leonhart: „Wenn man im Stress ist, wird es schwierig. Damit muss man umgehen können.“

Teil der Gemeinschaft

„Wer denkt, er bekomme nur eine günstige Arbeitskraft, sollte es lieber bleiben lassen“, sagt Dr. Viktoria Lofner-Meir, Vorsitzende des Vereins Soziale Landwirtschaft Bayern. Gerade am Anfang sei es nicht einfach, ein Arbeitsverhältnis aufzubauen. Doch es könne sich lohnen – auch in menschlicher Hinsicht. „Es sollte eine Win-Win-Situation für beide sein.“

Ein Bauernhof sei nicht nur eine Produktionsstätte für Lebensmittel. „Er ist auch ein sozialer Ort, insbesondere wenn er von einer Familie geführt wird“, so Lofner-Meir weiter. „Alle Familienmitglieder helfen und arbeiten zusammen, um die notwendigen täglichen Arbeiten zu verrichten.“ Das könne für Menschen mit Behinderung wohltuend sein: „Sie werden in die Gemeinschaft integriert, respektiert und erleben Zusammenhalt.“

Klare Strukturen böten Orientierung und einen stabilen Rahmen. Die Arbeit werde als sinnvoll erlebt. „Direkter Kontakt zu Tieren, beispielsweise das Füttern, stärkt Verantwortungsbewusstsein, entspannt und kann heilsam sein. Auch Pflanzen zu säen und sie wachsen zu sehen, kann glücklich machen“, betont Lofner-Meir. „Diese Erfolge stärken das Selbstbewusstsein und das Gefühl der Selbstwirksamkeit.“



Foto: Annette Liebmann

Julia Meyer* liebt es, jeden Abend die Tiere zu füttern.

> „Pflanzen zu säen und sie wachsen zu sehen, kann glücklich machen“

Die Zielgruppen in der Sozialen Landwirtschaft reichen von Kindern über Jugendliche mit Lernschwierigkeiten, Menschen mit Assistenzbedarf und psychischen sowie physischen Einschränkungen, Suchterkrankten und Langzeitarbeitslosen bis hin zu Seniorinnen und Senioren. Sie alle können von der körperlichen Betätigung an der frischen Luft und einem Leben im Einklang mit dem natürlichen Rhythmus der Natur profitieren.

Auch Familie Reh aus Horgau im Landkreis Augsburg nimmt Menschen mit Behinderung auf – allerdings nicht, um zu arbeiten, sondern um dort zu wohnen. 2019 ist der erste Bewohner eingezogen, ein Bekannter der Familie. „Er hat sich schnell erholt und ist nach einem Jahr wieder ausgezogen“, berichtet Carolin Reh. Danach kamen noch drei weitere Bewohner, die sich durch das Landleben stabilisieren konnten und wieder ausgezogen sind, nachdem sie für sich neue Perspektiven gefunden hatten.

Leben mit Tieren

Seit 2023 lebt Julia Meyer* hier. Die 27-Jährige arbeitet bei den Ulrichswerkstätten und fährt dafür jeden Tag mit dem Bus zwei Stunden nach Augsburg und wieder zurück. Zuvor hatte sie in einer Wohngemeinschaft für Menschen mit Behinderung gelebt. Die Idee, auf einen Bauernhof zu ziehen, hatte ihr gesetzlicher Betreuer. „Weil ich Tiere sehr liebe“, sagt sie.

Auf dem Erlebnisbauernhof Reh leben zwei Hunde, drei Katzen, 15 Hühner und ebenso viele Küken, zwei Esel, zwei Zwergesel, drei Ziegen, 17 Kaninchen und vier Meerschweinchen. Außerdem gibt es Bienen und einen Fischteich – genug Tiere, um die sich Julia Meyer kümmern kann. Das tut sie auch: Abends nach der Arbeit hilft sie beim Füttern und streichelt die Kaninchen, die Hunde und die Katzen.

Diese Wohnform für erwachsene Menschen mit Behinderung nennt sich Betreutes Wohnen in Familien (BWF). Sie ist eine Leistung der Eingliederungshilfe, wird über den Bezirk finanziert und bietet nicht nur Familienanschluss, sondern auch viel persönliche Freiheit und Lebensqualität. Carolin Reh musste keine Ausbildung machen, um Meyer ein Zimmer vermieten zu können. Die Familie erhält Unterstützung durch ein Fachteam, an das sie sich bei Fragen und Problemen wenden kann. Vor allem aber begleitet das Team Meyer und führt mit ihr regelmäßig Gespräche über ihr Befinden und ihren Unterstützungsbedarf.

Die Familie stimmt ab

„Natürlich ist ein Mitbewohner immer ein Einschnitt in die Privatsphäre“, sagt Reh. „Bei uns wird abgestimmt, ob es passt oder nicht. Alle Familienmitglieder müssen damit einverstanden sein.“ Die Person wird von einem Wohlfahrtsverband an Familie Reh vermittelt. Nach einem Kennenlernen wird ein Probewohnen vereinbart. Wenn es gut läuft, zieht die neue Bewohnerin oder der neue Bewohner ein. Das Mietverhältnis ist unbefristet und bleibt bestehen, solange beide Seiten mit der Situation zufrieden sind.

Familie Reh unterstützt Julia Meyer auch im Alltag. „Das Schöne ist, dass wir eigentlich immer ansprechbar sind“, sagt Carolin Reh. Manchmal gibt es gemeinsame Unternehmungen, und am Wochenende wird zusammen gekocht und gegessen. Julia lebt sehr gerne auf dem Bauernhof. „Ich mag alles hier“, sagt sie.

Es kann funktionieren

Als Familie Derleth 2017 mitten in der Erntezeit von der Lebenshilfe gefragt wurde, ob sie einen Beschäftigten mit Behinderung aufnehmen kann, sagte sie sofort zu. „Ich war früher Erzieherin in einem Kindergarten und wusste, dass das funktionieren kann“, bekräftigt Margit Derleth. „Er hat ein dreitägiges Praktikum bei uns gemacht. Das hat so gut geklappt, dass wir beschlossen haben, ihm eine Chance zu geben“, fügt ihr Sohn Michael Derleth hinzu.

Fünf Jahre blieb der Mitarbeiter auf dem Biobauernhof. Als er ging, schrieb Michael Derleth die Stelle erneut aus. Christian, der neue Helfer, ist nun auch schon seit vier Jahren bei der Familie. Er arbeitet im Stall, kümmert sich um die Hühner, sortiert Eier und hilft im Hofladen. „Ich lasse ihn so viel wie möglich alleine machen“, sagt Michael Derleth. Wenn es mal nicht klappt, ist er in greifbarer Nähe und unterstützt ihn.

Die Vermittlung der Stelle läuft über den sozialen Träger, in diesem Fall das Dominikus-Ringeisen-Werk. Am Anfang brauchte es zwar Zeit, um ihn an seine Arbeit zu gewöhnen, aber jetzt ist der 39-Jährige eine große Hilfe. Michael Derleth ist froh, dass er Christian als Mitarbeiter hat – zumal der Arbeitsmarkt im Bereich Landwirtschaft so gut wie leergefegt ist.

Mittlerweile beschäftigt die Familie zusätzlich eine junge Frau, die von der Lebenshilfe Schweinfurt kommt. „Sie hat gefragt, ob sie bei uns im Hofcafé ein Praktikum machen kann“, erzählt Margit Derleth. Nach zwei Monaten haben ihr die Derleths einen festen Arbeitsvertrag angeboten. „In der Werkstatt war sie oft krank. Jetzt sagt sie: ‚Ich kann meine Kollegen nicht im Stich lassen.‘“

„Wir haben bisher gute Erfahrungen gemacht“, sagt Michael Derleth. In einem landwirtschaftlichen Betrieb gebe es immer Arbeit. Für Menschen mit Behinderung müsse sie nur manchmal umgestaltet werden. „Ich werfe die Menschen gerne ins kalte Wasser“, so Derleth weiter. „Aber ich bleibe natürlich am Beckenrand stehen, um im Notfall helfen zu können.“

Annette Liebmann

**Name von der Redaktion geändert*



Christian arbeitet seit vier Jahren auf dem Naturlandhof Derleth. Zu seinen Aufgaben gehört das Sortieren der Eier. Foto: Margit Derleth

Im Ruhestand reicht bei vielen das Geld nicht

Paritätischer Wohlfahrtsverband: Armutsbetroffenheit so hoch wie seit fünf Jahren nicht mehr

In Deutschland sind 13,3 Millionen Menschen von Armut betroffen. Die Armutsquote ist von 2024 auf 2025 um 0,6 Prozent auf 16,1 Prozent gestiegen – das ist der höchste Stand seit fünf Jahren. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, Frauen und ältere Menschen.



Jede fünfte Person ab 65 Jahren gilt in Deutschland als armutsgefährdet. Foto: picture alliance/Westend61/Ok Shu

Laut dem aktuellen Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands verschärft sich die soziale Spaltung. Hierzulande leben so viele Menschen in Armut wie seit 2020 nicht mehr. Gleichzeitig wächst die Kluft zwischen den Regionen und Bevölkerungsgruppen.

In besonderem Maß betrifft diese Entwicklung Ältere, Frauen und Alleinerziehende. Mit einer Armutsquote von 19,5 Prozent ist inzwischen fast jede fünfte Person ab 65 Jahren armutsgefährdet, bei Frauen über 75 Jahren sind es sogar 21,3 Prozent, bei Alleinerziehenden 28,9 Prozent.

Hinter den steigenden Armutszahlen stehen konkrete Einschränkungen im Alltag: Millionen Menschen können sich unerwartete Ausgaben nicht leisten, sparen beim Heizen oder verzichten auf gesellschaftliche Teilhabe. Nach Angaben des Paritätischen leben 4,6 Millionen Menschen inzwischen in erheblicher materieller Entbehrung. Der Armutsbericht macht außerdem große Unterschiede zwischen den Bundesländern aus: Während in Bayern etwa jede achte Person von Armut betroffen ist, gilt dies in Sachsen-Anhalt für mehr als jede fünfte Person. In Bremen lebt sogar mehr als jede vierte Person in Armut.

Auskömmliche Rente

Der Paritätische kritisiert vor diesem Hintergrund die aktuellen Sparpläne der Bundesregierung etwa beim Wohngeld und beim Unterhaltsvorschuss. Dadurch würde sich die Armut von Personengruppen, die ohnehin betroffen sind, wie ältere Menschen und Alleinerziehende, verschärfen. Auch der Sozialverband VdK warnt davor, weiter Sozialabbau zu betreiben. Er fordert eine auskömmliche Rente, die zuverlässig vor Altersarmut schützt. Dafür muss das Rentenniveau langfristig auf 53 Prozent angehoben werden.

Gerade Menschen mit geringem Einkommen seien auf eine gute kostenlose Gesundheitsversorgung und bezahlbare Pflegeleistungen angewiesen, erklärt VdK-Präsidentin Verena Bentele. „Wenn diese sozialen Sicherheiten wegfallen, gewinnen Demokratiefeinde

ARMUT

In der Europäischen Union gelten Menschen, denen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung stehen, als armutsgefährdet oder arm. Bei Alleinlebenden lag diese Grenze in Deutschland zuletzt bei netto 1445 Euro im Monat, für Haushalte mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren bei 3035 Euro. Berücksichtigt wird bei der Berechnung das gesamte Nettoeinkommen eines Haushalts.

VdK: Lohntransparenz schnell umsetzen

Die Bundesregierung hat die EU-Entgelttransparenzrichtlinie nicht fristgerecht zum 7. Juni in nationales Recht umgesetzt. Die Vorgabe soll dazu beitragen, die Einkommenslücke zwischen Männern und Frauen zu überwinden.

Die EU-Entgelttransparenzrichtlinie soll die Lohndiskriminierung beenden und die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stärken. Der Sozialverband VdK kritisiert, dass die Bundesregierung die EU-Vorgabe noch nicht umgesetzt hat und vermisst den politischen Willen, die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen schnell zu schließen. Ankündigungen aus dem Bundesfamilienministerium deuten darauf hin, dass die EU-Richtlinie in Deutschland erst in zwei Jahren gelten könnte.

Nach Ansicht von VdK-Präsidentin Verena Bentele steht der Aufschub im Widerspruch zu den Gleichstellungszielen der Bundesregierung. „Jeder Monat Verzögerung bedeutet für viele Frauen potenziellen Lohnverlust und die Fortschreibung ungerechter Einkommensstrukturen“, sagt sie.

Der VdK fordert, die Richtlinie und insbesondere den individuellen Lohn-Auskunftsanspruch sowie Sanktionen bei Verstößen gegen unbegründete Ungleichbezahlung schnell und ambitioniert in nationales Recht umzusetzen. „Das ist der richtige Schritt, um eine systematische Lohn-Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt zu bekämpfen“, so Bentele. **cis**

Erwartungen an den Sozialstaat

Umfragen ergeben ein Bild, wie die Bürger geplante Reformen bewerten

Der Sozialstaat steht vor nachhaltigen Veränderungen. Während in Kommissionen über Reformen verhandelt wird, liefern Umfragen ein deutliches Bild davon, was die Bevölkerung erwartet und an Anpassungen mitzutragen bereit ist.

Vier von fünf Bürgerinnen und Bürgern finden, dass der Wohlstand in Deutschland ungerecht verteilt ist. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap unlängst im Auftrag der ARD durchgeführt hat.

Dieses Urteil zieht sich quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen. Zugleich bleibt es nicht bei einem diffusen Unbehagen – eine deutliche Mehrheit befürwortet konkrete Umverteilungsmaßnahmen. 64 Prozent der Befragten sprechen sich für eine Vermögensteuer aus, rund 61 Prozent für höhere Steuern auf besonders große Erbschaften. Die Umfrageergebnisse zeigen: Der Wunsch nach einer Steuerreform ist nicht nur vorhanden, sondern politisch klar adressiert. „Die Regierung tut gut daran, die Erwartungen der Menschen ernst zu nehmen und daran die sozialpolitischen Reformen auszurichten“, erklärt VdK-Präsidentin Verena Bentele.

Auch die Einstellungen zu einer leistungsgerechten Altersvorsorge werden in den Umfrageergebnissen eindeutig formuliert. Eine Reduzierung auf eine bloße Grundabsicherung lehnen 69 Prozent ab – bei Geringverdienenden sogar 75 Prozent. „Wer lange gearbeitet hat, will sich darauf verlassen können, dass die gesetzliche Rente den Lebensstandard sichert“, so Bentele. Eine Befragung im Rahmen des DGB-Sozialstaatsradars hatte kürzlich ergeben, dass sogar rund drei Viertel der Beschäftigten bereit wären, höhere Beiträge zu zahlen, um das Rentenniveau zu stabilisieren.



In Deutschland ist ein Großteil der Menschen der Auffassung, dass der Wohlstand nicht gerecht verteilt ist. Foto: picture alliance/blickwinkel/McPhoto/M. Gann

Mehr Gerechtigkeit

Auch strukturelle Reformideen stoßen auf breite Zustimmung. Seit Jahren befürwortet eine große Mehrheit eine Rentenversicherung für alle, in die auch Beamte und Politiker einzahlen – aktuell sind es 86 Prozent. Angesichts steigender Beamtenpensionen und wachsender Sorgen vieler Rentnerinnen und Rentner wirkt das Bedürfnis nach mehr Gerechtigkeit nur folgerichtig. Umso widersprüchlicher erscheint die politische Praxis. Anstatt die gesetzliche Rente gezielt zu stärken, werden die Spielräume durch Kürzungen des Bundeszuschusses eingeengt. Damit droht eine Reformdebatte, die an den Erwartungen der Bevölkerung vorbeigeht. „Wer den Sozialstaat zukunftsfest machen will, sollte die vorliegenden Signale aus der Bevölkerung ernst nehmen – sie sind klarer, als es manche politische Diskussion vermuten lässt“, sagt Bentele. **Jörg Ciszewski**

Finger weg vom Elterngeld

VdK: Familien stärken, statt Leistungen zu kürzen

Überlegungen der Bundesfamilienministerin, das Elterngeld zu kürzen, lehnt der Sozialverband VdK entschieden ab. Das wäre sozialpolitisch ein fatales Signal.

Das Bundesfamilienministerium prüft laut Berichten im Rahmen der Haushaltsverhandlungen für das Jahr 2027 Einsparungen von rund 540 Millionen Euro. Auch familienpolitische Leistungen stehen offenbar zur Disposition.

Der VdK warnt vor Kürzungen beim Elterngeld. Für den Verband ist klar, welche roten Linien nicht überschritten werden dürfen: Weder darf der Bezugszeitraum von derzeit 14 Monaten verkürzt noch der Bezugssatz von 65 Prozent des Nettoeinkommens gesenkt werden. Auch Zuschläge für Geringverdienende sowie Mehrlings- und Geschwisterboni dürfen weder gekürzt noch gestrichen werden.

Besorgniserregend ist aus Sicht des VdK, dass auch Kürzungen beim Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende diskutiert werden. Diese wichtige Leistung wurde erst im Jahr 2017 allen Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern zugänglich gemacht. Eine Zurücknahme ist nicht hinnehmbar.

Gerade Alleinerziehende, Familien mit geringem Einkommen, Familien mit Kindern mit Behinderung sowie Familien mit Frühgeborenen sind in dieser Lebensphase auf verlässliche Unterstützung angewiesen. Sie würden von



Viele Familien sind auf das Elterngeld angewiesen. Foto: picture alliance/Zoonar/Iuliia Zavalishina

pauschalen Kürzungen besonders hart getroffen.

„Die soziale Ungleichheit zwischen Familien wächst ohnehin. Sparmaßnahmen, die vor allem Kinder aus Familien mit wenig Geld treffen, sind nicht akzeptabel“, macht VdK-Präsidentin Verena Bentele deutlich. „Der Koalitionsvertrag sieht vor, das Elterngeld zu stärken. Dieses Versprechen muss eingehalten werden.“ Der VdK fordert, Alleinerziehende, Familien mit Kindern mit Behinderung und Frühgeborenen sowie Familien mit geringem Einkommen gezielt zu unterstützen. „Auf deren Kosten zu sparen wäre falsch, es würde die Chancen auf Bildung und Teilhabe von Kindern noch weiter einschränken.“ **cis**

Ein Bewegungstrainer für Sophie

Krankenkasse weigerte sich, Gerät für schwerbehinderte Jugendliche zu zahlen – VdK gewinnt Klage

Sophie Conrad hatte bei der Geburt eine Hirnblutung und leidet deshalb an einer Cerebralparese – einer Bewegungsstörung. Mit Unterstützung des VdK haben die Eltern erreicht, dass die Krankenkasse einen besonderen Bewegungstrainer bezahlt.

Die heute 15-Jährige hat Pflegegrad 4 und wird immer auf Hilfe angewiesen sein. Epileptische Anfälle, Lähmungserscheinungen, eine unzureichende Ausbildung der Hüftpfannen und eine linksbetonte Spastik sind nur einige Details ihrer umfangreichen Krankenakte. Sophie kann auch nicht richtig sprechen.

Das Mädchen ging in eine Kinderkrippe und einen Inklusionskindergarten. Mittlerweile ist sie in der Körperbehindertenschule in Nürnberg. In drei Jahren wird die Schule beendet sein. Ihre Eltern sind immer auf der Suche nach Therapien, die ihrer Tochter und ihnen etwas Erleichterung im Alltag verschaffen. Während eines Aufenthalts in der Schön Klinik Vogtareuth probierte das Mädchen den sogenannten Innowalk aus, eine Art Stepper. „Sie wird auf dem Gerät angegurtet und vom Sitz in den Stand gebracht, wo sie Laufbewegungen machen kann“, erklärt Mutter Silke Conrad. Durch das Training mit dem Gerät kam es schnell zu Verbesserungen. „Plötzlich ging der Positionswechsel vom Rollstuhl auf einen normalen Stuhl oder ins Auto viel besser“, erzählt sie. „Sophie hat sich selbst gedreht. Das hatte sie vorher lange Zeit nicht mehr gemacht. Anscheinend nimmt sie durch das Training mit dem Gerät ihre Beine wieder besser wahr und es erfolgt ein gezielter Muskelaufbau“, sagt Silke Conrad. „Das war für uns ein Aha-Erlebnis.“ Für die Eltern war klar, dass sie den „Innowalk“ dauerhaft für ihre Tochter haben wollten. Es dauerte zwei Jahre, bis sie die Bewilligung der Krankenkasse bekamen. Erst die fachkundige Betreuung des Sozialverbands VdK brachte die Wende.



Sophie Conrad trainiert regelmäßig zu Hause mit dem „Innowalk“. Pro Trainingseinheit kommt sie auf 150 Meter. Foto: privat

Sozialrechtsvertreter Tino Keller von der VdK-Bezirksgeschäftsstelle Mittelfranken in Nürnberg war mit der Krankenkassenstreitsache betraut. Er erzählt, dass die Eltern zunächst selbstständig versucht hatten, das Gerät von der Krankenkasse zu bekommen. Mit Bescheid vom 12. Juni 2024 wurde der „Innowalk“ als Hilfsmittel allerdings abgelehnt. Der eingelegte Widerspruch der Eltern brachte auch keinen Erfolg. Die Krankenkasse erachtete das Hilfsmittel als nicht notwendig und verwies darauf, dass Leistungen zweckmäßig und wirtschaftlich sein müssen.

Daraufhin beauftragten die Eltern den VdK mit der Angelegenheit. „Mit Klageschrift vom 16. Dezember 2024 wurde der Fall zur richterlichen Überprüfung eingereicht“, so Keller. Ausschlaggebend war, dass dieses Heil- und Hilfsmittel ärztlicherseits befürwortet wurde, um eine Bewegungstherapie des hochgradig behinderten jungen Mädchens zu gewährleisten. Der VdK reichte aussagefähige ärztliche Gutachten ein. „Es konnte nachgewiesen werden, dass alle anderen medizinischen Behandlungsmöglichkeiten keinen spürbaren Effekt hatten und die krankheitsbedingte Immobilität von Sophie nicht positiv beeinflussten“, sagt Keller.

Am 23. Oktober 2025 wurde das Hilfsmittel schließlich von der Krankenkasse bewilligt. „Wir hatten mit dem VdK einen starken Partner und Experten. Jemanden, der auf Augenhöhe mit der Krankenkasse kommuniziert“, resümiert Silke Conrad. **Petra J. Huschke**

Als Berufskrankheit anerkannt

Flugzeugmechaniker arbeitete mit krebserregenden Stoffen und erkrankte

Der VdK Hessen-Thüringen hat vor dem Sozialgericht erstritten, dass die Krebserkrankung eines Mitglieds auf dessen berufliche Tätigkeit zurückzuführen ist (Az. S 3 U 180/22). Die Berufsgenossenschaft hatte sich gegen die Anerkennung als Berufskrankheit gewehrt.

Claude Grompe arbeitete während seines Berufslebens oft mit Chemikalien. Der heute 65-Jährige hatte im Anschluss an eine Lehre als Automechaniker von 1982 bis 1986 bei der Bundeswehr eine Ausbildung zum Flugzeughydraulikmechaniker gemacht. Seit 1986 war er bei der Lufthansa als Flugzeugmechaniker beschäftigt.

Zu seinen Aufgaben gehörten regelmäßige Rissprüfungen, um eventuelle Schäden an Flugzeugbauteilen sichtbar zu machen. Dabei kamen spezielle Farbstoffe zum Einsatz, die krebserregend waren. Für die Tätigkeit bei der Bundeswehr stellte sein Arbeitgeber zwar Handschuhe zur Verfügung. Die waren allerdings „aus Wildleder und nicht ganz dicht“, erinnert sich Grompe. Für die Rissprüfung wurde der Farbstoff aufgesprüht. „Es gab dort auch keine Atemschutzvorrichtungen oder Masken irgendeiner Art.“

Im Januar 2020 klagte der Hesse über gesundheitliche Beschwerden. Er hatte plötzlich Blut im Urin und sein Arzt überwies ihn zu einem Urologen. Bei der Ultraschalluntersuchung stellte dieser Blasenkrebs fest. Drei Tage später wurde Grompe schon an der Blase operiert und unterzog sich danach einer Chemotherapie.



Claude Grompe ist nach dem Gerichtsurteil erleichtert. Foto: privat

Kollege auch erkrankt

In seinem Betrieb erfuhr er, dass ein Kollege ebenfalls an Blasenkrebs erkrankt war und die Berufsgenossenschaft (BG) diesen als Berufskrankheit anerkannt hatte. Grompes Krankenkasse zeigte daraufhin bei der BG den Verdacht auf eine Berufskrankheit an.

Die BG ließ zunächst über den Präventionsdienst ermitteln, ob und in welchem Umfang Grompe bei seinen beruflichen Stationen krebserregenden Stoffen ausgesetzt war und beauftragte ein arbeitsmedizinisches Gutachten. Das kam zu dem Ergebnis, dass zwischen den beruflichen Tätigkeiten und dem Blasenkrebs kein Zusammenhang bestehe. Dafür sei die Einwirkungszeit des krebserregenden Stoffes zu kurz gewesen.

Grompe legte mit dem VdK in Darmstadt Widerspruch gegen die Ablehnung ein – erfolglos. Daraufhin klagte der VdK gemeinsam mit seinem Mitglied vor dem Sozialgericht. Dieses stellte fest, dass der Blasenkrebs als Berufskrankheit anzuerkennen ist. Der Kläger sei mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bei den Rissprüfungen krebserregenden Stoffen, nämlich aromatischen Aminen, ausgesetzt gewesen. Es sei hinreichend wahrscheinlich, dass darauf die Krebserkrankung des Klägers zurückzuführen ist. Das Gericht war der Auffassung, dass auch geringe Einwirkungszeiten des krebserregenden Stoffes ausreichen, wenn andere wahrscheinliche Ursachen der Erkrankung ausgeschlossen werden können. Damit schloss sich das Sozialgericht der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts an (Az. B 2 U 8/21 R). Dass der Kläger über rund zehn Jahre bis 2002 etwa zehn Zigaretten am Tag geraucht hatte, kam nicht als Ursache infrage.

Grompe ist erleichtert, dass fast sechs Jahre nach dem Beginn der Krebserkrankung endlich Klarheit besteht. „Ich bin froh, dass ich den VdK an meiner Seite hatte, um diesen langen Prozess durchzuhalten.“ **Jörg Ciszewski**

– Anzeige –

Anzeige

Lifta

Ein Hauslift im eigenen Haus: Warum sich der Einbau unkompliziert umsetzen lässt.

Moderne Hauslifte lassen sich ohne große Umbauten in bestehende Wohnsituationen integrieren. Wer über einen Hauslift nachdenkt, hat oft erst einmal Bedenken. Viele stellen sich eine große Baustelle im eigenen Zuhause vor, verbunden mit Lärm, Staub und langen Umbauzeiten. In manchen Fällen geht die Vorstellung sogar so weit, dass für die Dauer der Arbeiten ein Auszug notwendig wäre. Tatsächlich zeigt sich immer wieder, dass der Einbau eines privaten Aufzugs deutlich aufwendiger eingeschätzt wird, als er heute ist.

Deutlich schneller als erwartet

Moderne Hauslifte lassen sich in kurzer Zeit installieren. Sobald der Deckenausschnitt vorbereitet ist, dauert der Einbau meist nur etwa zwei Tage. Die Arbeiten sind so organisiert, dass sie möglichst staubarm und ohne große Beeinträchtigungen ablaufen. Das bedeutet auch: Das eigene Zuhause bleibt währenddessen ganz normal nutzbar. Ein vorübergehender Umzug oder zusätzliche Kosten für eine andere Unterkunft sind nicht nötig.

Nachträglicher Einbau ohne großen Umbau

Ein großer Vorteil von Hausliften liegt in ihrer Flexibilität. Sie können auch nachträglich in bestehende Häuser eingebaut werden. Hauslifte, wie der von Lifta, benötigen keinen Aufzugsschacht, da sie ein selbsttragenden Schienensystem nutzen. Somit ist keine Baugenehmigung erforderlich. Auch bei einer bestehender Fußbodenheizung ist ein Einbau problemlos möglich. Der Lift benötigt nur wenig Platz und wird direkt in den Wohnraum integriert. So entsteht eine Verbindung zwischen den Etagen, ohne dass das Zuhause grundlegend verändert werden muss.

Eine Lösung, die sich dem Alltag anpasst

Der Lifta Hauslift ist darauf ausgelegt, den Alltag einfacher zu machen. Das zeigt sich nicht nur in der Nutzung, sondern bereits beim Einbau. Von der Planung bis zur Installation begleiten erfahrene Ansprechpartner den gesamten Prozess und sorgen für einen reibungslosen Ablauf.



Lifta Hauslift beim Einbau



Wir beraten Sie gerne persönlich – rufen Sie uns gebührenfrei an unter:

0800 53 55 506

Für mehr Informationen hier scannen:

www.lifta.de/vz

Reform verunsichert Pflegebedürftige und Angehörige

Nach Plänen der Bundesregierung sollen Leistungen eingeschränkt werden – für bisherige Pflegefälle gilt ein Bestandschutz

Die vom Bundesgesundheitsministerium geplante Pflegereform sieht deutliche Einschnitte bei der pflegerischen Versorgung vor. Der Sozialverband VdK warnt vor den Folgen.



Der VdK befürchtet, dass die häusliche Pflege geschwächt wird. Foto: picture alliance/photothek/Ute Grabowsky

Noch hat der Bundestag den Gesetzentwurf nicht verabschiedet. Aber wenn er so in ein Gesetz gegossen wird, wird sich die Lebenssituation von Menschen mit Pflegebedarf und deren Familien womöglich erheblich verschlechtern.

Als sehr kritisch bewertet der Sozialverband VdK, dass es in Zukunft schwieriger werden soll, Zugang zu Leistungen der Pflegeversicherung in den Pflegegraden 1 und 3 zu erhalten. Nach den bisherigen Plänen von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken soll es einen Bestandschutz für bisherige Pflegefälle geben.

Falscher Ansatz

VdK-Präsidentin Verena Bentele kritisiert: „Dass Pflegebedürftigkeit auf dem Papier erst später anerkannt werden soll, ändert nichts an der tatsächlichen Notwendigkeit pflegerischer Versorgung. Pflegebedürftigkeit verschwindet nicht dadurch, dass die Pflegebedürftigen weniger Leistungen erhalten, sondern dadurch, dass man ihr mit Unterstützung begegnet."

Der VdK geht davon aus, dass durch die geplante Reform in Zukunft jährlich 120000 Menschen weniger einen Pflegegrad erhalten als heute. Weitere 100000 Menschen könnten zukünftig in einen niedrigeren Pflegegrad eingestuft werden, als heute üblich.

Ein weiteres Detail aus den Plänen von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken stuft der VdK als problematisch ein. Die Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige sollen auf 70 Prozent der bisherigen Werte reduziert werden. Bisher erworbene Anwartschaften sollen davon unberührt bleiben. Bentele hält das für falsch: „Damit würde die Situation von pflegenden Angehörigen erheblich geschwächt werden. Dies ist ein Schlag ins Gesicht dieser Menschen, die sich nicht nur für ihre Angehörigen aufopfern, sondern der Pflegeversicherung durch die Aufrechterhaltung der häuslichen Pflege auch noch bares Geld sparen."

Besonders kritisch bewertet der VdK, dass die Kürzung vor allem Frauen betreffen würde – die Bevölkerungsgruppe, bei der Altersarmut besonders häufig anzutreffen ist. Wenn die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge wirklich umgesetzt werden sollte, würde sich weibliche Altersarmut noch weiter verschärfen.

Stärkere Belastung

Zurzeit werden gut verdienende erwachsene Kinder mit einem Bruttoeinkommen von mehr als 100000 Euro im Jahr dazu verpflichtet, ihre pflegebedürftigen Eltern finanziell zu unterstützen. In einem weiteren Schritt über eine noch kommende Gesetzesreform der Sozialhilfe soll diese gängige 100000-Euro-Grenze aufgehoben werden. Erwachsene Kinder sollen in Zukunft bei der Pflege ihrer Eltern wieder stärker finanziell in die Verantwortung genommen werden. Hier wird es Ausnahmen geben – dennoch wird dies zu einer höheren Belastung der Angehörigen führen.

Diese Pläne kritisiert Bentele scharf: „So etwas darf kein Einfallstor zum Ausschluss von Ansprüchen in Sozialversicherungen werden. Umverteilung und die gerechte Heranziehung von hohen Einkommen und Vermögen sind nicht Aufgabe der Pflegeversicherung, sondern des Fiskus."

Begleitung in der Pflege

Der VdK bewertet an dem neuen Gesetzesentwurf positiv, dass die Einführung einer Pflegebegleitung geplant ist. Nach Ansicht des Verbands scheitern Pflegebedürftige und ihre Angehörigen viel zu häufig daran, die passende Unterstützung zu erhalten. Diese Begleitungen könnten durch den Dschungel von Angeboten und Leistungsansprüchen führen. Sie können Pflegebedürftige präventiv unterstützen und sie auf passende Angebote aufmerksam machen.

Julia Frediani

VdK Zeitung
digital & barrierefrei
Schneller und papierlos zu Ihrer VdK-Zeitung! Abonnieren Sie die E-Ausgabe.
Infos und Anmeldung unter: vdk.de/abo-ezeitung

Überblick über Versorgung vor Ort

Kostenlose Beratungsangebote für Pflegebedürftige und Angehörige

Der Anruf kommt oft ohne Vorwarnung. Die Mutter ist gestürzt oder der Partner braucht plötzlich Unterstützung rund um die Uhr. In solchen Momenten müssen sich Betroffene und ihre Angehörigen durch ein Dickicht aus Anträgen, Zuständigkeiten sowie Entscheidungen kämpfen und wissen häufig nicht, wo sie anfangen sollen. Genau hier kann eine Beratung in einem Pflegestützpunkt hilfreich sein.



Bei einem Beratungsgespräch werden Fragen rund um die häusliche Pflege geklärt. Foto: picture alliance/dpa-Themendienst/Franziska Gabbert

Die Stützpunkte sind Beratungsstellen, die es in fast allen Bundesländern gibt. Hier können sich Menschen mit Pflegebedarf und deren Angehörigen unabhängig und umfassend beraten lassen. Die Beraterinnen und Berater sind neutrale Ansprechpersonen, die den Überblick über das gesamte Pflegeversorgungssystem bieten.

Wer einen Pflegegrad beantragen möchte, bekommt dort Unterstützung – von der ersten Orientierung bis zur Vorbereitung auf den Gutachterbesuch. Wer einen Pflegedienst sucht oder sich fragt, ob ein Pflegeheim die richtige Entscheidung ist, kann in einem Pflegestützpunkt konkrete Informationen und Empfehlungen erhalten.

Ein weiterer Vorteil: Die Beraterinnen und Berater der Pflegestützpunkte kennen die Angebote vor Ort. Sie wissen, welche Pflegedienste in der Region arbeiten, welche ehrenamtlichen Initiativen es gibt oder an wen man sich bei besonderen Situationen – etwa einer Demenzerkrankung – wenden kann. Die meisten Pflegestützpunkte liegen in gemeinsamer Trägerschaft von Kommunen oder Landkreisen und Kranken- oder Pflegekassen.

Regionale Unterschiede

Nach Ansicht des Sozialverbands VdK gibt es bei diesem Beratungsangebot jedoch Schwächen in der Umsetzung des gesetzlichen Auftrags. Die Bundesländer können selbst entscheiden, wie viele Stützpunkte sie anbieten und wie sie genau organisiert sind. In Deutschland gibt es regional große Unterschiede, wie das Beispiel Bayern zeigt. Beispielsweise gibt es im Bezirk Oberbayern 22 und im Bezirk Unterfranken elf Pflegestützpunkte, in den Bezirken Oberpfalz und Niederbayern aber nur jeweils einen. Von einer flächendeckend gleichmäßigen Versorgung kann deshalb nicht gesprochen werden.

Der VdK fordert, dass die Pflege zu einer Pflichtaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge wird. Nur so könnten wohnortnahe Beratungsangebote flächendeckend umgesetzt werden. Informationen über den nächstgelegenen Pflegestützpunkt sind in der Online-Datenbank des Zentrums für Qualität in der Pflege (ZQP) veröffentlicht. **Julia Frediani**

www.zqp.de

– Anzeige –
Sorgenfrei durch den Alltag
Dank zuzahlungsfreier Pflegehilfsmittel von meinPflegeset
Für die häusliche Pflege*

So einfach gehts:
1 Unterlagen telefonisch anfordern oder auf unserer Webseite www.mein-pflegeset.de downloaden
2 Antrag ausfüllen und an uns zurück senden – wir kümmern uns um den Rest
3 meinPflegeset zuzahlungsfrei erhalten und jederzeit an Ihre Bedürfnisse anpassen
*Setzt einen entsprechenden Bedarf laut § 40 Absatz 2 SGB XI und die Notwendigkeit im Einzelfall voraus.
mein Pflegeset
Kostenfrei anrufen unter 0800 000 83 64
meinPflegeset - ein Service von Praxis Partner
PRAXIS PARTNER
Praxis Partner GmbH
In den Fritzenstücker 9–11
65549 Limburg
kundenservice@praxis-partner.de
www.praxis-partner.de
1-2 Werktage

Hitze besonders für ältere Menschen gefährlich

Der Deutsche Wetterdienst erklärt, wie sich gesundheitliche Risiken bei hohen Temperaturen am besten verringern lassen

Hohe sommerliche Temperaturen können besonders ältere, chronisch kranke sowie pflegebedürftige Menschen belasten. Der Deutsche Wetterdienst (DWD) gibt Tipps, wie sie Hitzeperioden gut überstehen.

Hitzschlag, Hitzekollaps, Erschöpfung, Krämpfe und Sonnenstich zählen zu den hitzebedingten Notfällen, warnt der DWD. Deshalb sollten Betroffene Kreislaufbeschwerden, Kopfschmerzen, Muskel- oder Bauchkrämpfe, Schwindel, Übelkeit oder Erbrechen ernst nehmen. Auch ein erhöhter Puls, Erschöpfung, Verwirrtheit oder ein trockener Mund deuten darauf hin, dass der Körper überfordert ist.

Konkret kann extreme Hitze Herzinfarkte, Kreislaufprobleme, Erkrankungen der Atemwege oder Nieren sowie Stoffwechselstörungen verursachen. In Westeuropa starben laut DWD im Jahr 2003 mehr als 40 000 Menschen an den Folgen extremer Hitze.



Entspannt durch den Sommer: Im kühlen Schatten von Bäumen, Sonnensegeln oder Gebäuden lassen sich selbst heiße Sommertage deutlich angenehmer verbringen. Foto: picture alliance/Phanie/Burger

Besonders gefährdet

Gesunde Erwachsene überstehen länger andauernde Hitzeperioden meist problemlos, sagt der DWD. Zu den Risikogruppen zählen ältere und pflegebedürftige Menschen, chronisch Kranke sowie Menschen mit Behinderung. Auch wer etwa entwässernde, blutdrucksenkende oder beruhigende Medikamente einnimmt, sollte vorsichtig sein. Gefährdet sind zudem Säuglinge und Kleinkinder sowie Menschen, die draußen arbeiten oder Sport treiben.

Ist es heiß, versucht der Organismus, überschüssige Wärme durch Schwitzen abzugeben. „Bei älteren Menschen ist die Fähigkeit zur Wärmeregulation verlangsamt oder gestört. Auch das Durstgefühl nimmt ab“, erklärt der DWD.

Er empfiehlt, Aktivitäten auf die Morgen- und Abendstunden zu verlegen und körperliche Anstrengung zu vermeiden. Einen guten Schutz vor Hitze bieten Schatten, Hut und Sonnenbrille, Sonnencreme sowie leichte, luftige und helle Baumwollkleidung.

Viel Flüssigkeit

Der Körper braucht ausreichend Flüssigkeit: Mineralwasser, Kräuter- und Früchtetees, Saftschorlen, Suppen, Brühen sowie wasserreiches Obst und Gemüse decken den erhöhten Bedarf. Alkohol, Koffein oder süße Getränke können den Körper dagegen austrocknen, während sehr kalte Getränke den Magen belasten. Ratsam ist es, mehrere kleine, leichte Mahlzeiten über den Tag verteilt einzunehmen.

Außenjalousien können Räume vor direkter Sonneneinstrahlung und dem Aufheizen schützen. Gelüftet werden sollte bevorzugt nachts und morgens, wenn es draußen frischer ist. Der Aufenthalt in kühlen Räumen, feuchte Tücher auf Stirn oder Nacken sowie eine Sprühflasche mit Wasser können bei trockener Hitze etwas Erleichterung verschaffen.

Bei der Pflege zu Hause

Wer Angehörige zu Hause versorgt, sollte besonders aufmerksam sein: Damit die Raumtemperatur nicht über 26 Grad Celsius ansteigt, wird empfohlen, diese regelmäßig zu kontrollieren. Zudem lohnt es sich, unnötige Beleuchtung und Elektrogeräte abzuschalten, weil sie zusätzlich Wärme abgeben.

Kleidung und Bettwäsche können bei pflegebedürftigen Menschen einen Hitzestau verursachen. Sie sollten leicht und luftig sein und ausgewechselt werden, wenn sie durchgeschwitzt sind. Eine Netzhose mit Einlage ist eine gute Alternative zur Einwegwindel mit Plastikfolie.

Immer wieder – am besten stündlich – sollten Pflegebedürftigen ein bis zwei Gläser kühle Flüssigkeit angeboten werden, um die tägliche Trinkmenge von mindestens anderthalb bis zwei Litern zu erreichen. Um hier den Überblick zu behalten, ist ein Trinkplan hilfreich. Bei starkem Schwitzen kann der Salzverlust am besten mit natriumhaltigem Mineralwasser ausgeglichen werden. Vorsicht ist bei geöffneten Packungen und Flaschen, etwa von Joghurt, Flüssignahrung oder Fruchtsäften, geboten: Sie können bei großer Hitze schnell verderben.

Die Körpertemperatur sollte nicht über 36,9 Grad Celsius steigen. Symptome wie Unruhe, Verwirrtheit oder Erbrechen können auf eine Überhitzung hinweisen. „Trockene, kühle Haut bei gleichzeitig hoher Körpertemperatur kann ein Zeichen für einen drohenden Hitzschlag sein. In diesem Fall sollten Sie eine Ärztin oder einen Arzt verständigen“, rät der DWD. **Kristin Enge**

Mehr Infos

Die Broschüre „Klimawandel und Gesundheit“, die das Umweltbundesamt (UBA) gemeinsam mit dem Deutschen Wetterdienst (DWD) herausgegeben hat, kann hier kostenfrei heruntergeladen werden:

www.uba.de/n73539de

Der DWD veröffentlicht jeden Tag um 10 Uhr Hitzewarnungen. Diese sollen helfen, rechtzeitig Schutzmaßnahmen zu ergreifen:

www.hitzewarnungen.de

Wenn Düfte die Gesundheit gefährden

Menschen mit einer Duftstoff-Unverträglichkeit sind in ihrem Alltag häufig eingeschränkt

Kaum ein Waschmittel, Shampoo oder Reinigungsprodukt kommt ohne Duftstoffe aus. Was für viele angenehm riecht, kann für andere Menschen allerdings eine erhebliche Belastung sein. Jeder Fünfte in Deutschland leidet unter gesundheitlichen Beschwerden nach dem Einatmen von Duftstoffen.

Maike Faust reagiert körperlich so stark auf Duftstoffe in ihrer Umwelt, dass ihr Alltag komplett aus den Fugen geraten ist. Sie ist umgezogen, arbeitet nicht mehr und führt mittlerweile „ein Leben in Isolation“, wie sie sagt. „Die Parfümierung von immer mehr Produkten und Orten mit immer weitreichenderen, intensiv duftenden Mitteln nimmt seit Jahren zu. Und es wird zunehmend schwieriger, diesen Düften auszuweichen“, sagt sie. Internationalen Studien zufolge geben 20 bis 35 Prozent der erwachsenen Bevölkerung gesundheitliche Beschwerden bei Duftstoff-Kontakten an. In Deutschland ist jeder Fünfte betroffen.

Faust, die sich im bundesweiten Arbeitskreis Duftstoff-Intoleranz engagiert, erinnert sich, dass bei ihr vor rund 19 Jahren die ersten gesundheitlichen Beschwerden auftraten: „Ich hatte häufig Kopfschmerzen, litt unter Schlafstörungen, mir schwollen die Augen zu und ich war kurzatmig.“ Die Ärzte fanden keine Ursache – eine Allergie wurde nicht diagnostiziert.



In den meisten Kosmetika und Pflegeprodukten sind Duftstoffe enthalten, die einige Menschen nicht vertragen. Foto: imago/imageBroker/Dasha Petrenko

Sie stellte fest, dass es ihr schlecht ging, wenn sie zuvor im Fitnessstudio oder beim Schwimmen war. Der Kontakt zu Parfüms, Weichspülern oder Reinigungsprodukten löste bei ihr oft verzögert Beschwerden aus. Die Symptome verschlimmerten sich mit den Jahren. Wenn sie heute durch ein Treppenhaus geht, in dem noch der Geruch eines Parfüms oder der von Reinigungsmitteln wahrnehmbar ist, verursacht das bei ihr starken Hustenreiz bis zur Atemnot.

Flucht aufs Land

Um den vielen Duftstoffen in einer Großstadt zu entkommen, ist Maike Faust von Berlin aufs Land in ein Haus mit nur einer Wohnung gezogen. Ihrer Arbeit als Lehrerin kann sie nicht mehr nachgehen. Sie hat Strategien entwickelt, wie sie sich schützen kann. Wenn der Nachbar die weichgespülte Wäsche draußen aufhängt, geht sie ins Haus. Einkaufen kann sie nur in den zwei Lebensmittelgeschäften, die mit unparfümierten Mitteln gereinigt werden.

Mit dem Arbeitskreis Duftstoff-Intoleranz engagiert sich Faust dafür, dass keine parfümierten Reinigungsmittel in öffentlichen Gebäuden und im Gesundheitswesen zum Einsatz kommen. In Arztpraxen könnten beispielsweise Hinweise ausgehängt werden, mit denen die Patientinnen und Patienten gebeten werden, beim Praxisbesuch auf Parfüms zu verzichten, schlägt sie vor.

Eine Diagnose der Duftstoff-Unverträglichkeit ist nicht einfach. Das liegt vor allem daran, dass Symptome oft zeitverzögert auftreten. Oft basiert sie nur auf der Analyse der gesundheitlichen Beschwerden. Faust sagt, dass sie einen Arzt gefunden habe, der ihr zuhörte. Das sei ihr Glück gewesen. Eine Behandlung ist allerdings schwierig. Die effektivste Methode ist, Auslöser der Beschwerden zu vermeiden. Das ist jedoch für die Betroffenen nur schwer umsetzbar.

Deshalb wünscht sich Faust zuallererst, dass über Ursachen und Folgen der Duftstoff-Unverträglichkeit stärker informiert wird. „Das würde helfen, ein Verständnis für die Betroffenen zu entwickeln. Es wäre die Voraussetzung dafür, dass die Menschen Rücksicht nehmen können und daran denken, dass die Luft zum Atmen allen gehört.“ **Jörg Ciszewski**

– Anzeige –

Endlich wieder sicher baden – in jeder Wanne

+ Persönliche Beratung
+ Deutschlandweit vertreten
+ Marktführer mit 25 Jahre Erfahrung



Kostenlose Beratung:
0800 960 1000

iDuMo® idumo.de

– Anzeige –

MODELLBAHN ABZUGEBEN?

Modellbahn aus Leidenschaft

Ankauf von Sammlungen und Nachlässen aller gängigen Hersteller und Spurweiten.
Freundliche und faire Abwicklung.

Abholung unkompliziert bei Ihnen vor Ort.
Michél Grebe · Modellbahn aus Leidenschaft GmbH
0160/ 8536056 · mal-gmbh@gmx.de

Nicht nur behandeln, sondern vorbeugen

Patientinnen und Patienten sowie Krankenkassen profitieren, wenn Krankheiten frühzeitig erkannt und verhindert werden

Gezielte Prävention ist nicht nur gesundheitlich sinnvoll, sondern kann für die Beitragsstabilität der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) relevant werden. Allgemeinmediziner Dr. Peter Schwoerer, Mitglied im Sozialpolitischen Ausschuss des Sozialverbands VdK Baden-Württemberg, erklärt in der VdK-ZEITUNG, warum das so ist.



Präventionsangebote müssen zum Verhalten im Alltag passen: Wer im Beruf viel sitzt, kann mit entsprechenden Bewegungsprogrammen Rückenschmerzen vorbeugen. Foto: imago/Zoonar/Benis Arapovic

Prävention klingt selbstverständlich: Krankheiten sollen möglichst verhindert oder früh erkannt werden. In der GKV ist die Sache komplizierter. Nicht jede Vorsorgeuntersuchung ist automatisch sinnvoll. Die gesetzlichen Krankenkassen haben im Leitfaden Prävention bereits feste Handlungsfelder wie Bewegung, Ernährung, Stressbewältigung und Suchtprävention definiert. Die eigentliche Schwäche liegt in ihrer oft zu geringen Zielgenauigkeit.

Schwerpunkte setzen

Ein Begriff ist besonders wichtig: der Prävalenzbezug. Prävalenz bedeutet, wie häufig eine Krankheit oder ein Risikozustand in einer bestimmten Bevölkerungsgruppe vorkommt. Präventionsmaßnahmen mit Prävalenzbezug richten sich deshalb nicht wahllos an alle, sondern besonders an diejenigen Gruppen, in denen ein Problem besonders häufig ist oder beginnt. Das ist keine Ausgrenzung anderer Gruppen, sondern eine vernünftige Schwerpunktsetzung, wie Beispiele zeigen.

Sinnvolle Prävention bei Rückenschmerzen und anderen Muskel-Skelett-Erkrankungen besteht nicht in einem allgemeinen Appell zu mehr Bewegung, sondern in gezielten Angeboten für Menschen mit körperlich belastender Arbeit, bei langem Sitzen oder erhöhtem Sturzrisiko im Alter. Bei psychischen Erkrankungen ist die Lage anders, aber nicht weniger wichtig. Hier geht es seltener um klassische Früherkennungsuntersuchungen, sondern um frühe psychosoziale Unterstützung, Resilienzförderung und niedrigschwellige Hilfen. Weil die ersten Erkrankungen meist im Jugend- oder jungen Erwachsenenalter auftreten, sollte Prävention sehr viel früher beginnen.

Gute Prävention zeigt sich heute schon bei der Bekämpfung von Infektionskrankheiten. Impfungen sind im GKV-System zielgruppengenau und evidenzbasiert geregelt: Nicht alle erhalten dieselben Empfehlungen, sondern sie werden auf bestimmte Alters- und Risikogruppen angepasst.

Krankheiten des Kreislaufsystems verursachten im Jahr 2023 direkte Krankheitskosten von 64,6 Milliarden Euro, Erkrankungen des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes 49,9 Milliarden Euro. Diese Beispiele zeigen, dass Prävention gerade bei den größten Krankheitsgruppen ansetzen sollte und nicht in kleineren Randfeldern verpuffen darf. Die Leistungsausgaben der GKV lagen im Jahr 2024 bei 312,3 Milliarden Euro. Prävention verändert nicht nur einzelne Lebensverläufe, sondern potenziell auch die Dynamik der Gesamtausgaben.

Doppelter Nutzen

Versicherte haben von einer besseren Präventionspolitik einen doppelten Nutzen. Der erste ist offensichtlich: weniger Krankheiten und Komplikationen, mehr gesunde Lebensjahre. Der zweite Nutzen ist finanzieller Natur. Wenn Prävention bei den größten Krankheitsgruppen wirksamer wird, dann sinkt der Druck auf die Ausgabenentwicklung. Das führt nicht automatisch zu sinkenden Beiträgen, kann aber dazu beitragen, dass sie langsamer steigen.

Gerade deshalb sollte man Prävention nicht als freundliches Zusatzangebot verstehen, das man je nach Kassenlage ausbauen oder kürzen kann. Prävention ist Teil einer vernünftigen Steuerung des Versorgungssystems. Die GKV braucht nicht einfach mehr, sondern bessere Prävention. Besser heißt: evidenzbasiert, zielgenau, prävalenzbezogen und für Versicherte verständlich. Eine moderne Präventionspolitik der GKV sollte nicht alles für alle tun wollen, sondern das Richtige für die richtigen Gruppen.

Redaktion: Julia Frediani

Bitte weitergeben

Werfen Sie die VdK-ZEITUNG nach dem Lesen nicht weg. Geben Sie dieses Exemplar bitte an Ihre Nachbarin oder Ihren Nachbarn, Ihre Freunde und Bekannten weiter, die sicherlich an sozialpolitischen Informationen Interesse haben – und sich vielleicht entschließen, dem VdK beizutreten.

Wellness-Trend mit Risiken

In sogenannten „Drip Spas" oder „Drip Bars" können sich Menschen Infusionen mit hochdosierten Vitaminen und Mineralstoffen verabreichen lassen. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) warnt vor den Risiken.

Früher war dieses Verfahren bei Promis in den USA beliebt. Nun können sich auch hierzulande Verbraucherinnen und Verbraucher einen Cocktail aus Vitaminen, Mineralstoffen und anderen Substanzen direkt in die Vene injizieren lassen. Angeblich soll das Jugend, Schönheit und Gesundheit fördern.

Doch laut BfArM können die auch „Longevity-Infusionen" genannten Infusionen ein gesundheitliches Risiko darstellen. Dazu zählen allergische Reaktionen, die Überdosierung von Vitaminen, eine übermäßige Flüssigkeitszufuhr und Störungen im Elektrolyt- und Säure-Basen-Haushalt. Unsachgemäße Handhabung kann zudem zu Entzündungen führen sowie Luftembolien oder den Austritt der Infusionslösung ins Gewebe verursachen.

In Deutschland sind diese Infusionen nicht als Arzneimittel zugelassen, und sie unterliegen keinem behördlichen Zulassungsverfahren. Deshalb ist nicht nachgewiesen, ob sie im Sinne des Arzneimittelgesetzes wirksam, sicher und unbedenklich sind. Ein Qualitätsnachweis und eine Bewertung von Nutzen und Risiko entfallen, erklärt das BfArM. **ken**

Ärztemangel und Wartezeiten

Zufriedenheit mit dem Gesundheitssystem sinkt

Die Zufriedenheit mit dem deutschen Gesundheitssystem ist so niedrig wie seit 15 Jahren nicht mehr. Das ist das Ergebnis einer Meinungsumfrage des Allensbach-Instituts im Auftrag der Krankenkasse DAK.

Laut DAK-Gesundheitsmonitor 2026 haben mehr als 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger das Gesundheitswesen in den Jahren 2012 bis 2022 positiv bewertet. Dieser Wert ist nun auf 62 Prozent gefallen – das ist der schlechteste Wert seit 15 Jahren.

Die Menschen könnten die Defizite in der Versorgung sehr genau benennen, sagt der DAK-Vorstandsvorsitzende Andreas Storm. Viele Patientinnen und Patienten hätten schlechte Erfahrungen gemacht, etwa mit langen Wartezeiten auf Termine und dem Ärztemangel.

Auch das Vertrauen in die stationäre Versorgung ist laut Gesundheitsmonitor gesunken. Nur 33 Prozent der Befragten vertrauen der Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser uneingeschränkt. Im Jahr 2022 lag dieser Wert bei 43 Prozent.

Steigende Beiträge

„Die große Mehrheit macht sich zurzeit Sorgen, dass sich die Qualität der Versorgung verschlechtert und gleichzeitig die Beiträge weiter steigen", sagt Professorin Renate Köcher vom Allensbach-Institut zu den Ergebnissen. Eine große Mehrheit lehnt die Kürzungen bei den Zuschüssen zum Zahnersatz sowie höhere Kassenbeiträge ab (jeweils 74 Prozent). Auch die Einschränkung bei der Hautkrebsvorsorge oder bei der Kürzung des Krankengelds sehen die Befragten kritisch. Zwei Drittel von ihnen sind vom Reformbedarf des Gesundheitssystems überzeugt. Hier befürwortet eine große Mehrheit – fast drei Viertel – das Solidarprinzip.

Für den DAK-Gesundheitsmonitor 2026 hat das Institut für Demoskopie Allensbach rund 1000 Personen ab 16 Jahren in Deutschland befragt. Im Mittelpunkt standen die Zufriedenheit und das Vertrauen in das deutsche Gesundheitssystem. **ken**



Foto: imago/BildFunkMV

Die stationäre Behandlung fordert Patientinnen und Patienten sowie Personal gleichermaßen.

– Anzeige –



– Anzeige –



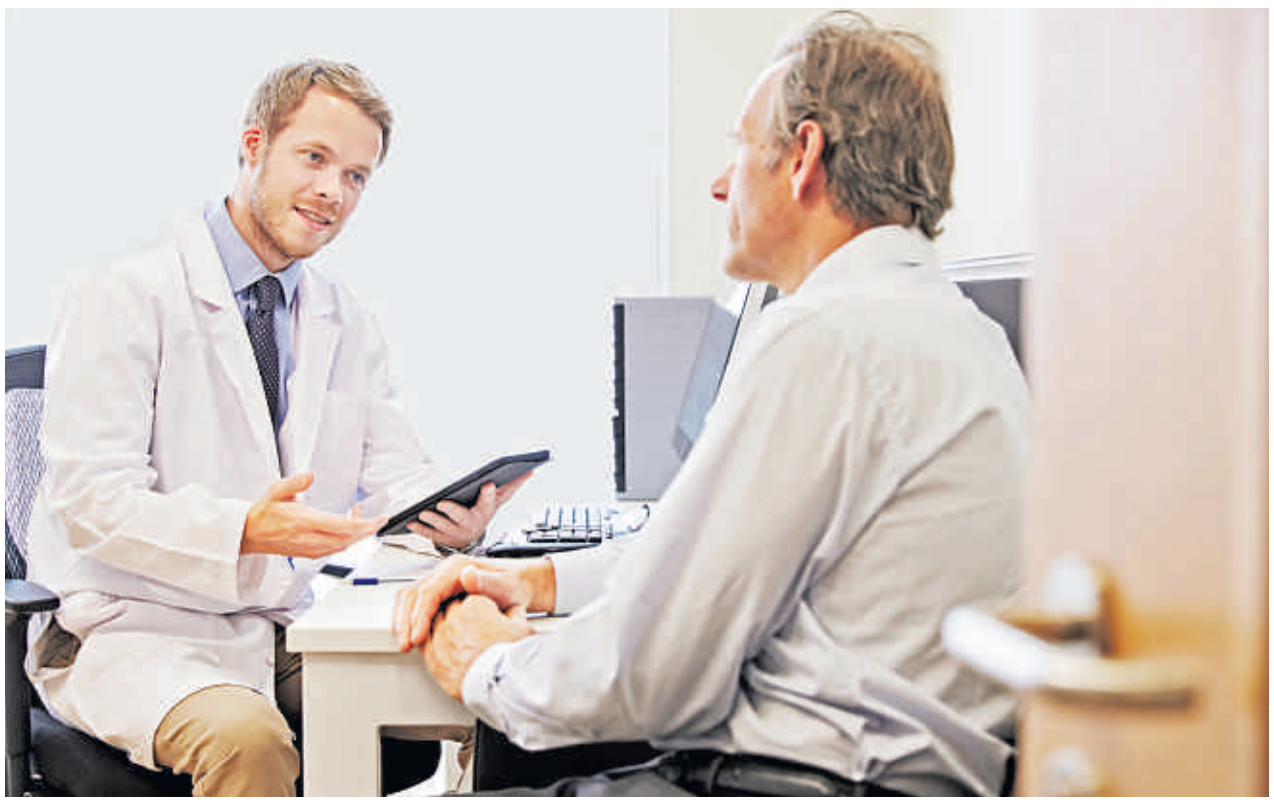
– Anzeige –



Gesundheits-Check für ihn

Nach wie vor gehen viele Männer nicht zur Vorsorge – Expertinnen und Experten wollen das ändern

Nach Angaben der Stiftung Männergesundheit nehmen vier von fünf Männern Vorsorgeangebote nicht regelmäßig wahr. Dabei sind diese wichtig: Werden ernste Erkrankungen früh erkannt, können sie in der Regel effektiver behandelt und oft auch geheilt werden.



Männer sollten Angebote zur Früherkennung wahrnehmen. Foto: imago/Shotshop

In Deutschland liegt die Lebenserwartung von Männern bei 78,9 Jahren und die von Frauen bei 83,5 Jahren. Damit leben Frauen im Durchschnitt 4,6 Jahre länger als Männer. Männer sterben häufiger an Herz-Kreislauf-Erkrankungen und haben bei mehreren Krebsarten ein höheres Erkrankungsrisiko als Frauen.

Früherkennung wichtig

Expertinnen und Experten betonen, dass Gesundheitsbewusstsein, Prävention und Früherkennung zentrale Bausteine für ein langes und gesundes Leben sind. Regelmäßig weisen sie auf Vorsorge- und Früherkennungsuntersuchungen hin, die von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen werden.

Prostatakrebs ist die häufigste Krebserkrankung bei Männern in Deutschland. Da er im Frühstadium meist keine Beschwerden verursacht, kommt der Vorsorge eine besondere Bedeutung zu. Ab dem 45. Lebensjahr wird eine jährliche Früherkennungsuntersuchung von Prostatakrebs empfohlen.

Auch die Darmkrebsvorsorge spielt bei Männern eine wichtige Rolle. Ab 50 Jahren haben gesetzlich Versicherte Anspruch auf regelmäßige Untersuchungen zur Früherkennung. Dazu gehören ein immunologischer Stuhltest, der in der Regel alle zwei Jahre durchgeführt werden kann, oder alternativ bis zu zwei Darmspiegelungen im Abstand von zehn Jahren. Dabei können Vorstufen entdeckt und entfernt werden, bevor Krebs entsteht.

Männer zählen zudem zur Hauptrisikogruppe für eine Erweiterung der Bauchschlagader, eine oft lange unbemerkte, aber potenziell lebensbedrohliche Erkrankung. Deshalb haben sie ab 65 Jahren Anspruch auf eine einmalige Untersuchung zur Früherkennung eines Bauchaortenaneurysmas.

Darüber hinaus stehen Vorsorgeangebote zur Verfügung, die unabhängig vom Geschlecht gelten. Dazu zählt ein allgemeiner Gesundheits-Check, der der Erfassung von Risikofaktoren und der Früherkennung häufiger Erkrankungen wie Herz-Kreislauf-Leiden, Diabetes oder Nierenerkrankungen dient. Einmalig ist ein Gesundheits-Check zwischen 18 und 34 Jahren vorgesehen. Ab 35 Jahren kann dieser Check-up alle drei Jahre in Anspruch genommen werden. Ebenfalls ab 35 Jahren wird bislang noch ein Hautkrebsscreening alle zwei Jahre empfohlen. **Elisabeth Antritter**

Ratgeber

Podcasts speziell zu Männergesundheit sind selten. Hörenswert ist das Format „Mann, ey!“. Wissenschaftsjournalist Sebastian Sonntag spricht in jeder Folge mit dem Urologen Frank Sommer, Deutschlands erstem Professor für Männergesundheit und Sachbuchautor. Insgesamt wurden 24 Episoden produziert, die unterhaltsam aufbereitet sind.

manney.de

Die Stiftung Männergesundheit ist eine gemeinnützige Organisation mit Fokus auf Gesundheitsaufklärung und -kompetenz von Männern. Sie veröffentlicht neben Studien und Stellungnahmen auch Kurzratgeber. Relativ neu ist der Podcast „Männergesundheit ist auch Frauensache.“

stiftung-maennergesundheit.de

Das Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit (BIÖG), das dem Bundesgesundheitsministerium angegliedert ist, stellt ein Informationsportal speziell für Männer zur Verfügung.

maennergesundheitsportal.de

Gesetzliche Krankenkassen wie AOK und TK informieren auf ihren Gesundheitsportalen über die für Männer empfohlenen Früherkennungsuntersuchungen.

aok.de

tk.de

Vorsicht Schlaganfall!

Hohe Temperaturen belasten Herz und Kreislauf

Heiße Tage und warme Nächte können für Herz und Gefäße gefährlich werden. „Schon ein Anstieg der Umgebungstemperatur um ein Grad Celsius kann die Sterblichkeit durch Herzinfarkt und Schlaganfall messbar erhöhen“, betonte Prof. Dr. Alexander Oberhuber bei einer Pressekonferenz der Deutschen Gesellschaft für Gefäßchirurgie und Gefäßmedizin (DGG).

Ein Grund dafür ist das verstärkte Schwitzen, das zu Wasserverlust und Dehydration führen kann. „Dadurch kann es zu einer Hämokonzentration kommen. Das Blut wird durch den Verlust flüssiger Anteile gewissermaßen dickflüssiger“, erklärte Oberhuber. Dies könne die Bildung von Gerinnseln begünstigen und sei somit ein Risikofaktor für Schlaganfälle.

Auch die Gefäßinnenwände reagieren auf Hitzestress. „Bei sehr hohen Temperaturen kann es zur Schädigung oder Funktionsstörung des Endothels kommen“, erläuterte der Experte. Dabei handelt es sich um eine dünne Zellschicht, die das Innere aller Blut- und Lymphgefäße auskleidet. Das könne wiederum Mikrothrombosen begünstigen. Vermutlich spielen noch weitere Entzündungsprozesse eine Rolle.

Fest steht: Vor allem ältere Menschen reagieren empfindlich auf Hitze. Das liegt zum einen daran, dass mit dem Alter die körpereigenen Regulationsmechanismen nachlassen. Zum anderen treten Bluthochdruck, Diabetes und andere Erkrankungen, die Herz und Gefäße zusätzlich belasten, häufiger auf.

Nicht nur die Tageshitze, sondern auch warme Nächte können problematisch sein. „Wenn sich der Körper nachts nicht ausreichend erholen kann, bleibt die Belastung für das Herz-Kreislauf-System bestehen. Das erhöht nachweislich das Risiko für Schlaganfälle“, warnt Oberhuber. Besonders betroffen sind die Bewohnerinnen und Bewohner von Städten, da Ballungsräume deutlich wärmer sind. Wie man sich bei Hitze schützt, lesen Sie in unserem Artikel auf Seite 7. **ali**



In Großstädten ist die Belastung für das Herz-Kreislauf-System größer. Foto: imago/Zoonar II

Schmerzen bei Hallux valgus lindern

Die Fehlstellung der Großzehe betrifft vor allem Frauen

Ein Hallux valgus, der sogenannte Ballenzeh, gehört zu den häufigsten Fußerkrankungen. Etwa bei einem Drittel aller Menschen über 65 Jahre ist diese Fehlstellung der Großzehe mehr oder weniger stark ausgeprägt. Frauen sind dabei deutlich häufiger betroffen als Männer.

Die genetische Veranlagung spielt eine Rolle. Insbesondere ein schwaches Bindegewebe kann einen Schiefstand der Großzehe begünstigen. Auch können Schuhe mit hohen Absätzen und spitz zulaufendem Vorfußbereich die Wahrscheinlichkeit für einen Hallux valgus erhöhen oder schon vorhandene Beschwerden verstärken. Das Tragen von bequemen Schuhen verringert im Umkehrschluss den Druck auf Ballen und Großzehe und kann Beschwerden lindern. Besonders geeignet sind flache Schuhe, die den Zehen genügend Spielraum lassen.

Der Schuh drückt

In Deutschland sind laut Deutscher Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie (DGOU) jedes Jahr 1,3 Millionen Menschen wegen eines Hallux valgus in ärztlicher Behandlung. „Medizinisch handelt es sich dabei um eine komplexe Fehlstellung, häufig in Verbindung mit einer gewissen Instabilität des ersten Mittelfußgelenks: Der große Zeh weicht nach außen ab, während sich der erste Mittelfußknochen nach innen verschiebt. Es entsteht der typische schmerzhafte Ballen an der Fußinnenseite“, sagt Prof. Dr. Stefan Rammelt, Präsident der Deutschen Assoziation für Fuß und Sprunggelenk (D.A.F.), einer Sektion der DGOU.



Polsterungen nehmen den Druck vom deformierten Zeh und helfen, Schmerzen zu lindern. Foto: imago/Pond5 Images

„So eine deformierte Zehe ist für viele Betroffene eine dauerhafte Einschränkung im Alltag, denn oft drückt dann der Schuh und es gibt Schmerzen beim Laufen“, sagt Dr. med. Jörn Dohle, stellvertretender DGOU-Präsident. „Es lohnt sich, frühzeitig zu behandeln, um den Fuß zu entlasten und die Beschwerden zu lindern. Wenn das nicht ausreicht, kann ein operativer Eingriff sinnvoll sein“, fügt er hinzu. Eine Operation komme erst infrage, wenn die Beschwerden trotz mehrmonatiger konservativer Therapie anhalten, die Lebensqualität eingeschränkt ist oder es immer wieder zu schmerzhaften Druckstellen und Entzündungen kommt. Besonders Menschen mit ausgeprägter Fehlstellung und hohem Leidensdruck profitieren laut Studien am meisten von einem Eingriff.

In leichteren Fällen sollte der große Zeh vor allem entlastet werden. Probate Mittel: viel barfuß laufen, offene oder geweitete Schuhe tragen, um seitlichen Druck auf den Fuß zu vermeiden, oder den Großzeh mit Schaumstoff polstern. Das nimmt den Druck vom deformierten Zeh. Fußgymnastik und Physiotherapie werden außerdem empfohlen. Das alles kann einen Hallux valgus lindern, auch wenn der Zeh nicht wieder gerade wird. Allgemein gilt: Eine frühe Behandlung ist oft ausreichend, um größeren Problemen vorzubeugen. **Petra J. Huschke**

Viele Studierende kommen kaum über die Runden

BAföG bietet wegen hoher Lebenshaltungskosten oft keine ausreichende Unterstützung mehr und ist vielen zu bürokratisch

Das Leben wird für Studierende immer teurer. In besonderem Maß sind sie von den hohen Mieten in den Städten betroffen. Im Durchschnitt geben sie mehr als die Hälfte ihres Einkommens fürs Wohnen aus. Veränderungen beim BAföG könnte ihre Situation verbessern und für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen.



Die Zahl der Studierenden, die BAföG erhalten, ist deutlich zurückgegangen. Foto: imago/Imagebroker/Unai Huizi

Viele Studierende sind arm und erreichen nicht einmal das Existenzminimum. Das geht aus dem Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hervor. Die Hälfte der Studierenden mit eigenem Haushalt verfügt demnach über weniger als 930 Euro im Monat. Dabei geben Studierende im Durchschnitt mehr als die Hälfte (52,9 Prozent) ihres verfügbaren Einkommens allein für das Wohnen aus. Laut Statistischem Bundesamt sind 64 Prozent der Studierendenhaushalte durch Wohnkosten überbelastet. Viele kommen finanziell kaum über die Runden.

Der Koalitionsvertrag von Union und SPD sieht eine Überarbeitung des BAföG (Bundesausbildungsförderungsgesetz) vor. Geplant war, den Grundbedarfssatz von 475 Euro schrittweise an das Grundsicherungsniveau anzupassen. Dort liegt der Regelsatz bei 563 Euro. Zudem soll die Wohnkostenpauschale zum Wintersemester um 60 Euro auf 440 Euro erhöht werden. Aktuell ist die Umsetzung jedoch unsicher.

Beim BAföG handelt es sich um eine finanzielle Unterstützung für Studierende, ohne die viele junge Menschen nicht studieren könnten. Bei den Diskussionen rund um die Anpassung der Leistung wird deutlich, welchen Stellenwert das BAföG für Studierende hat.

Zuschuss und Darlehen

Im Jahr 2024 erhielten 483 800 Studierende sowie 129 000 Schülerinnen und Schüler die Leistung. Während Schülerinnen und Schülern BAföG als Zuschuss gewährt wird, setzt sich die Förderung für Studierende zur Hälfte aus einem nicht rückzahlbaren Zuschuss und zur anderen Hälfte aus einem zinslosen Darlehen mit einer Deckelung von 10 010 Euro zusammen. Der Förderhöchstsatz beträgt 855 Euro. Im Jahr 2024 erhielten Berechtigte durchschnittlich eine Förderung von 635 Euro im Monat.

Für die Höhe des BAföG-Satzes ist in der Regel das Einkommen der Eltern entscheidend. Sind die Eltern finanziell nicht in der Lage, ihre Kinder angemessen zu unterstützen, soll die Förderung ein Studium ermöglichen. Allerdings schrecken der bürokratische Aufwand und die langen Wartezeiten viele Studierende vor einer Antragstellung ab. Die Zahl der BAföG-Empfängerinnen und -empfänger war im Jahr 2025 auf dem niedrigsten Stand seit 25 Jahren.

Mehr Nebenjobs

Der kürzlich erschienene Nationale Bildungsbericht 2026 beschäftigt sich mit Bildungsungleichheit aufgrund sozialer Herkunft. Die Autoren bestätigen den Verdacht, dass viele eigentlich anspruchsberechtigte Studierende kein BAföG beantragen, weil sie Angst vor Verschuldung haben und die Antragsverfahren zu komplex sind. Stattdessen gehen mehr junge Leute neben dem Studium arbeiten. Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zeigt, dass ihre Erwerbsquote zwischen den Jahren 2015 und 2023 von knapp 37 auf 56 Prozent gestiegen ist.

Fachkräfte fehlen

Das Deutsche Studierendenwerk warnt angesichts dieser Entwicklung vor den Folgen: „Studienabbrüche aus Geldmangel kann sich unsere Gesellschaft nicht leisten.“ Der Fachkräftemangel werde sich in den kommenden Jahren verschärfen, denn die Boomer-Generation gehe Schritt für Schritt in Rente, heißt es in einer Mitteilung.

Wenig überraschend ist daher das Ergebnis einer Studie des ifo-Instituts aus dem vergangenen Jahr: Bildungserfolg und berufliche Chancen hängen wieder stark vom Elternhaus ab. Die soziale Mobilität ist seit den 1970er-Jahren zurückgegangen. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erklären, dass mit einem verbesserten BAföG die Aufstiegsmöglichkeiten junger Menschen erhöht werden können. Von diesem Anspruch hat sich das BAföG weit entfernt. **Jörg Ciszewski**

Nur im unteren Mittelfeld

Studie zum kindlichen Wohlbefinden: Deutschland belegt Platz 25 von 37

Deutschland schneidet in einer internationalen Vergleichsstudie zum Wohlbefinden von Kindern in wohlhabenden Ländern schlecht ab. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen Unicef nennt Kinderarmut und Bildungsdefizite als zentrale Probleme.

Auf den Rängen eins bis drei stehen die Niederlande, Dänemark und Frankreich. Deutschland erreicht nur Rang 25 und schneidet damit schlechter ab als weniger wirtschaftsstarke Länder wie Rumänien, Tschechien oder Griechenland. Es bleibe damit weit hinter seinen Möglichkeiten zurück, so Unicef.

Für die Vergleichsstudie „Report Card 20“ untersucht das Unicef-Forschungsinstitut Innocenti seit 20 Jahren die Situation von Kindern in wohlhabenden Ländern. Dabei wird deutlich: Dort, wo große finanzielle Ungleichheit sowie Kinderarmut herrschen, wachsen viele Kinder unter Bedingungen auf, die ihre Gesundheit und Bildung beeinträchtigen. Langfristig schmälert dies ihre Zukunftschancen massiv.

Die Bekämpfung von Kinderarmut müsse oberste Priorität werden, sagt Christian Schneider. Er ist Geschäftsführer von Unicef Deutschland. „Wer heute nicht in die Teilhabe, die Bildung und die gesundheitliche Versorgung der jüngsten Generation investiert, schadet nicht nur den Kindern, sondern zahlt morgen einen hohen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Preis.“



Arm oder Reich: In Deutschland hängt die Bildung von Kindern stark vom Einkommen der Familien ab. Foto: picture alliance/Shotshop/Monkey Business 2

Nach Angaben von Unicef stagniert die Kinderarmut in Deutschland auf einem hohen Niveau von 15 Prozent. Auch die Einkommensungleichheit nimmt weiter zu.

Große Unterschiede

Nur 60 Prozent der 15-Jährigen erreichen die Mindestkompetenz in Lesen und Mathematik. Wie erfolgreich Kinder lernen können, hängt in Deutschland laut Unicef von der finanziellen Situation der Familien ab: Während lediglich 46 Prozent der Jugendlichen aus benachteiligten Haushalten die Mindeststandards erreichen, sind es in finanziell besser gestellten Familien 90 Prozent. Ähnlich verhält es sich auch bei der körperlichen und mentalen Gesundheit.

„Aus Kindern, die in Armut aufwachsen, werden oft arme Erwachsene“, mahnt VdK-Präsidentin Verena Bentele. Die Bundesregierung ist gefordert, konsequenter gegen Kinderarmut vorzugehen. Die Unterstützung sollte teilhabesichernd, niedrigschwellig und bürokratiearm organisiert werden.

Zudem sollte Deutschland die Entwicklung und Bildung von Kindern konsequent vom Einkommen der Familien entkoppeln. „Alle Kinder verdienen die gleiche Chance auf gute Bildung. Dafür braucht es eine gute Bildungsinfrastruktur und individuelle Unterstützungsmaßnahmen“, fordert Bentele. **Kristin Enge**

Deutsche verbringen weniger Zeit im Netz

Die „Postbank Digitalstudie 2026“ zeigt: Erstmals seit Jahren geht die Internetnutzung in Deutschland zurück. Vor allem jüngere Menschen wollen ihre Online-Zeit bewusst reduzieren.

Im Durchschnitt sind die Menschen 67,4 Stunden pro Woche online – rund fünf Stunden weniger als im Vorjahr. Besonders die 18- bis 39-Jährigen verbringen weniger Zeit im Netz. Die ab 40-Jährigen sind mit ihrer Nutzungsdauer überwiegend zufrieden. Für die repräsentative Studie wurden 3050 Menschen befragt.

„Mobil ins Internet zu gehen, gehört fest zum Tagesablauf der Deutschen“, fasst David Dommel von der Postbank die Ergebnisse zusammen. Für den Internetzugang nutzen die Deutschen vor allem das Smartphone: 86 Prozent der Befragten greifen darüber auf das Netz zu – deutlich häufiger als per Laptop, Tablet oder PC.

31 Prozent der 18- bis 39-Jährigen möchten ihre private Internetnutzung reduzieren, aber nur elf Prozent der ab 40-Jährigen. Die Jüngeren wünschen sich vor allem weniger digitale Ablenkung, die Älteren mehr Zeit für andere Aktivitäten.

Zu den häufigsten Online-Aktivitäten zählen der Nachrichtenaustausch über Messenger-Dienste und die gezielte Informationssuche. Dabei gewinnt auch künstliche Intelligenz immer mehr an Bedeutung. **ken**

IMPRESSUM

Herausgeber: Sozialverband VdK Deutschland e. V., Sitz Berlin, Sozialverband VdK Bayern e. V., Sitz München.

Verlag: VdK Deutschland Service GmbH, Linienstraße 131, 10115 Berlin. Geschäftsführer: Andreas Wallenborn, Michael Pausder.

Adressenänderung von Beziehern der Zeitung bitte dem VdK-Landesverband mitteilen.

Redaktion Berlin: Julia Frediani (verantwortlich), Jörg Ciszewski, Kristin Enge, Ruth Seyboth-Kurth (freie Mitarbeit). Bundesseiten, Landesseiten Baden-Württemberg, Berlin-Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen-Thüringen, Niedersachsen-Bremen, Nord, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen-Anhalt.

Anschrift: Redaktion VdK-ZEITUNG, Linienstraße 131, 10115 Berlin, Telefon: (0 30) 9 21 05 80-0, Fax: (0 30) 9 21 05 80-110, E-Mail: presse@vdk.de, Internet: www.vdk.de

Redaktion München: Dr. Bettina Schubarth (verantwortlich), Elisabeth Antritter, Mirko Besch, Sebastian Heise, Petra Huschke, Annette Liebmann. Bundesseiten, Landesseiten Bayern und Sachsen.

Anschrift: Redaktion VdK-ZEITUNG, Sozialverband VdK Bayern, Schellingstraße 31, 80799 München, Telefon: (0 89) 21 17-0, Fax: (0 89) 21 17-1 96, E-Mail: presse@by.vdk.de, Internet: bayern.vdk.de

Anzeigenverwaltung: **Anzeigen für Gesamtausgabe und Landesseiten Berlin-Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen-Bremen, Nord, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland:** Wort & Bild Verlag Konradshöhe GmbH & Co. KG, 82065 Baierbrunn; Geschäftsführung: Andreas Arntzen (Vorsitzender Geschäftsführung), Dr. Dennis Ballwieser (Geschäftsführer), Jan Wagner (Geschäftsführer); Geschäftsführer Vertrieb, Markt, Media und Produkte: Jan Wagner; Ansprechpartnerin: Laura Schürmann, Telefon: 0151 538 500 37, E-Mail: operations@720health.media, Internet: www.720health.media

Anzeigen für Landesausgabe Bayern: Sozialverband VdK Bayern, Presseabteilung, Schellingstraße 31, 80799 München, Telefon: (089) 21 17-3 06, Fax: (089) 21 17-1 96, E-Mail: anzeigen@by.vdk.de

Anzeigen für Landes- und Bezirksseiten Baden-Württemberg: Druckerei Böhm & Co., Offsetdruck GmbH, Carsten Dierkes, Egonstraße 22, 79106 Freiburg, Telefon: (07 61) 27 83 52, E-Mail: info@boehm-freiburg.de

Anzeigen für Landesseiten Hessen-Thüringen: Verlag Andreas Stenger – Soziales Marketing – Dietrich-Bonhoeffer-Weg 1, D-61273 Wehrheim, Telefon: 06081 / 4699 964, stenger@sozialesmarketing.de, www.soziales marketing.de

Anzeigenhinweis: Die in der VdK-Zeitung veröffentlichten Anzeigen und Beilagen stellen weder ein Leistungsangebot noch die Meinung oder eine Empfehlung des Sozialverbands VdK dar.

Herstellung: Weiss-Druck GmbH & Co. KG, Hans-Georg-Weiss-Straße 7, 52156 Monschau.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Texte ohne Rückporto werden nicht zurückgesandt. Für unverlangt eingesandte Texte, Fotos und anderes Material wird keine Gewähr übernommen.

Erscheinungsweise: 10-mal jährlich; für Juli/August, Dezember/Januar erscheint jeweils eine Doppelnummer. Jahresbezugspreis 9,95 Euro. Für Mitglieder ist der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag bezahlt.

Mit mehr Fachkräften die Wirtschaft stärken

Viele arbeitslose Menschen mit einer Schwerbehinderung sind gut ausgebildet und verfügen bereits über Berufserfahrung

Wirtschaftsverbände und Arbeitgeber beklagen einen Fachkräftemangel. Mehr Inklusion auf dem Arbeitsmarkt könnte helfen. Stattdessen steigt die Zahl arbeitsloser Menschen mit einer Schwerbehinderung, die gut ausgebildet sind.

Die geburtenstarken Jahrgänge 1955 bis 1969 wechseln derzeit und in den kommenden Jahren in den Ruhestand. Das verschärft den bereits bestehenden Fachkräftemangel in Deutschland. Hinzu kommt die Spezialisierung von Arbeitsplätzen. Durch die voranschreitende Digitalisierung wächst der Bedarf an gut ausgebildetem Personal weiter. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) nimmt an, dass im Jahr 2028 bundesweit rund 768000 Fachkräfte fehlen.

Für das Jahr 2024 berechnete das IW, wie groß die wirtschaftlichen Folgen des Fachkräftemangels sind: Bei einer vollständigen Deckung des Bedarfs hätte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 48 Milliarden Euro höher liegen können.

Große Gruppe

Diskussionen über Lösungen rücken oft das Arbeitsmarktpotenzial von Frauen und älteren Arbeitnehmenden in den Blick. Der Volkswirt Dr. Rainer Durth sieht darüber hinaus großes Potenzial in der Gruppe der Menschen mit einer Schwerbehinderung. Dazu



Von etwa drei Millionen Menschen mit einer Schwerbehinderung zwischen 15 und 65 Jahren arbeiten rund 48 Prozent. Foto: imago/Westend61

gehören in Deutschland insgesamt rund 7,9 Millionen Personen.

Durth, selbst Rollstuhlfahrer und VdK-Mitglied, kommt in seinem Buch „Wir können den Fachkräftemangel leicht beheben, wenn wir wollen!“ zu einem interessanten Ergebnis. Der Ökonom sieht unter den Menschen mit einer Schwerbehinderung ein Arbeitskräftepotenzial zwischen 1,5 und drei Millionen Menschen. Würden sie in den Arbeitsmarkt integriert, würde dies das BIP nach seinen Berechnungen innerhalb von zehn Jahren um mehr als zwei Billionen Euro erhöhen. Das würde die Steuereinnahmen erheblich steigern und zusätzliche Beiträge für die Sozialversicherungen erwirtschaften. Zwar seien schwerbehinderte Arbeitslose im Durchschnitt älter als nicht-behinderte. Sie verfügen aber oft über eine größere Berufserfahrung. Das erleichtere die Integration auf dem Arbeitsmarkt.

Doch statt mehr schwerbehinderte Personen einzustellen, wächst die Arbeitslosenquote. Im Mai registrierte die Bundesagentur für Arbeit 189960 arbeitslose Schwerbehinderte – drei Prozent mehr als im Vorjahresmonat und rund 45000 mehr als vor der Corona-Pandemie im Jahr 2019.

Gute Vertretung wichtig

Der Sozialverband VdK sieht diese Entwicklungen mit großer Sorge und fordert eine konsequente Inklusion von Menschen mit Schwerbehinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt. „Einen unverzichtbaren Beitrag bei der Eingliederung und Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen leisten die Schwerbehindertenvertretungen “, sagt VdK-Präsidentin Verena Bentele.

Der VdK bekommt von diesen Akteuren aber immer häufiger die Rückmeldung, dass sich Unternehmen in bestimmten Branchen zunehmend mit Aufhebungsverträgen von schwerbehinderten Beschäftigten trennen und dabei betriebliche Kontrollmechanismen umgehen. „Um die Inklusion voranzubringen, brauchen wir daher eine Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen in den Betrieben und eine Erfüllung der Beschäftigungspflicht von Menschen mit einer Schwerbehinderung“, fordert Bentele. **Jörg Ciszewski**

Zugang zum Gesundheitssystem verbessern

Barrieren sind für Menschen mit geistiger Behinderung häufig zu hoch

Der Gesundheitszustand von Menschen mit geistigen Einschränkungen ist häufig schlechter als bei der Durchschnittsbevölkerung. Wie die Gesundheitsversorgung inklusiver werden kann, war Thema einer Expertendiskussion am Rande der Special Olympics im Saarland.

Verstehen, was der Arzt sagt – das ist einer der größten Wünsche von Menschen mit geistigen Beeinträchtigungen. Doch hier gibt es erheblichen Handlungsbedarf beim medizinischen Personal, sagte Christiane Krajewski, Präsidentin von Special Olympics Deutschland (SOD) bei einer Gesprächsrunde zur inklusiven Gesundheitsversorgung für Menschen mit geistiger Behinderung in Saarbrücken.

Mit der Veranstaltung am Rande der nationalen Spiele der Special Olympics im Saarland wollte der SOD auf die gravierende medizinische Unterversorgung hinweisen.

Grundlage sind die Auswertungen des Gesundheitsprogramms „Healthy Athletes“, das der SOD bei den Wettbewerben seit dem Jahr 2004 anbietet. Die mehr als 60000 Untersuchungen zeigen, dass Menschen mit geistiger Beeinträchtigung im Vergleich zur Durchschnittsbevölkerung häufig einen schlechteren Gesundheitszustand haben.

Ärzte nicht vorbereitet

Demnach ist ein Drittel der untersuchten Sportlerinnen und Sportler stark übergewichtig und benötigt eine physiotherapeutische Behandlung. Bei bis zu zwei Drittel treten Hörminderungen auf. Etwa ein Drittel braucht eine zahnärztliche Behandlung, bis zu 60 Prozent eine neue Brille. Vier Fünftel haben Haut- und Nagelveränderungen an den Füßen, was auf nicht passendes Schuhwerk schließen lässt. Die untersuchten Personen sind in der Regel besser betreut und gehören zu den acht Prozent der Menschen mit geistiger Behinderung, die Sport treiben, sodass die gesundheitliche Lage insgesamt wohl noch gravierender ist.



Häufig unerkannt: Hörminderungen bei Menschen mit geistigen Behinderungen. Foto: SOD/Sarah Rauch

Als eines der Hauptprobleme skizzierten die Diskussionsteilnehmenden eine fehlende Datenlage, sowie eine unzureichende Vorbereitung angehender Ärztinnen und Ärzte auf die Behandlung von Menschen mit Behinderungen. Inklusive Medizin müsse verbindlich im Studium verankert werden, forderte Professorin Tanja Sappok, Inhaberin des deutschlandweit ersten Lehrstuhls für „Medizin für Menschen mit Behinderung“ an der Universität Bielefeld.

Der gleiche Zugang zur Gesundheitsversorgung ist ein fundamentales Recht und der Staat habe die Aufgabe, dieses zu gewährleisten, unterstrich der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung Jürgen Dusel. „Vor 17 Jahren hat Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Menschen mit Behinderung müssen ihre Rechte endlich real einlösen können.“ Da noch 70 Prozent der Arztpraxen nicht barrierefrei seien, brauche es gesetzliche Regelungen, so Dusel. **Maria Wimmer**

– Anzeige –

Schwindel, matt, wetterfühlig?



bringen bei Alt und Jung den Kreislauf in Schwung



Weitere Informationen:

Anwendungsgebiete: Korodin® Herz-Kreislauf-Tropfen enthalten als Wirkstoff eine Kombination aus D-Campher und Weißdornfrüchte-Fluidextrakt. Korodin® Herz-Kreislauf-Tropfen werden angewendet bei Schwindelanfälligkeit infolge niedrigen Blutdrucks, insbesondere beim Aufstehen nach dem Liegen, Bücken oder längerem Sitzen (hypotone und orthostatische Kreislaufregulationsstörungen). **Warnhinweis:** Enthält 60 Vol.-% Alkohol.

Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie die Packungsbeilage und fragen Sie Ihre Ärztin, Ihren Arzt oder in Ihrer Apotheke. Apothekenpflichtig

KORODIN Herz-Kreislauf-Tropfen

immer griffbereit!

Fragen Sie in Ihrer Apotheke nach unserer praktischen Taschenbox.





ROBUGEN GMBH & Co. KG

Alleenstraße 22-24 · 73730 Esslingen
Telefon: 0711/13630-0 · www.robugen.de

VdK-TV-MAGAZIN IN SPORT1

„miteinander“ im Juli und August

Im Juli und August stehen zwei Sendungen mit einer vielseitigen Themenmischung auf dem Programm von **„miteinander“**, dem VdK-Fernsehmagazin auf Sport1. Einen Schwerpunkt im Juli bilden dabei die Sozialstaatsreformen, die die Bundesregierung in Angriff genommen hat. Vieles, was geplant ist, stößt in der Bevölkerung auf Kritik, denn hinter dem Titel „Reform“ verbergen sich fast ausschließlich Kürzungen. Das betrifft auch eine besonders vulnerable Gruppe: die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen. Für sie könnte es in Zukunft schwieriger werden, Leistungen aus der Pflegeversicherung zu erhalten.

Darüber hinaus werden die sozialen Folgen des Klimawandels den VdK weiterhin beschäftigen. Denn Klimaschutz greift nur, wenn die dafür getroffenen Maßnahmen auf breite Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen. Dafür müssen sie aber sozialverträglich gestaltet sein. Welche konkreten Vorschläge der Sozialverband dafür entwickelt hat, zeigen wir in der August-Ausgabe in einer Reportage über das Sozialpolitische Forum des VdK Bayern, das sich mit dem Thema befasst hat.

„miteinander“ ist eine der beständigsten Sendereihen im deutschen Fernsehen. Seit 28 Jahren informiert das VdK-TV-Magazin Monat für Monat über sozialpolitische Themen, rechtliche Fragen, zeigt Neues aus den Bereichen Gesundheit und Rente, ist generationsübergreifend und wendet sich an Menschen mit und ohne Behinderung.

Freuen Sie sich auf interessante Beiträge!

Programm

Juli-Ausgabe auf Sport1

18. Juli, 12 Uhr; Wiederholungen: 21. Juli, 7 Uhr, und 23. Juli, 1 Uhr.

August-Ausgabe auf Sport1

15. August, 12 Uhr; Wiederholungen: 18. August, 7 Uhr, und 20. August, 1 Uhr.

mit einander

DAS VdK-MAGAZIN

Aktuelle Filme auf VdK-TV

„Rat & Tat“
Merkzeichen sind zusätzliche Kennzeichnungen im Schwerbehindertenausweis, die besondere Beeinträchtigungen dokumentieren und Nachteilsausgleiche ermöglichen. Sie müssen meist gesondert beantragt werden. Sozialrechtsexperte Lukas Dowraczek weiß aus dem Beratungsalltag beim VdK, dass das Merkzeichen „aG“ (außergewöhnliche Gehbeeinträchtigung) besonders häufig beantragt wird. Es berechtigt zum blauen Parkausweis für Behindertenparkplätze und wird in der Regel nur bei sehr schweren Mobilitätseinschränkungen vergeben. Wichtig ist, dem Antrag aussagekräftige ärztliche Atteste beizufügen, da die Behörden in der Regel nach Aktenlage entscheiden.



Wird einer Person ein Merkzeichen zuerkannt, kann sie bestimmte Nachteilsausgleiche und Vergünstigungen in Anspruch nehmen. Screenshot: VdK

„Klipp & Klar“
Wirtschaft und Politik werden nicht müde, den Fachkräftemangel zu beklagen, und übersehen dabei, welch großes Potenzial an gut ausgebildeten, hoch motivierten und belastbaren Arbeitskräften verfügbar wäre – wenn sich einige entscheidende Dinge in dieser Gesellschaft ändern würden. Die Rede ist von Frauen. 70 Prozent aller berufstätigen Mütter arbeiten in Teilzeit, und das in vielen Fällen nicht freiwillig. Es fehlt an guter Kinderbetreuung, an flexiblen Arbeitsbedingungen und an Partnern, die bereit sind, die familiären Aufgaben und Pflichten zu gleichen Teilen zu übernehmen. Rund 800 000 zusätzliche Fachkräfte ließen sich gewinnen, wenn Frauen mit Kindern unter sechs Jahren in dem Umfang arbeiten könnten, wie sie es sich wünschen. Anhand des Beispiels von Frauen zeigt VdK-Präsidentin Verena Bentele, dass vor allem die Unternehmen gefordert sind, dem Fachkräftemangel zu begegnen. Es führt zu nichts, mehr Arbeitsleistung zu verlangen, wenn es gleichzeitig an Plätzen in Kitas und in der Tagespflege fehlt.

„SBV – Inklusives Wissen“
Beschäftigte müssen eine Schwerbehinderung grundsätzlich nicht offenlegen. Eine Offenbarungspflicht kann jedoch in Ausnahmefällen bestehen, etwa wenn die Tätigkeit nicht mehr sicher oder ordnungsgemäß ausgeübt werden kann oder Gefahren für die betroffene Person oder Dritte entstehen. Für die Arbeitgeberseite gilt: Die Frage nach einer Schwerbehinderung ist insbesondere im Bewerbungsverfahren regelmäßig unzulässig. In solchen Fällen kann ein „Recht zur Lüge“ bestehen. Hierzu informiert VdK-Rechtsexpertin Kim Blum.

VdK-TV

Die Redaktion des Videoportals VdK-TV informiert Sie regelmäßig zu wichtigen sozialen und rechtlichen Themen. Alle Filme sind abrufbar unter *www.vdktv.de*

SOZIALVERBAND VdK vdktv.de

– Anzeige –



Die Sonne kann so vieles

Aber wie viel Sonne tut uns wirklich gut?

MACH DEN SONNEN SCHUTZ CHECK

JETZT IN DEINER APOTHEKE VOR ORT



APOTHEKEN Umschau

LANDESSEITEN

Rechtsfall
Mit Rollstuhl zurück ins Arbeitsleben Seite 14

Landespolitik
Der Koalitionsvertrag – von uns bewertet Seite 15

Patienten
Service: Was leistet die Telemedizin? Seite 16

Hörverlust
Wie gutes Hören gelingt Seite 17

KOMMENTAR

Teilhabe ist kein Gnadenakt!



Foto: Jutta Kübler

Hans-Josef Hotz, Vorsitzender Sozialverband VdK Baden-Württemberg

Die Pläne der Landesregierung zur Abschaffung der Beauftragten für die Belange der Menschen mit Behinderungen waren ein fatales Signal.
Wir erleben ohnehin eine Debatte im Land, in der es zunehmend salonfähig wird, über die Abschaffung der Rechte von Menschen mit Behinderungen offen zu diskutieren. Befeuert von Stuttgarts Oberbürgermeister Nopper in seinen Auslassungen zum Schlaraffenland und von Tübingens Oberbürgermeister Palmer im unsäglichen Streit um eine Rollstuhl-Rampe für die Ehrung einer Sportlerin in einer nicht barrierefreien Halle. Jetzt gibt es in Tübingen glücklicherweise einen Kompromiss und die Ehrung wird in einem barrierefreien Saal der Musikschule stattfinden.
Der Protest war wohl laut genug.

Eine starke unabhängige Stimme im Land

Sehr erfreulich ist, dass Sozialminister Oliver Hildenbrand jetzt im Interview mit unserer Zeitung erklärt, dass aus seiner Sicht alles dafür spricht, dass wir die Beauftragte der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen auch weiterhin brauchen.
Sie erfülle eine sehr wichtige Funktion und sei deshalb im Landes-Behindertengleichstellungsgesetz fest verankert. Für uns als Sozialverband VdK Baden-Württemberg ist klar: Unstreitig brauchen wir eine unabhängige starke offizielle Stimme im Land, die Missstände und fehlende Inklusion klar benennt und anprangert. Mehr als 1,6 Millionen Menschen mit Behinderungen leben in Baden-Württemberg, 14 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist für Deutschland seit 2009 verbindlich: Teilhabe ist ein Menschenrecht – und kein Gnadenakt!

„Wir brauchen neue Ideen und Tatkraft“

Im Interview: Oliver Hildenbrand (Grüne) – Minister für Soziales, Arbeit und Gesundheit

Oliver Hildenbrand ist neuer Sozialminister des Landes. Im Interview erklärt er, wie er pflegende Angehörige entlasten möchte, mit welchen Maßnahmen er die medizinische Versorgung auf dem Land sichern will – und: Er spricht sich klar für den Erhalt der Beauftragten der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen aus. Das Amt steht in der Diskussion und soll möglicherweise eingespart werden.

Minister Hildenbrand, Sie treten Ihr Amt in bewegten Zeiten an. Baden-Württemberg steht vor einer tiefgreifenden wirtschaftlichen Transformation. Wie wollen Sie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihr Land erhalten und stärken? Welche Herausforderungen sehen Sie für die nächsten Jahre?
Wir haben uns im Koalitionsvertrag vorgenommen: Bewahren, was gut ist. Erneuern, was besser werden muss. Und für mich als Sozialminister gilt das klare Ziel: Stärken, was Menschen stark macht. Stärken, was unsere Gesellschaft zusammenhält. Baden-Württemberg ist ein Land, in dem wir füreinander da sind und miteinander mehr erreichen. Und mit dieser Haltung können wir auch große Herausforderungen gemeinsam bewältigen.

Wir erleben in den Gesprächen mit unseren Mitgliedern: Bezahlbare Pflege ist das zentrale Thema. Die Eigenanteile in der stationären Pflege steigen seit Jahren, die Menschen haben Angst vor Armut. Was werden Sie unternehmen? Wird das Land wieder in die Investitionskostenförderung einsteigen?
Ich werde mich mit dem gleichen Nachdruck wie mein Vorgänger dafür einsetzen, dass wir endlich den Sockel-Spitze-Tausch im Bund durchsetzen. Denn ohne Frage sind die steigenden Eigenanteile eine große Belastung. Wirkungsvoll kann man dem nur begegnen, indem man den Eigenanteil deckelt und die Finanzierung der darüberhinausgehenden Kosten durch die Pflegeversicherung gewährleistet. Außerdem wollen wir hier im Land, insbesondere was die Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege angeht, mit unserem Innovationsprogramm Pflege weiterhin gezielte Impulse setzen, um pflegende An- und Zugehörige zu entlasten.

Hausärztemangel und lange Wartezeiten bei den Facharztterminen: Wie werden Sie garantieren, dass die medizinische Versorgung auf dem Land gesichert ist?
Wir müssen die medizinische Versorgung im ganzen Land verlässlich, modern und digital gestalten. Wir sind beispielsweise gerade dabei, das Förderprogramm Landärzte auf Basis einer Evaluation weiterzuentwickeln.

Dabei wollen wir auch die Förderung von Medizinischen Versorgungszentren ermöglichen, die genossenschaftlich organisiert und gemeinwohlorientiert sind. Sie können bei der Stärkung der lokalen Gesundheitsversorgung eine wichtige Rolle spielen. Außerdem haben wir uns im Koalitionsvertrag die Einführung einer Kinderarztquote vorgenommen.

Was werden Sie im Bereich der Barrierefreiheit unternehmen? Aus unserer Sicht müssen zumindest alle Einrichtungen im Gesundheitswesen zwingend barrierefrei sein.
Unser Ziel ist ein Baden-Württemberg ohne Barrieren. Mit dem Landeszentrum Barrierefreiheit haben wir in meinem Ministerium eine wichtige Anlaufstelle geschaffen, die durch Beratung, Schulung und Sensibilisierung daran arbeitet, dass wir dieses Ziel gemeinsam erreichen.

Wir sind zwar noch nicht da, wo wir sein wollen und müssen, aber wir sind auf dem Weg.

Eine für unsere Mitglieder wichtige Interessenvertretung soll möglicherweise abgeschafft werden: Die Beauftragte der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen. Diese Überlegungen sind ein fatales Signal. Soll das Amt wirklich eingespart werden?
Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir alle Beauftragten auf den Prüfstand stellen. Für mich ist klar: Die Beauftragte der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen erfüllt eine sehr wichtige Funktion und übernimmt sehr wichtige Aufgaben. Deshalb ist sie im Landes-Behindertengleichstellungsgesetz fest verankert. Aus meiner Sicht spricht alles dafür, dass die Prüfung ergeben wird, dass wir diese Beauftragte auch weiterhin brauchen.



„Ohne Frage sind die steigenden Eigenanteile in der Pflege eine große Belastung“, sagt Sozialminister Oliver Hildenbrand. Foto: Roland Geiger

Sie sind als Minister für Soziales, Arbeit und Gesundheit auch für die Inklusion auf dem Arbeitsmarkt zuständig. Wie wollen Sie die Beschäftigungsquote der Menschen mit Behinderungen im Land erhöhen? Und ganz konkret die der Landesbehörden? Die obersten Landesbehörden verfehlen die Pflichtquote ja seit Jahren.
Für das Sozialministerium gilt das erfreulicherweise nicht. Es ist mir wichtig, dass wir innerhalb der Landesverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen. Aber das reicht nicht.

Wir müssen unsere Anstrengungen zur Einhaltung der Beschäftigungspflichtquote schwerbehinderter Menschen in der ganzen Landesverwaltung intensivieren. Dabei haben wir jetzt eine Vereinbarung im neuen Koalitionsvertrag auf unserer Seite. Wir werden uns stärker an den wirkungsvollen Maßnahmen orientieren, die in Bayern erfolgreich umgesetzt werden. Mit Blick auf die Inklusion in der Arbeitswelt gilt: Baden-Württemberg braucht die Potenziale aller, um die zukünftigen Bedarfe an Arbeits- und Fachkräften zu sichern.

Und abschließend: Was wünschen Sie sich für die nächsten fünf Regierungsjahre?
Ich wünsche mir, dass wir es gemeinsam schaffen, unsere Zuversicht zu behalten. Ich bin davon überzeugt, dass wir in einer Welt voller schlechter Nachrichten und schlechter Laune dringend einen positiven Entwurf von der Zukunft brauchen. Denn wir brauchen neue Ideen und Tatkraft, um gut durch diese schwierigen Zeiten zu kommen. Wir haben schon so vieles geschafft, wir sind ein starkes Land, wir haben tolle Menschen und deshalb werden wir auch die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, gemeinsam bewältigen. **Die Fragen stellte Julia Nemetschek-Renz**

Zur Person

Oliver Hildenbrand macht Politik, weil er überzeugt ist, dass gemeinsames Handeln etwas bewirkt.
Seit 2004 ist der Psychologe Hildenbrand Mitglied der Grünen, war ab 2007 vier Jahre lang Landessprecher der Grünen Jugend und von 2013 bis 2021 Vorsitzender der Grünen im Land. Oliver Hildenbrand ist 38 Jahre alt und lebt mit seinem Freund in Stuttgart.

„Streichung des Entlastungsbetrags ist kurzsichtig!“

Entwurf der Pflegereform: Sozialverband VdK Baden-Württemberg fordert solidarische Finanzierung

Der Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V. sieht den Reformentwurf zur Pflegeversicherung von Bundesministerin Warken kritisch. Zwar ist unbestritten, dass die Pflegeversicherung finanziell stabilisiert und strukturell weiterentwickelt werden muss. Eine Reform darf jedoch nicht vorrangig über Leistungskürzungen zulasten pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen erfolgen.

„Besonders problematisch ist der vorgesehene Wegfall des Entlastungsbetrags. Dieser Betrag ist gerade für Menschen in häuslicher Pflege eine wichtige niedrigschwellige Unterstützung im Alltag. Er hilft bei Betreuung, Begleitung und hauswirtschaftlicher Entlastung und trägt dazu bei, dass Pflegebedürftige länger selbstbestimmt zu Hause leben können“, sagt Hans-Josef Hotz, Vorsitzender des Sozialverbands VdK Baden-Württemberg in einer Pressemitteilung.

„Hart betroffen wären Menschen mit Pflegegrad 1. Für sie ist der Entlastungsbetrag häufig die einzige praktisch nutzbare Leistung der Pflegeversicherung. Eine Streichung würde bedeuten, dass frühe Hilfe wegfällt, obwohl sie gerade dazu dient, eine Verschlechterung der Pflegesituation zu vermeiden. Auch pflegende Angehörige würden zusätzlich belastet. Was bisher durch anerkannte Unterstützungsangebote aufgefangen werden kann, müsste künftig noch stärker von Familien übernommen oder privat bezahlt werden. Menschen mit geringem Einkommen wären hiervon besonders betroffen.“

Der Wegfall des Entlastungsbetrags sei sozialpolitisch falsch und kurzsichtig. Er spare nicht nachhaltig, sondern verlagere Kosten auf Angehörige, Kommunen und Sozialhilfeträger. Der Sozialverband VdK Baden-Württemberg fordert deshalb, den Entlastungsbetrag zu erhalten, den Zugang zu Entlastungsangeboten zu vereinfachen und die Pflegeversicherung solidarisch sowie verlässlich zu finanzieren. Erneut bemängelt der Sozialverband VdK Baden-Württemberg außerdem, dass keinerlei Maßnahmen angedacht sind, einen Ausgleich zwischen privater und gesetzlicher Pflegeversicherung auf den Weg zu bringen.

Während sich die gesetzliche Pflegeversicherung in einer eklatanten Finanznot befindet, verfügt die private Pflegeversicherung über eine Rücklage von mehr als 50 Milliarden Euro. Das empfinden die Menschen als zutiefst ungerecht. Das Potenzial dieser 50 Milliarden muss endlich in die Reformüberlegungen mit einbezogen werden. **red**

Mit Rollstuhl zurück ins Arbeitsleben

Wir haben geholfen: Sozialverband VdK erkämpft Kfz-Hilfe in Höhe von 97 200 Euro für Arbeitnehmer mit Querschnittslähmung

Nach einer schweren Erkrankung veränderte sich das Leben von Armin Rolf* grundlegend: Seitdem ist das 58-jährige VdK-Mitglied querschnittsgelähmt und auf einen Rollstuhl angewiesen – er kann nicht länger als Lkw-Fahrer arbeiten. Trotz seiner gesundheitlichen Einschränkungen will er sich nicht aus dem Berufsleben zurückziehen. Sein Arbeitgeber unterstützt ihn, doch Armin Rolf benötigt ein behindertengerechtes Fahrzeug. Die Rentenversicherung lehnt den Antrag auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben jedoch ab.



Berufliche Teilhabe darf nicht am Arbeitsweg scheitern: Menschen mit einer Behinderung können einen Zuschuss zum Kauf eines Autos, zum behindertengerechten Umbau eines Fahrzeugs oder zum Führerschein erhalten.

Foto: iStock.com / FG Trade

Viele Jahre war Armin Rolf als Lkw-Fahrer tätig. Diesen Beruf kann er zwar nicht mehr ausüben, doch sein Arbeitgeber will nicht auf den erfahrenen Mitarbeiter verzichten. Deswegen bietet er ihm einen komplett auf ihn zugeschnittenen Arbeitsplatz als Disponent mit einem rollstuhlgerechten Arbeitsplatz an. Das ist ganz im Sinne von Armin Rolf, der nach seiner Erkrankung teilweise erwerbsgemindert ist und täglich mehrere Stunden arbeiten kann. Seine Arbeit gibt ihm Struktur, soziale Kontakte und auch das Gefühl, gebraucht zu werden.

Um seinen Arbeitsplatz und auch gelegentliche Termine auf Baustellen selbstständig erreichen zu können, beantragte er bei der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in Form einer Kraftfahrzeughilfe. Neben der Anschaffung des Fahrzeugs ist eine umfangreiche behinderungsbedingte Zusatzausstattung erforderlich. Aufgrund seiner Körpergröße von mehr als zwei Metern kommt nur ein größeres Fahrzeug infrage. Kleinere scheiden aus, da Armin Rolf beim Einsteigen und Sitzen anstößt. Insgesamt belaufen sich die Kosten auf rund 100 000 Euro.

Dann die Überraschung: Die DRV lehnt den Antrag ab. Nach ihrer Auffassung lägen die Voraussetzungen für Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nicht vor. Die DRV argumentierte, dass die Erwerbsfähigkeit des Versicherten durch die beantragte Leistung nicht wesentlich gebessert oder wiederhergestellt werden könne. Da Armin Rolf seinen bisherigen Beruf als Lkw-Fahrer nicht mehr ausüben könne, sei er aus Sicht der DRV voll erwerbsgemindert.

Armin Rolf wendet sich deswegen an den Sozialverband VdK. Der zuständige Sozialrechtsreferent der VdK-Beratungsstelle in Südwürttemberg-Hohenzollern legte Widerspruch ein. Der Sozialverband VdK macht deutlich, dass die Argumentation der Rentenversicherung nicht nachvollziehbar sei. Zwar könne Armin Rolf nicht mehr als Lkw-Fahrer arbeiten, seine Erwerbsfähigkeit sei jedoch keineswegs vollständig aufgehoben. Für leichte Tätigkeiten an einem rollstuhlgerechten Arbeitsplatz sei ihm weiterhin eine Leistungsfähigkeit attestiert worden. Sein Arbeitgeber habe zudem bereits einen geeigneten Arbeitsplatz als Disponent geschaffen und ausdrücklich erklärt, dass er den langjährigen Mitarbeiter weiterhin beschäftigen wolle.

Entscheidend sei, dass Armin Rolf seinen Arbeitsplatz erreichen kann. Dafür benötige er ein umgebautes Fahrzeug. Auch hinsichtlich seiner Fahreignung bestünden keine Bedenken. Durch die Kraftfahrzeughilfe werde seine Teilhabe am Arbeitsleben ermöglicht und seine Erwerbsfähigkeit im Sinne des Gesetzes wiederhergestellt.

Der VdK-Sozialrechtsreferent verweist auf die große Bedeutung der Arbeit für den Betroffenen. Die Möglichkeit, weiterhin berufstätig zu sein, stärke seine Selbstständigkeit, seine gesellschaftliche Teilhabe und sein psychisches Wohlbefinden. Die Beschäftigung ermögliche ihm, weiterhin einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten und ein eigenes Einkommen zu erzielen. Daher beantragt der Sozialverband VdK eine erneute Prüfung des Sachverhalts. Mit Erfolg! Die DRV lenkt ein und bewilligt die Kraftfahrzeughilfe, einschließlich der erforderlichen behinderungsbedingten Zusatzausstattung. Insgesamt werden Leistungen in Höhe von rund 97 500 Euro zugesprochen.

Vom Antrag bis zur Bewilligung vergingen mehr als zwei Jahre. Für Armin Rolf hat sich die Ausdauer aber gelohnt: Dank der Unterstützung des Sozialverbandes VdK kann er nun seinen Arbeitsplatz selbstständig erreichen und weiterhin am Arbeitsleben teilhaben.

Dieser Fall zeigt: Leistungen zur Teilhabe sind für Menschen mit Behinderung essenziell. Sie ermöglichen den Zugang zum Arbeitsleben und fördern Selbstbestimmung. Nicht jeder ablehnende Bescheid eines Rehabilitations-Trägers ist rechtlich zutreffend. Deshalb lohnt es sich, Bescheide prüfen zu lassen und mit fachkundiger Unterstützung Widerspruch einzulegen. Der Sozialverband VdK unterstützt seine Mitglieder dabei, ihre sozialrechtlichen Ansprüche durchzusetzen! In Baden-Württemberg stehen hierfür 34 VdK-Beratungsstellen zur Verfügung. **Rebecca Schwarz**

*(*Name von der Redaktion geändert)*

Gemeinsam gegen Betrugsmaschen

Reutlingen: Sozialverband VdK schließt mit Polizeipräsident Udo Vogel Kooperationsvereinbarung zur Warnung von Senioren

Polizeipräsident Udo Vogel schließt eine Kooperationsvereinbarung mit dem Sozialverband VdK im Kreis Reutlingen über eine Zusammenarbeit bei der Warnung vor Enkeltricks & Co. Der VdK-Bezirks- und Kreisvorsitzende Jürgen Neumeister ist Sicherheitsberater für Senioren und hat die Kooperation mit auf den Weg gebracht.



Polizeipräsident Udo Vogel und VdK-Kreisverbandsvorsitzender Jürgen Neumeister unterzeichneten eine Vereinbarung zum besseren Schutz von Senioren vor Betrugsmaschen.

Foto: Norbert Leister

Wer kennt sie nicht, solche Schockanrufe oder weiß von ihnen aus den Erzählungen von Verwandten: „Heftig schluchzend meldet sich ein vermeintlicher Angehöriger und berichtet von einer dramatischen Notsituation, oft einem verschuldeten schweren Verkehrsunfall, bei dem ein Mensch gestorben ist.“ Klar, denken die meisten: der berühmte Enkeltrick.

Doch es gibt noch viel mehr Betrugsmaschen, die Senioren als Opfer auserkoren haben – an der Haustür etwa oder auch im Internet. Zu den immer mehr um sich greifenden Methoden zählen Betrug beim Online-Kauf, aber auch Romance-Scamming, also das Vorspielen der großen Liebe – mit keinem anderen Hintergrund als dem, an das Geld der Opfer zu kommen. All dem soll noch mehr ein Riegel vorgeschoben werden, wie Polizeipräsident Udo Vogel Mitte Juni erläutert.

Das Polizeipräsidium hat nun eine Kooperationsvereinbarung für ein Bündnis mit dem Sozialverband VdK geschlossen, um Senioren noch besser vor Betrug zu schützen. In anderen Regionen werden solche Vereinbarungen mit dem Kreisseniorenrat vereinbart – doch der Reutlinger Rat hatte sich aufgelöst, der Sozialverband VdK ist mit dem Vorsitzenden Jürgen Neumeister eingesprungen.

„Ich habe mich ja selbst von der Polizei zum Sicherheitsberater für Senioren ausbilden lassen und danach einige Informationsveranstaltungen für Ältere durchgeführt“, sagt Neumeister kurz vor der Unterzeichnung der Vereinbarung. Das oberste Ziel der Vereinbarung von Polizei und VdK sei laut Vogel: „Senioren sollen vor Kriminalität geschützt werden.“ Der Enkeltrick sei aber nur einer der Betrugsmaschen, die Kriminelle vor allem gegenüber Älteren anwenden. Leider immer wieder mit Erfolg, wie Vogel bedauert.

Bei anderen Maschen stehen vermeintliche Amtspersonen (darunter auch Betrüger in Polizeiuniform) vor der Wohnungstür und wollen die Menschen überreden, ihnen Bargeld, Schmuck oder andere Wertgegenstände zu übergeben. Oder sie wollen sich Zugang zur Wohnung verschaffen. Hier lautet der wichtigste Rat: Keine Unbekannten in die Wohnung lassen. Im Zweifel sollten Senioren die 110, also die Polizei, anrufen.

> „Ich selbst wurde auch schon angerufen und hätte fast Geld überwiesen.“
> Jürgen Neumeister, VdK-Kreisvorsitzender.

Die Informationen über die richtigen Verhaltensweisen werden oft bei Vorträgen von Seniorennachmittagen oder ähnlichem vermittelt. Deshalb werden immer wieder Sicherheitsberater für Senioren ausgebildet. Zumeist sind das Menschen, die sich auch im Kreisseniorenrat engagieren, manchmal auch ehemalige Polizeibeamte, die dann ihr Wissen in Vorträgen an Ältere weitergeben.

Den Gedanken, dass jüngere Menschen doch nicht auf solche Schockanrufe hereinfallen würden, widerlegt Jürgen Neumeister. „Ich selbst wurde auch schon angerufen und hätte fast Geld überwiesen.“ Ihm sei ebenfalls vorgespielt worden, dass seine Tochter in einer schrecklichen Notsituation sei. Und auch der Polizeipräsident berichtet: „Erst vor kurzem haben mich zwei jüngere Bekannte angerufen, dass sie solche Anrufe erhalten haben.“

Die Prävention in dem Bereich sei ein enorm wichtiges Thema, „das mir sehr am Herzen liegt“; betont Udo Vogel. „Wir leben heute in einer Welt, in der ältere Menschen schamlos ausgenommen werden.“ Die Polizei habe schon viel zur Prävention getan, doch offenbar reiche das immer noch nicht aus. Gerade deshalb sei der Präsident sehr froh, nun mit dem VdK solch eine Kooperationsvereinbarung schließen zu können. „Wir treffen damit den Nerv unserer Mitglieder“, sagt Neumeister. Immerhin blicke der Sozialverband VdK im Kreis Reutlingen auf 5000 Mitglieder. **Norbert Leister**

Was steht im Koalitionsvertrag?

Sozialer Wohnungsbau, Hitzeschutz, Pflege und Gesundheit – eine Einschätzung des Sozialverbands VdK Baden-Württemberg

Der vorliegende Koalitionsvertrag sieht durchaus gute und wichtige Maßnahmen vor. Beispielsweise in Bezug auf sozialen Wohnungsbau und die Eingliederungshilfe. Gleichzeitig werden an anderer Stelle zentrale Forderungen des Sozialverbands VdK Baden-Württemberg nicht erfüllt oder der Koalitionsvertrag bleibt zu vage, so dass die Umsetzung vorerst fraglich bleibt. Unsere Sozialpolitische Abteilung bietet hier in einem Gastbeitrag einen Überblick.

Behinderung

Im Rahmen der aktuellen Debatte um Kürzungen in der Eingliederungshilfe ist das Bekenntnis zum Bundesteilhabegesetz (BTHG) und zu einer Eingliederungshilfe, die nicht als Fürsorgesystem funktioniert, zu begrüßen. Im Koalitionsvertrag 2021 wurde noch „Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit“ in der Eingliederungshilfe als Ziel gesetzt. Der Koalitionsvertrag 2026 spricht nun konkret davon, die Eingliederungshilfe „bedarfsgerecht und personenzentriert“ weiterzuentwickeln. Außerdem wird die finanzielle Beteiligung des Landes durch einen „verwaltungsarmen Ausgleich der BTHG-bedingten Mehrkosten“ festgeschrieben.

Die Beschäftigungsquote in der Landesverwaltung wird zum ersten Mal im Koalitionsvertrag konkret aufgeführt. Bisher wurde sie nur im Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention als Ziel gesetzt. Außerdem wird konkret auf das bayrische Modell verwiesen. Dies schafft die Grundlage dafür, dass konkrete Maßnahmen, die in Bayern umgesetzt wurden, ressortübergreifend schwer abgelehnt werden können.

Barrierefreies Wohnen wird auch im Koalitionsvertrag 2026 erneut als Ziel gesetzt. „Damit ein selbstbestimmtes Leben im Alter möglichst lange in gewohnter Umgebung möglich ist“. Hier bleibt die tatsächliche Umsetzung aber unkonkret. Es ist die Rede von einem Förderaufruf für „barrierefreien Wohnraum im Mietwohnungsbau für volljährige Menschen mit Unterstützungs-, Versorgungs- oder Teilhabebedarf“. 2021 wurde die Förderung von barrierefreiem Wohnraum bereits sehr ähnlich festgehalten.

Sozialer Wohnungsbau

Im Koalitionsvertrag 2026 wird festgehalten, dass die Landesmittel für den Sozialen Wohnungsbau dem Finanzierungsanteil des Bundes dauerhaft entsprechen sollen. Aktuell werden die Bundesmittel mit 60 Prozent kofinanziert. Da die Bundesmittel selbst von bundesweit 3,5 Mrd. (2025) auf jeweils 4 Mrd. in (2026) und (2027) ansteigen und dann zu 100 Prozent kofinanziert werden sollen, ist ein deutlicher Anstieg der Landesmittel zu erwarten. Konkret müssten nach dem Verteilungsschlüssel 456421350 Euro der Bundesmittel an Baden-Württemberg gehen und entsprechend gegenfinanziert werden.

Neu ist außerdem die vorgesehene Verlängerung der Bindungsfristen. Dadurch würde sozialer Wohnraum erst deutlich später aus der Sozialbindung fallen und zu Marktpreisen vermietet werden können. In welchem Maß die Bindungsfristen erhöht werden, wurde nicht festgehalten.



Die Zeit ist reif für echte Veränderung: Der Forderungskatalog des Sozialverbands VdK Baden-Württemberg zur Landtagswahl 2026. Solidarität ist unverhandelbar! Foto: VdK/ Landesverband

Hitzeschutz

Im Koalitionsvertrag 2026 wird das erste Mal der besondere Schutz vulnerabler Gruppen im Rahmen des Hitzeschutzes erwähnt. Tiefgreifend wird das Thema aber leider nicht aufgegriffen. Es fehlt beispielsweise eine Einordnung, wo vulnerable Gruppen Hitzeschutz besonders benötigen oder konkrete Forderungen wie verbindliche Hitzeschutzpläne für Pflegeheime. „Speziell zum Schutz von vulnerablen Gruppen werden unter anderem Hitzeschutzmaßnahmen durch Begrünung und Wasser immer wichtiger“ (Koalitionsvertrag 2026).

Pflege

Im Koalitionsvertrag 2021 war noch die Rede davon, die Eigenanteile zu senken und sich auch auf Bundesebene für einen Sockel-Spitze-Tausch einzusetzen. Das fehlt im Koalitionsvertrag 2026. Vor allem mit Blick auf die bevorstehende Strukturdebatte wäre die Aufrechterhaltung einer klaren Linie an dieser Stelle wichtig gewesen.

Der flächendeckende Ausbau von Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeangeboten zur Entlastung pflegender Angehöriger wird deutlich festgehalten. Dies war auch 2021 bereits verankert. Wie zu erwarten war, setzt der Koalitionsvertrag 2026 außerdem auf „innovative Versorgungskonzepte wie stambulant oder IstZeitPflege“.

Einzelzimmer in der stationären Pflege könnten infrage gestellt werden. Hier schreibt die Landesregierung, sie möchte „bei Neubauten mit Blick auf die Ausgestaltung und die Regelungen zum Persönlichen Wohnraum (Einzelzimmer, Doppelzimmer, Verfügungszimmer) die Erfahrungen in anderen Ländern berücksichtigen.“

Die Investitionskostenförderung in der stationären Pflege wird nicht thematisiert. Da selbst die im Koalitionsvertrag aufgeführten Forderungen unter Finanzierungsvorbehalt stehen, ist auch mit politischem Druck keine grundlegende Veränderung bei der Investitionskostenförderung zu erwarten.

Gesundheit

Dass Medizinische Versorgungszentren (MVZ) überhaupt thematisiert werden, ist im Koalitionsvertrag 2026 neu. Begrüßenswert ist dabei, dass freiberufliche sowie kommunal oder genossenschaftlich getragene MVZs besonders hervorgehoben werden. Mit dem Förderprogramm „Landärzte“ sollen genossenschaftlich organisierte und gemeinwohlorientierte MVZ gefördert werden.

2021 wurde noch ein Bekenntnis zu einem „barrierefreien Zugang zu einer qualitätsgesicherten integrativen Medizin für alle“ festgehalten. Das Wort „Barrierefreiheit“ fällt im Koalitionsvertrag 2026 im direkten Zusammenhang mit Gesundheit leider nicht mehr.

Sascha Wittenberg
Abteilungsleitung Sozialpolitik

DRV-Jugendinitiative Rentenblicker

Für Lehrkräfte: Jetzt den Referentenservice buchen!

Wie funktioniert das deutsche Sozialversicherungssystem? Was kann ich heute schon für meine finanzielle Zukunft und Rente tun? Worauf muss ich beim Berufsstart achten? Der „Rentenblicker-Referentenservice” der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg (DRV BW) gibt jungen Menschen Antworten auf diese Fragen – und zwar direkt vor Ort in der Schule. Rund 100 speziell geschulte Renten-Expertinnen und -Experten bringen Finanz- und Alltagskompetenzen in baden-württembergische Klassenzimmer. Ziel ist es, dass sich junge Menschen frühzeitig mit der gesetzlichen Rentenversicherung und Altersvorsorge beschäftigen. Das Angebot richtet sich vor allem an allgemeinbildende und berufliche Schulen ab Klasse 9. Lehrkräfte können den Service einfach und kostenfrei buchen unter: *www.rentenblicker.de*

Der Rentenblicker-Referentenservice ist Teil der bundesweiten Jugendinitiative „Rentenblicker” der Deutschen Rentenversicherung. Neben dem regionalen Referentenservice bietet die Initiative Lehrkräften Unterrichtsmaterialien für den eigenen Unterricht an. Die Bildungsmedien können kostenfrei über die Website bestellt oder heruntergeladen werden. Darüber hinaus informiert die Initiative über Social Media junge Menschen zu den Themen Altersvorsorge und Rente.

Die DRV BW ist als Trägerin der gesetzlichen Rentenversicherung im Land Ansprechpartnerin in Sachen Prävention, Rehabilitation, Altersvorsorge und Rente für rund 7 Millionen Versicherte sowie etwa 200000 Unternehmen und als Verbindungsstelle zu Griechenland, Zypern, Liechtenstein und Schweiz auch bundesweit. Sie betreut rund 1,5 Millionen Rentnerinnen und Rentner im In- und Ausland und hat ihre Hauptverwaltung in Karlsruhe und einen Sitz in Stuttgart. Sie ist vor Ort mit Regionalzentren, Servicezentren für Altersvorsorge, Ansprechstellen für Prävention und Rehabilitation und einem Arbeitgeberservice, schult regelmäßig rund 120 ehrenamtliche Versichertenberatende, um Versicherten in der direkten Nachbarschaft Beratungsangebote machen zu können. Pro Jahr vergibt die DRV BW mehr als 100 Ausbildungs- und Studienplätze und beschäftigt etwa 3600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. **pm**

– Anzeige –



„Die Bedeutung der Telemedizin wird stark zunehmen“

Im Interview: Dr. Doris Reinhardt, stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg

Telemedizin heißt: Ich muss keine Arztpraxis aufsuchen, sondern bekomme zu Hause am Laptop oder Smartphone direkten ärztlichen Rat in einer Video-Sprechstunde. Möglich macht das die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) mit ihrer digitalen Plattform docdirekt. Tausende Patientinnen und Patienten nutzen docdirekt jeden Monat als niederschwelliges medizinisches Angebot. Verpassen kann man auf docdirekt nichts: Erkennt das System – nach Eingabe der Fakten – dass eine persönliche Sprechstunde notwendig ist oder sogar ein Notfall vorliegt, wird man gebeten, eine Arztpraxis aufzusuchen oder die 112 zu wählen. Der ärztliche Bereitschaftsdienst mit der bundesweiten Rufnummer 116 117 arbeitet mit docdirekt zusammen und überweist Patientinnen und Patienten aus Baden-Württemberg direkt an die Online-Sprechstunde, wenn sich der Fall für die Telemedizin eignet.



Ärztliche Online-Sprechstunde am Laptop: für alltägliche Beschwerden, Fragen und etliche Routinekontrollen bestens geeignet. Die Website docdirekt.de ermöglicht die Telemedizin. Foto: iStock.com / Vladimir Vladimirov

Infos zu docdirekt

Haben Patientinnen und Patienten aus Baden-Württemberg gesundheitliche Beschwerden, können sie sich auf der Website docdirekt.de melden.

Über docdirekt ist nach vorheriger Empfehlung eine persönliche Videosprechstunde mit erfahrenen Ärztinnen und Ärzten möglich. Das Angebot ist für gesetzlich Versicherte kostenlos.

Für die Online-Sprechstunde braucht man eine stabile Internetverbindung und einen Laptop oder ein Smartphone mit Kamera und Mikrofon.

Bundesweit ist dieser telemedizinische Service einzigartig. Auch deshalb wurde docdirekt im März 2026 vom Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in Berlin für exzellente ambulante Versorgung ausgezeichnet. Wir haben mit der stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der KVBW gesprochen. Im Interview erklärt Dr. Doris Reinhardt warum die Telemedizin gerade in diesen Zeiten immer wichtiger werden wird.

Was ist docdirekt genau?
docdirekt ist ein digitales Versorgungsangebot der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg. Ziel ist es, Patientinnen und Patienten eine schnelle Orientierung über das Versorgungsangebot zu geben, wenn sie Beschwerden haben. Unter docdirekt.de startet zunächst die sogenannte Ersteinschätzung, welche Beschwerden bestehen, wie stark sind diese et cetera. Das Ergebnis ist dann eine Beurteilung wie dringlich und an welchem Ort die Behandlung erfolgen sollte. Eignen sich die Beschwerden für eine telemedizinische Sprechstunde, werden die Patienten direkt online in ein virtuelles Wartezimmer geleitet. Von dort aus geht es dann weiter ins virtuelle Sprechzimmer zur ärztlichen Beratung mit dem Telearzt oder der Teleärztin per Video.

Das System ist einfach und niedrigschwellig durch die Nutzer zu bedienen. Es funktioniert sehr gut, etwa 80 bis 90 Prozent der Fälle können abschließend behandelt werden. Docdirekt ist ein für die Versicherten kostenfreies Angebot der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg und ohne weitere Verwertung der Gesundheitsdaten.

Welche Rolle spielt die Telemedizin für die ambulante Versorgung in Baden-Württemberg?
Wir rechnen damit, dass die Bedeutung stark zunimmt. Vor allem in der Akut- und Notfallversorgung ist die Klärung des Versorgungsbedarfs und dessen Dringlichkeit wichtig, bevor Kliniken und Praxen aufgesucht werden. Durch klare und verbindliche Ersteinschätzungsprozesse wird die Inanspruchnahme bedarfsnotwendig gesteuert. Nur so wird es gelingen, die Versorgung weiterhin zu bewerkstelligen. Wir können das nicht wie derzeit planlos in Praxen und Notaufnahmen der Kliniken zurollen lassen.

Welche medizinischen Fälle eignen sich für die telemedizinische Beratung?
Insbesondere die Beschwerdefälle, die keine umfangreiche körperliche Untersuchung erfordern sind bestens geeignet für eine telemedizinische Beratung und Behandlung.

Wäre es nicht sinnvoll, die 116 117 komplett mit der Notrufnummer 110 und 112 zu verbinden?
Das wird so kommen, ist aber eine echte technische Herausforderung. Wir arbeiten daran, dass eine digitale Fallübergabe zwischen der 116 117 und der 112 möglich wird. Eine organisatorische Verbindung halten wir für unrealistisch. Dafür sind die Fallkonstellationen viel zu unterschiedlich. Die gute Zusammenarbeit gibt es aber bereits heute.

Was wünschen Sie sich für unser Gesundheitssystem?
Die Probleme im Gesundheitswesen liegen auf der Hand. Eines davon ist, dass die Strukturen in der Versorgung, also Arztpraxen, Bereitschaftspraxen und Notaufnahmen, aufgesucht werden, ohne vorab zu klären, welcher Behandlungsort der richtige ist. Und wir geben viel zu viel Geld aus, um irgendwelchen bürokratischen Anforderungen zu genügen. Es gibt viele Situationen, in denen die Dokumentation länger dauert als die eigentliche Behandlung.

Die Fragen stellte
Julia Nemetschek-Renz

Zur Person



Die Hausärztin Dr. med. Doris Reinhardt ist seit Januar 2023 stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW).

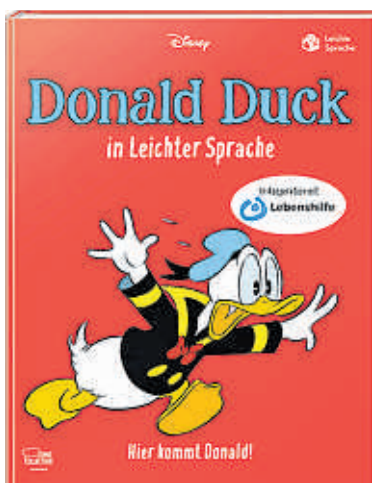
Foto: KVBW

Ganz einfach Quacken

Donald Duck in Leichter Sprache – Band 2 jetzt erhältlich!

BUCH TIPP

Hier kommt Donald!



Lesevergnügen in leichter Sprache: Egmont veröffentlicht mit der Bundesvereinigung Lebenshilfe Comicalben in Leichter Sprache – übersetzt und redigiert von einer Prüf-Gruppe.

ISBN 978-3-7704-1149-8
Egmont Comic Collection

Wer kennt sie nicht: Die berühmteste Ente der Welt! Mit viel Pech geht Donald Duck durchs Leben und wird dabei schnell wütend. Und obwohl Comics auf den ersten Blick ganz verständlich wirken, sind sie es nicht. Damit sich alle an dem Helden aus Entenhausen erfreuen können, gibt es Donald Duck inzwischen in Leichter Sprache. Nach dem großen Erfolg ist jetzt Band 2 erschienen.

Comics sind für alle da – sollte man meinen. Doch trotz der kurzen Texte und vielen Bilder sind Comics nicht für alle Menschen verständlich: Die meisten Witze und auch einige Wörter sind nur schwer zu verstehen. Fremdwörter, lange Sätze und kleine Schriften schließen viele Menschen beim Lesen aus – nicht nur Menschen mit einer geistigen Behinderung, sondern auch Menschen mit Demenz oder alle, die noch nicht so gut Deutsch können.

Um die Geschichten der tollpatschigen Ente allen Menschen zu erzählen, erschien in Zusammenarbeit der Lebenshilfe und des Egmont Verlags bereits vergangenes Jahr Band 1 „Aus dem Leben einer Ente“. Der Erfolg gab ihnen recht! Viele Menschen mit und ohne Unterstützungsbedarf kauften das Buch und hatten viel Spaß damit. Nun erschien im Mai der zweite Comic mit dem Titel „Hier kommt Donald!“.

Das Buch umfasst vier kurze Geschichten mit vielen Bildern rund um die Geschichten von Donald Duck und seiner Familie. Die Ente, die wie ein Mensch lebt – und manchmal ganz schön laut werden kann, wenn sie Mal wieder über ihre eigenen Füße stolpert. Trotzdem oder gerade deswegen erlebt Donald oft viele lustige Sachen. Sein Onkel Dagobert sowie seine Neffen Tick, Trick und Track dürfen natürlich nicht fehlen.

Comic mit Wörterbuch

Eine weitere Besonderheit des Comics ist auch das integrierte Wörterbuch, das schwierige Wörter leicht verständlich erklärt. Diese können bei Bedarf direkt nachgeschlagen werden.

„Hier kommt Donald!“ ist ab sofort überall im Buchhandel für 9,99 Euro erhältlich. Lesevergnügen ist garantiert! **R. Schwarz**

VdK-Kreisverband Stuttgart:

Mitglied im Beirat der Evangelischen Heimstiftung

Der Kreisverband Stuttgart des Sozialverbands VdK stärkt seine sozialpolitische Stimme: Ab sofort entsendet der Verband einen offiziellen Vertreter in den Beirat der Evangelischen Heimstiftung.

Mit der neuen Beiratsbeteiligung soll die Perspektive von Menschen mit Behinderungen, mit chronischen Erkrankungen sowie Seniorinnen und Senioren noch stärker in die Entscheidungsprozesse der Einrichtungen einfließen.

Der VdK-Kreisverband Stuttgart bringt dabei seine langjährige Erfahrung in sozialrechtlichen Fragen, Pflege, Barrierefreiheit und Teilhabe ein. Und erhält damit Mitspracherechte in zwei bedeutenden Pflege-Einrichtungen in der Landeshauptstadt – der Herzog-Christoph-Residenz und der Königin-Olga-Residenz.

Die Evangelische Heimstiftung zählt zu den größten Trägern der Altenhilfe in Baden-Württemberg. Gerade in Residenzen wie Herzog Christoph und Königin Olga spielen Themen wie Pflegequalität, Selbstbestimmung, soziale Teilhabe und gute Lebensbedingungen im Alter eine zentrale Rolle. Durch die Mitarbeit im Beirat kann der VdK-Kreisverband künftig Impulse setzen, Missstände frühzeitig ansprechen und Verbesserungen aktiv mitgestalten.

Der VdK-Kreisverband Stuttgart sieht die Berufung in den Beirat der Evangelischen Heimstiftung als Anerkennung seines Engagements und zugleich als Auftrag, die Interessen seiner Mitglieder und der Bewohnerinnen und Bewohner konsequent zu vertreten. Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen Verband und Einrichtungen weiter auszubauen und gemeinsam Lösungen für die Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft zu entwickeln. **red**

Hören findet im Kopf statt!

Hörverlust betrifft nicht nur die Ohren – warum ein Hörgerät verlorenes Hörverstehen nicht sofort zurückbringt

Jahrelang wird der Fernseher einfach lauter gestellt und in Gesprächen häufiger Mal nachgefragt. Wenn dann endlich ein Hörgerät getragen wird, sind die Erwartungen groß. Und die Ernüchterung ebenso. Das Hören ist zwar lauter, aber nicht automatisch besser. Stimmen klingen ungewohnt und das Verstehen fällt schwerer als erhofft. Viele Betroffene fragen sich, ob ein teureres Gerät die Lösung gewesen wäre. Die Antwort mag überraschen: Nicht das Hörgerät allein entscheidet darüber, wie gut wir hören – sondern vor allem unser Gehirn.



Studien zeigen: Es gibt einen Zusammenhang zwischen unbehandelter Schwerhörigkeit und einem erhöhten Risiko für kognitive Einschränkungen und Demenzerkrankungen. Foto: iStock.com / PIKSEL

Hörgerät rein und sofort wieder alles verstehen? Ganz so einfach ist das leider nicht, denn ein Hörverlust entwickelt sich meist schleichend. Das Problem dabei: Hörverstehen findet im Kopf statt – nicht im Ohr. Und das Gehirn gewöhnt sich nach und nach an die verminderte Hörwahrnehmung. Deswegen reicht das Hörgerät allein nicht aus, um das Hörvermögen sofort wiederherzustellen.

So funktioniert Hören

Das Hören beginnt mit einer Schallwelle. Diese bringt das Trommelfell zum Vibrieren und setzt über die Gehörknöchelchen die Schallübertragung ins Innenohr fort. In der Cochlea werden die Schwingungen schließlich von feinen Haarzellen in elektrische Nervenimpulse umgewandelt. Über den Hörnerv gelangen diese Signale zum Gehirn, wo sie verarbeitet und als Klänge wahrgenommen werden. All das geschieht innerhalb von Mikrosekunden. Hörerfahrungen trainieren die zuständigen Nervenverbindungen im Gehirn. Das beginnt bereits im Mutterleib und zieht sich bis ins frühe Kindesalter fort.

Doch das Gehirn ist wie ein Muskel: Es muss ständig trainiert und gefordert werden. Das gilt auch für die Bereiche, die für das Hören zuständig sind. Bei einem Hörverlust gehen bestimmte Frequenzanteile im Gehirn verloren. Das Gehirn lernt, mit der ungenauen Sprache, fehlenden Vokalen und nicht hörbaren Konsonanten umzugehen. Je länger eine Schwerhörigkeit unbehandelt bleibt, desto mehr bauen sich die dafür zuständigen Verbindungen ab. Der Grad des Hörverlusts spielt hierbei auch eine Rolle. Das Sprachverstehen, das auf einem komplexen Netzwerk aus Milliarden von Nervenzellen basiert, nimmt ab.

Die Verbindungen müssen bei einer Schwerhörigkeit also wieder neu aufgebaut und trainiert werden. Genau hier liegt die Herausforderung: Das Hörgerät kann diesen Prozess nicht übernehmen. Es verstärkt zwar die Schallsignale, doch das eigentliche Verstehen findet weiterhin im Gehirn statt. Je länger der Zeitraum zwischen dem Beginn des Hörverlusts und der Versorgung mit einem Hörgerät ist, desto schwieriger wird es deshalb, das frühere Sprachverstehen wiederzuerlangen.

Regelmäßige Übungen und ständige Anpassungen des Hörgeräts sind notwendig, um die bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen. Teurere Geräte bieten mehr Komfort und gewisse Automatismen, können also situationsbedingt besser reagieren. Doch sie ersetzen nicht das notwendige Hörtraining. Um den Folgen eines Hörverlusts vorzubeugen, ist es daher wichtig, frühzeitig zu reagieren.

Erste Anzeichen

Es gibt einige typische Anzeichen dafür, dass sich das Hörvermögen verändert hat: Ein Anruf wird verpasst, obwohl das Telefon direkt neben einem liegt. Wieder steckt eine Zustellbenachrichtigung im Briefkasten, obwohl man den ganzen Tag zu Hause war. Plötzlich scheinen andere Menschen undeutlich zu sprechen oder zu nuscheln. Freunde und Familienmitglieder wiederholen Gesagtes immer häufiger. Besonders schwierig werden Gespräche in größeren Gruppen oder in lauter Umgebung. Man hat das Gefühl, nur noch die Hälfte mitzubekommen. Auch der Fernseher wird mit der Zeit immer lauter eingestellt. Was früher Lautstärke 12 war, ist heute vielleicht schon 18 – sehr zum Leidwesen der Familie. Hohe Töne werden bei einer altersbedingten Schwerhörigkeit häufig zuerst schlechter wahrgenommen. Deshalb fällt es vielen Betroffenen schwerer, Kinder oder Frauen mit höheren Stimmlagen zu verstehen.

Das Tückische: Der Prozess verläuft schleichend. Man gewöhnt sich an das schlechtere Hören und bemerkt die Veränderung oft zu spät – beziehungsweise reagiert erst, wenn der Leidensdruck zu groß wird. Außenstehenden fällt der Hörverlust meist früher auf.

Wer sich in hier wiedererkennt, sollte sein Gehör überprüfen lassen. Hörtests sind beim HNO-Arzt oder Hörakustiker möglich. Auch Online-Hörtests können eine erste Orientierung bieten, ersetzen jedoch keine fachärztliche Untersuchung.

Sollte sich zeigen, dass ein Hörgerät notwendig ist, beginnt der wichtigste Teil: Das Hörgerät macht die verlorenen Signale wieder hörbar, doch das eigentliche Verstehen muss das Gehirn neu erlernen. Regelmäßiges Tragen, gezieltes Hörtraining und eine gute Anpassung helfen dabei, das Sprachverstehen Schritt für Schritt zu verbessern. Nicht der Preis des Hörgeräts entscheidet zwangsläufig über den Erfolg – sondern vor allem frühes Handeln, Geduld und Ausdauer. **Rebecca Schwarz**

Die VdK-Zeitung online lesen

Jetzt wechseln und E-Paper abonnieren!

Schon gewusst? Die VdK-Zeitung gibt es auch als digitales E-Paper! Egal wo Sie gerade sind und egal ob auf dem Smartphone, Tablet oder PC: Mit dem E-Paper holen Sie sich die vollständige Ausgabe Ihrer VdK-Zeitung direkt auf den Bildschirm.

Die VdK-Zeitung können Sie auch bequem online lesen – und das auf jedem Endgerät. Der besondere Vorteil sind die Verlinkungen von digitalen Inhalten, also Videos oder der Verweis auf Homepages mit weiterführenden Informationen. Denn diese sind im E-Paper direkt verlinkt und damit auch sofort abrufbar. Außerdem gibt es eine bequeme Suchfunktion.

Für die Umwelt

Die digitale VdK-Zeitung empfiehlt sich natürlich auch aus Umweltschutzgründen. Denn umweltschädliche Druckertinte und Altpapierstapel werden mit einem Wechsel vermieden.



Die VdK-Zeitung immer und überall lesen! Foto: iStock.com / South_agency

Außerdem online verfügbar: Ein Archiv mit den vergangenen Ausgaben der VdK-Zeitung! Ihnen blieb ein Artikel im Gedächtnis und sie möchten noch einmal genau nachlesen? Dann stöbern Sie einfach im Archiv. Jetzt wechseln:
www.vdk-bw.de/medien/vdk-zeitung

Erinnerung: SBV-Konferenz 2026

Letzte Chance – jetzt anmelden!

„Ein inklusives Betriebsklima als Chance!" lautet das Motto der diesjährigen SBV-Konferenz am Mittwoch, 8. Juli, in der Harmonie Heilbronn. Die Fortbildungsveranstaltung für die Schwerbehindertenvertretung (SBV) sowie Mitglieder von Betriebs- und Personalräten fokussiert sich hierbei auf den Kündigungsschutz und die Beteiligungsrechte der SBV in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Auch strategische Ansätze zur nachhaltigen Implementierung von Inklusion stehen im Fokus.

Mit dabei als Referent ist unter anderem Nicolas Bauer, Gewerkschaftssekretär IG Metall. Er informiert über die präventiven Aufgaben der SBV bei betriebsbedingten Schwierigkeiten.

Nicht fehlen darf das Thema Künstliche Intelligenz: Klaus Honold und Kevin Pakula, Wissenschaftliche Mitarbeiter am Kompetenzzentrum für Digitale Barrierefreiheit an der Hochschule der Medien in Stuttgart, gehen daher auf die Chancen und Risiken für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen durch KI ein.

Astrid Hadem vom UnternehmensForum und Nadine Schönwald, Inklusionsbeauftragte und Head of Sales, geben außerdem Tipps, damit Inklusion als fortlaufender Entwicklungsprozess in den Unternehmen gelingen kann.

Eine begleitende Gesundheits- und Rehamesse im Foyer der Harmonie umrahmt die Fortbildung: Rund 40 Aussteller präsentieren hier ihre Produkte, Dienstleistungen und Angebote! Die Messe ist für alle Interessierten ab 8.30 Uhr geöffnet. Die SBV-Konferenz beginnt für die Teilnehmer um 9.30 Uhr.

Die SBV-Konferenz ist durch die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung zertifiziert und wird mit 7 Stunden für die CDMP-Weiterbildung anerkannt. Die Seminargebühr beträgt inklusive Verpflegung und Tagungsunterlagen 179 Euro. Aktuell sind noch einige wenige Restplätze verfügbar. Jetzt anmelden unter:
www.vdk-bw-event.de

IMPRESSUM

Landesteil und Bezirksseiten Baden-Württemberg
Sozialverband VdK Baden-Württemberg

Redaktion:
verantwortlich Julia Nemetschek-Renz (nem), Rebecca Schwarz (res)

Anschrift:
Sozialverband VdK Baden-Württemberg
Landesredaktion VdK-ZEITUNG
Johannesstraße 22, 70176 Stuttgart
Telefon (07 11) 619 56-0
E-Mail: j.nemetschek-renz@vdk.de
Internet: *bw.vdk.de*

– Anzeige –



Sozial, gerecht, demokratisch?

Freiburg: Matinée mit überraschender Aktualität

Rund 50 Interessierte folgten am Muttertag der Einladung zur Matinée „Sozial, gerecht, demokratisch?“ im Winterer Foyer des Theaters Freiburg. Auch wenn aufgrund des sonnigen Wetters und des Feiertags zahlreiche Plätze frei blieben: Die Veranstaltung war mit ihrem historischen Blick auf aktuelle Herausforderungen des Sozialstaats ebenso lehrreich wie hochaktuell.

Im Mittelpunkt stand die Frage nach dem Zusammenhang des Sozialstaats und stabiler Demokratie. Historiker Prof. Dr. Bernd Braun zeichnete die Entwicklung sozialer Rechte nach dem Ersten Weltkrieg nach und stellte die Visionen des ehemaligen Reichskanzlers Joseph Wirth für einen „sozialen und demokratischen Volksstaat“ vor. Dabei wurde deutlich, wie eng soziale Sicherheit und demokratische Stabilität miteinander verbunden sind.

Reiner Neumeister, stellvertretender Vorsitzender des VdK-Bezirksverbands Südbaden, richtete den Blick auf die Gegenwart. Pointiert stellte er fest, dass viele Politikerinnen und Politiker, die heute über den Sozialstaat entscheiden, von einer Teilnahme an dieser Veranstaltung hätten profitieren können. Seine Ausführungen machten insgesamt deutlich, dass die Debatten der Weimarer Republik heute besonders aktuell wirken: Schon damals wurde darüber gestritten, welche Verantwortung der Staat für soziale Absicherung trägt und wo die Grenzen staatlicher Unterstützung liegen. Die Parallelen zu heutigen gesellschaftlichen Diskussionen sind unübersehbar.



Die Matinée warf einen historischen Blick auf die Weimarer Republik und schlug damit den Bogen zu den aktuell diskutierten Reformen des Sozialstaats in Deutschland. Foto: kwasibanane

Für einen besonderen Zugang zum Thema sorgte Schauspieler Peter Haug-Lamersdorf mit Rezitationen historischer und zeitgenössischer Texte. Musikalisch begleiteten Sängerin Juliane Hollerbach und Pianistin Olga Tomilov die Matinée: Mit Liedern wie „Money Money“ von John Kander und Fred Ebb oder „Ich will den Kapitalismus lieben“ von Funny van Dannen gelang es ihnen, Kapitalismus und soziale Gerechtigkeit gleichermaßen humorvoll wie nachdenklich zu beleuchten.

Die Matinée zeigte eindrucksvoll: Die Fragen nach sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Teilhabe und staatlicher Verantwortung haben auch 100 Jahre später nichts von ihrer Brisanz verloren. **res**

Sozialstaatsbündnis Heilbronn

Breites Bündnis fordert gerechten Sozialstaat

Am 18. Mai 2026 hat sich in Heilbronn ein regionales Bündnis für einen starken und zukunftssicheren Sozialstaat gegründet. Mit dabei: Der VdK-Kreisverband Heilbronn, ASB, AWO, IG Metall und ver.di. Weitere Organisationen und Verbände wie BUND, DGB, Katholische Betriebsseelsorge Heilbronn, Kreisdiakonieverband Heilbronn sowie die NGG haben ihre Unterstützung und Mitarbeit signalisiert. Damit schließt sich Heilbronn einer bundesweiten Bewegung an, in der sich 14 Organisationen unter dem Motto „Stabil bleiben – Sozial gestalten“ mit zusammen über 20 Millionen Mitgliedern zusammengeschlossen haben, um den Sozialstaat zu stärken und eine sachliche, faktenbasierte Debatte voranzubringen.

Das Bündnis kritisiert eine zunehmende Schieflage in der politischen Diskussion, in der soziale Sicherungssysteme häufig als Kostenfaktor dargestellt werden. Dem setzt das Bündnis eine klare Position entgegen: Ein leistungsfähiger Sozialstaat ist die Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt, wirtschaftliche Teilhabe und demokratische Stabilität.

Katharina Kaupp, Bezirksgeschäftsführerin von ver.di Heilbronn-Neckar-Franken: „Vor Ort entscheidet sich, ob der Sozialstaat noch funktioniert und Vertrauen in unser Gemeinwesen und in unsere Demokratie schafft. Auch in unserer Region erleben wir, wie wichtig gut ausgestattete öffentliche Strukturen sind und was fehlt, wenn sie für immer verloren gehen. Ein starker Sozialstaat ist kein Luxus, sondern Voraussetzung für soziale Sicherheit und gute Lebensbedingungen für alle.“

Für Würde im Alter

Bernhard Löffler, Vorsitzender des Sozialverbands VdK Kreisverband Heilbronn: „Die immer weiter steigenden Kosten für Pflegeheimplätze führen dazu, dass etwa jeder dritte Heimbewohner in Baden-Württemberg, so auch in Heilbronn, auf Sozialhilfe angewiesen ist. Die stationäre Pflege gilt bereits als konkrete Armutsfalle. Demgegenüber stehen dann die durchschnittlich niedrigen Renten. 2023 bekamen Männer im Schnitt 1405 Euro an Altersrente, – Frauen gar nur 955 Euro. Selbst bessere Renten reichen nicht mehr aus, die Pflegekosten zu stemmen. Wer kann davon noch in Würde im Alter leben? Wir brauchen endlich die Bürgerversicherung, also ein einheitliches System, in das alle Erwerbstätigen in die Sozialkassen einzahlen, was die Ungleichheiten von privat zu gesetzlich Versicherten aufheben würde.“ **pm**

VdK Reisen

„Reisen unter Freunden“

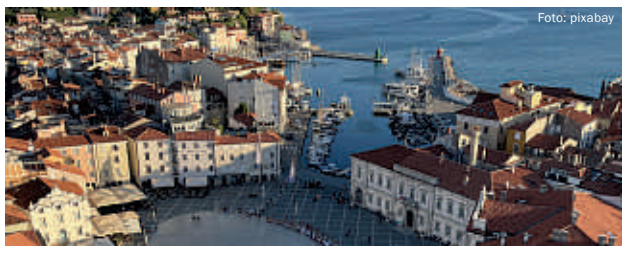
VdK Reisen

Unvergessliche Urlaubserlebnisse für alle, die gerne verreisen. Auch Nicht-VdK-Mitglieder sind herzlich willkommen, unsere Reiseangebote zu nutzen. Vertrauen Sie auf die Erfahrung des Sozialverbandes VdK Baden-Württemberg und gönnen Sie sich eine wohlverdiente Auszeit.

Ihr VdK-Reiseteam www.vdk-reisen.de

Antonija Koc-Cuvalo & Durdane Jiroyan

OV Calw – Slowenien –25.09. – 01.10.2026



Im Südwesten von Slowenien, an der slowenischen Adria liegt Portoroz. Der beliebte Ferienort Portorose ist nur wenige Kilometer von der Grenze zu Kroatien entfernt. Portoroz ist ein lebendiges Touristenzentrum mit schönen Stränden und kristallklarem Meer. Abholung ab/bis Calw

Inklusivleistungen: Hotel Histrion ▸ Halbpension und Ausflugpaket

Ausflugspaket: Piran ▸ Porec ▸ Triest

Preis: ab 25 Personen **1.199,- €** p. P. im DZ / ab 35 Personen **999,- €** p. P. im DZ / EZ-Zuschlag **99,- €** p. P

Informationen: Fr. Steffek 07051-51281

OV Bisingen – Blumenriviera – 04.10 – 10.10.2026



Die Riviera-Sinfonie von Monaco bis Portofino

Erleben Sie im Jahr 2026 eine Reise, die das Licht des Südens einfängt.

Wo die Seealpen sanft in das tiefblaue Ligurische Meer gleiten, entfaltet sich ein Küstenstreifen von unvergleichlicher Eleganz und zeitloser Schönheit.

Inklusivleistungen: Anreise im modernen Reisebus inkl. Klimaanlage, Bordküche, Kaffee, Kuchen und WC ▸ 6 x Übernachtung in Hotel Villa Ida inkl. Frühstücksbuffet und Abendessen ▸ Begrüßungscocktail ▸ Ausflüge mit Reiseleitung und teilw. Verpflegung nach Monaco & Monte-Carlo, Imperia Oneglia und Porto Maurizio, Sanremo & Dolceacqua sowie nach Portofino, Santa Margherita Ligure & Rapallo

Preis: ab 25 Pers. **1.379,- €** p. P. im DZ, ab 30 Pers. **1.229,- €** p. P. im DZ, ab 35 Pers. **1.129,- €** p. P. im DZ, / EZ-Zuschlag **99,- €**

Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen

Informationen: Fr. Heller 07476-7494

OV Oberkochen – Slowenien 05.10. – 11.10.2026



Der slowenische Küstenabschnitt, obwohl nur etwa 47 Kilometer lang, ist ein echtes Juwel der Adria. Er vereint auf kleinem Raum venezianische Architektur, lebendige Kurorte, malerische Fischerdörfer und geschützte Naturreservate. Die Küche der slowenischen Küste ist stark von den mediterranen Aromen beeinflusst. Man findet hier reichlich frischen Fisch, Meeresfrüchte, Trüffel aus dem nahen Hinterland, hochwertiges Olivenöl und köstliche Weine.

Inklusivleistungen: Hotel San Simon **** ▸ Halbpension ▸ Ausflugspaket

Ausflug: Piran ▸ Pores ▸ Triest

Preis: ab 25 Pers. **1.259,- €** p. P. im DZ, ab 30 Pers. **1.179,- €** p. P. im DZ, ab 35 Pers. **1.059,- €** p. P. im DZ / EZ-Zuschlag **99,- €**

Informationen: Hr. Lergenmüller 07364-6869, Fr. Müller 07364-708494

OV Eriskirch/OV Kressbronn/OV Langenargen – Côte d’Azur – 19.10. – 24.10.2026

Die Riviera ist mehr als eine Küste – sie ist ein Versprechen. In einem weiten, sonnenverwöhnten Halbkreis erstreckt sie sich von der Côte d’Azur bis vor die Tore der Toskana. Hier erwartet Sie ein visuelles Meisterwerk der Natur: Schroffe Felsvorsprünge, die majestätisch aus der Brandung ragen, wechseln sich ab mit versteckten, smaragdgrünen Buchten und feinsandigen Stränden, die zum Verweilen einladen.



Die Villa Ida ist ein Drei-Sterne-Hotel in Laigueglia, nur wenige Schritte vom Meer entfernt, mit großen einladenden, eleganten und hellen Innenräumen. Der Wellnessbereich im Erdgeschoss ist entspannend und voller Atmosphäre mit der Veranda mit Blick auf die innere Orangerie. Die Zimmer sind mit allem Komfort und Klimaanlage ausgestattet.

Preis: ab 25 Pers. **1.379,- €** p. P. im DZ, ab 30 Pers. **1.229,- €** p. P. im DZ, ab 35 Pers. **1.129,- €** p. P. im DZ / EZ-Zuschlag **99,- €**

Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen

Informationen: OV Eriskirch Hr. Friedrich 07541-9815217 / OV Langenargen Fr. Fix-Sorg 07543 1236 / OV Kressbronn Fr. Ritter 0163 7378127

KV Hohenzollern – Slowenien – 26.10. – 01.11.2026



Das kleine Land zwischen Alpen & Meer

Was macht einen Urlaub in Slowenien so besonders? Es ist die Vielseitigkeit dieses kleinen Landes, das mitteleuropäisches, alpines und mediterranes Flair harmonisch miteinander vereint. Erleben Sie die abwechslungsreiche Landschaft Sloweniens: hohe Berge, sanft gewellte Hügelketten, weitläufige Ebenen, Grün ist hier die vorherrschende Farbe, denn rund 60% der Fläche Sloweniens sind mit Wald bedeckt. In diese fruchtbare Landschaft eingebettet. Genießen Sie in Ihrem Urlaub in Slowenien die Naturschönheiten des Landes und die architektonischen Schätze seiner kleinen, liebenswerten Metropole.

Inklusivleistungen: Hotel Simon **** ▸ Halbpension ▸ Ausflugspaket

Ausflug: Piran ▸ Porec ▸ Triest

Preis: ab 25 Pers. **1.139,- €** p. P. im DZ, ab 30 Pers. **1.079,- €** p. P. im DZ, ab 35 Pers. **939,- €** p. P. im DZ / EZ-Zuschlag **99,- €**

Informationen: Hr. Sauter 07471-2833

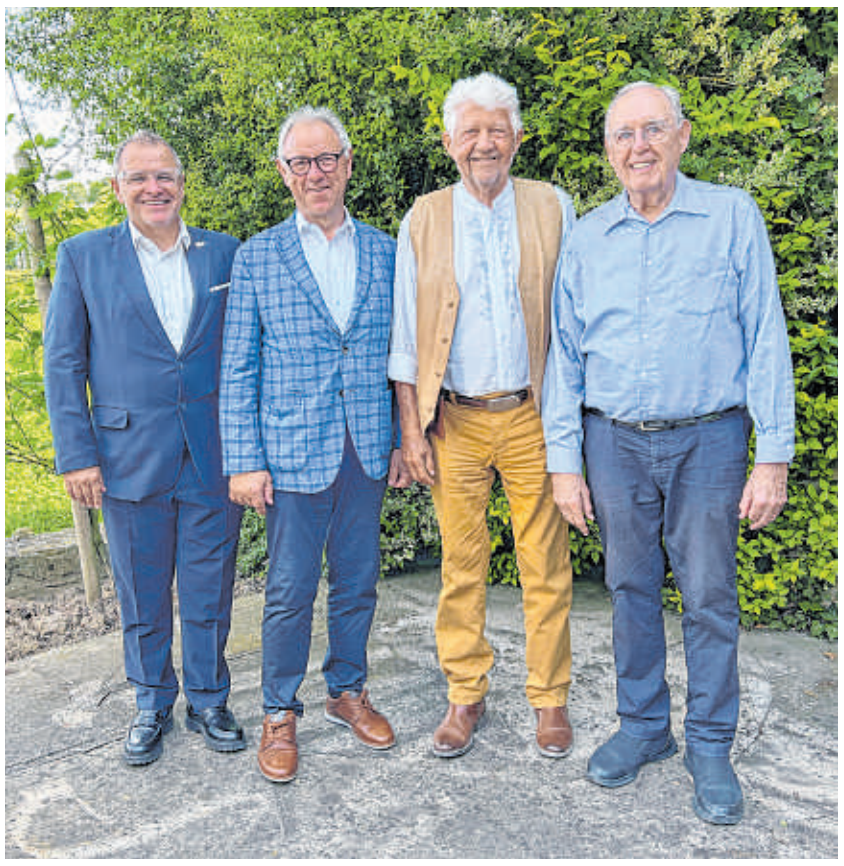
VdK-Reisen • Johannesstraße 22 • 70176 Stuttgart • Telefon 0711 619 56-82 / oder -85 • Fax 0711 619 56-86 • E-Mail vdk-reisen-bw@vdk.de • www.vdk-reisen.de

„Die Gesellschaft braucht Menschen wie ihn!“

Herzlichen Glückwunsch! Frank Stroh wird 80 – langjähriger Heilbronner VdK-Kreisvorsitzender und Mitglied im Landesvorstand

Umtriebig, voller Elan und leidenschaftlich, immer die sozial benachteiligten Menschen im Blick, mutig in die Zukunft denkend, direkt und offen: Frank Stroh ist Anfang Juni 80 Jahre alt geworden. Der Sozialverband VdK Baden-Württemberg hat ihm viel zu verdanken und gratuliert sehr herzlich!

„Die Gesellschaft braucht Menschen wie ihn, die mit offenen Augen durch die Welt gehen, die sehen, wo Hilfe notwendig ist, die nicht zuerst nach einer Gegenleistung fragen, die nicht warten, bis andere, bis zuständige Behörden oder der Staat das Problem löst“, ehrte Hans-Josef Hotz, Vorsitzender des Sozialverbands VdK Baden-Württemberg, die Lebensleistung von Frank Stroh. Er sei sich nie zu schade für eine klärende Diskussion, nicht nur gegenüber politischen Mandatsträgern und den Verantwortlichen bei den Sozialleistungsträgern, sondern gleichermaßen zielstrebig auch in den ehrenamtlichen Diskussionen innerhalb des Sozialverbands VdK auf Konferenzen, Tagungen und Veranstaltungen.



Herzliche Gratulation zum 80. Geburtstag auf der Geburtstagsfeier in Sulzfeld: Eppingens Oberbürgermeister Klaus Holaschke, Hans-Josef Hotz, VdK-Landesvorsitzender, Frank Stroh und Roland Sing, VdK-Landes-Ehrenvorsitzender. Foto: VdK / LV

„Überall dort, wo Frank Stroh Verantwortung im Sozialverband VdK übernommen hat, haben sich die Mitgliederzahlen in einer atemberaubenden Dynamik nach oben bewegt.“ Über ein Jahrzehnt bis zu seiner Verabschiedung im Februar 2024 hat Frank Stroh den VdK-Kreisverband Heilbronn mit viel Herzblut, sozialem Gespür und mit großem Fachwissen im Ehrenamt geführt. Die Geschicke des Bezirksverbands Nordwürttemberg gestaltet er nach wie vor leidenschaftlich mit und seine Stimme hat auch im VdK-Landesvorstand bedeutendes Gewicht. Frank Stroh hat in seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Kreisvorsitzender erstmals in Baden-Württemberg ein Lotsen-System etabliert, das den Menschen hilft, den Behördendschungel besser zu durchdringen. Er hat die Wohnberatung mit aufgebaut und das Schulungsprogramm für die Ehrenamtlichen konzeptionell geplant und: Frank Stroh ist als Trainer für die Ehrenamtlichen weiterhin unermüdlich im Einsatz. **red**

Drei Fragen an ...

Frank Stroh



Frank Stroh Foto: Jutta Kübler

Wie gehts dir?
Wenn die Gesundheit so mitmacht – dann ist das in Ordnung. Ich will mich weiter sinnvoll in die Gesellschaft einbringen. Ich war 27 Jahre lang bei der IG Metall, mich für die Schwächsten einzusetzen, ist mir wichtig. Und das werde ich weiterhin tun: Ich werde mich um die Menschen kümmern, die am Rande der Gesellschaft stehen.

Auch viele Orts- und Kreisverbände des Sozialverbands VdK werden in diesem Jahr mit dir 80. Warum ist der Sozialverband VdK heute wohl wichtiger denn je?
Der aktuell drohende Sozialabbau macht den Sozialverband VdK mit Sicherheit noch wichtiger. Klar, wir helfen den Menschen in unseren Beratungen durch den Behördendschungel. Viele Anträge, sei es auf Wohngeld oder eine Erwerbsminderungsrente, sind für die meisten Menschen zu schwer zu verstehen.
Aber mindestens genauso wichtig wie die rechtliche Beratung ist das Zuhören. Dass die Menschen bei uns ihre Sorgen loswerden können.
Wir haben im Kreis Heilbronn knapp 10000 Mitglieder und haben im letzten Jahr 2000 Beratungen ehrenamtlich durchgeführt. Das ist ein Wort und macht stolz.

Was wünschst du dir für unser Land?
Ich wünsche mir, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht immer noch weiter aufgeht. Man darf bei den Reformplänen die schwächeren Menschen nicht vergessen. Ältere Menschen haben Angst ihren Arbeitsplatz zu verlieren und welche Zukunft haben die jungen Generationen? Die sind auch sehr stark suchend und haben weit größere Themen zu bewältigen als meine Generation. Gut wäre, wenn nicht jeder nach sich schaut, sondern wir alle schauen: Was können wir gemeinsam tun? Dieser gewaltige Umbruch der nächsten Jahre und Jahrzehnte, der kann uns nur gemeinsam gelingen. **nem**

Jubiläum: 75 Jahre VdK Epfendorf

In diesem Jahr feiert der VdK Ortsverband Epfendorf sein 75-jähriges Bestehen – ein stolzes Jubiläum, das jedoch anders begangen wurde als gewohnt. Um allen Mitgliedern gerecht zu werden, verzichtete der Ortsverband auf einen großen Festakt mit Ansprachen und Musik.

Im Vorstand stand früh fest: Jeder soll sich wertgeschätzt fühlen. Deshalb erhielt jedes Mitglied ein Duschhandtuch mit der Aufschrift „75 Jahre – VdK Ortsverband Epfendorf“. Dieses alltägliche Geschenk soll symbolisch für den Zusammenhalt und die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft stehen. Jedes Mal, wenn das Handtuch verwendet wird, erinnert es daran, dass man Teil einer starken Organisation ist, die seit drei Vierteljahrhunderten für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und gegenseitige Unterstützung eintritt.

Gegründet wurde der Ortsverband am 17. März 1951 von 19 engagierten Bürgerinnen und Bürgern im Gasthaus zur Staig in Epfendorf. Die Gründungsmitglieder hatten es sich zur Aufgabe gemacht, den Menschen zu helfen, die von Krieg und Gefangenschaft gezeichnet waren. Dieses Vermächtnis lebt bis heute in Epfendorf weiter. Der VdK-Ortsverband Epfendorf bedankt sich herzlich bei allen seinen Mitgliedern für 75 Jahre Treue, Vertrauen und gemeinsames Engagement. **red**

Auf geht‘s zum Lago!



Der VdK-Kreisverband Freiburg/Breisgau-Hochschwarzwald veranstaltete Anfang Mai eine mehrtägige Busreise an den Lago Maggiore: Mit einer Inselkreuzfahrt zur Isola Bella und einer Schifffahrt zur Isola Pescatori erkundete die Reisegruppe viele malerische Plätze. Auch ein Ausflug nach Pallanza mit beeindruckenden Parkanlagen am westlichen Ufer des Lago durfte nicht fehlen. Foto: VdK / KV Freiburg

Viel Spaß am VdK-Stand



Foto: VdK / OV Oberkirch

Bei den Heimattagen in Oberkirch mit rund 40000 Besuchern hatten die Ortsverbände Bad Peterstal-Griesbach/Oppenau und Renchen sowie der Kreisverband Offenburg am VdK-Stand einiges zu tun. Dabei dauerhaft im Einsatz: Die Popcornmaschine! Der Alters-Simulationsanzug GERT schickte außerdem alle Interessierten auf eine Zeitreise und zeigte, wie sich Mobilität und Alltag im Alter anfühlen.

VdK-Reise an die Côte d’Azur



Den VdK-Ortsverband Reute verschlug es kürzlich an die Côte d’Azur: Auf der Busreise ging es für die Reisegruppe von Cannes nach Antibes und schließlich nach Grasse. Hier besuchten die Reisenden eine Parfümfabrik, bevor sie das mittelalterliche Dorf Gourdon besichtigten. Ein Stopp in Nizza sowie der Besuch eines Olivenhains mit anschließender Verkostung rundeten die Reise ab. Foto: VdK / OV Reute

Bürgerempfang mit VdK-Gästen



Foto: VdK / OV Markdorf

Hoher Besuch beim Bürgerempfang der Stadt Markdorf im Mai: Neben dem VdK-Ortsverband Markdorf war auch VdK-Präsidentin Verena Bentele als Botschafterin des von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ausgerufenen Ehrentags „Für dich. Für uns. Für alle.“ zu Gast – dabei hob sie insbesondere die Bedeutung des Ehrenamts hervor.

Aktivurlaub mit dem Fahrrad

Wer das erste Mal eine längere Tour unternehmen möchte, sollte gut vorbereitet sein

Die unsichere Lage bei Fernreisen, verursacht durch weltweite Krisen, wirkt sich bei vielen auf die Urlaubsplanung aus. Radreisen sind eine gute Option, um nahe gelegene Regionen aktiv zu entdecken und Natur zu genießen. Wer das erste Mal eine längere Tour unternehmen möchte, hat dabei viele Fragen. Der pressedienst-fahrrad (pd-f) gibt Tipps.



Die Schwäbische Alb ist bei Mountainbikern beliebt. Entlang des Albtraufs mit seinen Tälern sind Touren mit vielen Höhenmetern möglich. Als Belohnung gibt es spektakuläre Aussichten. Foto: www.schwaebischealb.de/pd-f

Radreisen eignen sich für einen Familienurlaub mit Kindern, für Paare, Senioren oder Singles. Sie bieten Abenteuer und Naturerlebnis – mit Fahrtwind im Gesicht. „Über 40 Millionen Menschen in Deutschland machen im Laufe eines Jahres mindestens einen Tagesausflug mit dem Rad“, berichtet der pd-f. Da ist der Schritt zum größeren Urlaub nicht mehr weit. Von der Nordsee bis zu den Alpen, vom Rhein bis an die Spree gibt es gemütliche, flache Radwege für Familien und ebenso anspruchsvollere Routen für sportliche Herausforderungen.

Kultur und Kulinarik

Wohin soll es gehen? Bergig oder flach? Wo übernachtet man am besten? Wie plane ich eine Strecke? Muss ich mein eigenes Rad mitnehmen? Individualreise oder Pauschalangebot eines Radreiseanbieters? Allein oder in der Gruppe? Wer sich erstmals mit dem Thema Radreisen beschäftigt, muss vieles vorab klären.

Als beliebte Ziele für eine Radreise in Deutschland gelten die Küstenregionen, der Bodensee und die großen Radwege an Weser, Donau, Rhein oder Elbe. Diese Wege sind überwiegend flach und somit auch für Familien oder ältere Menschen gut geeignet. Doch dank E-Bikes gewinnen auch hügelige Regionen wie die Alpengegend immer mehr Fans. Der pd-f: „Ein gern genutztes Angebot sind die sogenannten Themenrouten, die das Interesse an Radreisen steigern, weil sie Kultur und Kulinarik mit Aktivität verbinden. Durch eine gute Ausschilderung sorgen sie für Orientierung und Verlässlichkeit.“

Die Übernachtungsfrage hängt vom Budget und der Art der Radreise ab. „Eine gängige Übernachtungsmöglichkeit ist es, mit dem Zelt unterwegs zu sein“, so der pd-f. Rund ein Fünftel der Radreisenden nutze den Campingplatz als Übernachtungsoption. „Der Großteil setzt allerdings mittlerweile auf eine komfortablere Übernachtungslösung in Hotel oder Pension. Immer beliebter wird auch, eine feste Unterkunft zu buchen und von dort aus Tagesausflüge zu absolvieren“, weiß der pd-f. Das Gepäck bleibt in der Unterkunft, und man muss kein bestimmtes Ziel erreichen, wenn es schlechtes Wetter gibt.

Leichtes Gepäck

Man kann mit dem Rad direkt an der eigenen Haustür starten. Optional bieten sich auch Anfahrten mit der Bahn oder dem Auto an. „An Popularität gewinnen Radreisen mit Gepäcktransport durch den Veranstalter“, so der pd-f.

„Minimalistische Radreisen mit sportiven Rädern und leichtem Gepäck, das sogenannte Bikepacking, hat in den letzten Jahren einen starken Zulauf erhalten“, teilt der pd-f außerdem mit. „Durch eine Vielzahl unterschiedlicher Taschen lässt sich selbst eine Campingausrüstung direkt am Rahmen des Rads verstauen.“ Diese Art des Urlaubs sei allerdings eher etwas für Individualisten.

Leihräder im Trend

Eine Radtasche für die Dinge des Alltags sollte man aber immer dabei haben. Diese kann je nach Gusto entweder am Gepäckträger, am Lenker oder direkt am Rahmen befestigt sein. Sie sollte Platz für wichtige Dinge bieten, die man im Laufe des Tages benötigt. Dazu zählen Geldbeutel, Schlüssel, Proviant, Sonnencreme, Sonnenbrille und eine Regenjacke. Eine Minipumpe und Reifenflicken beziehungsweise ein Ersatzschlauch sollten ebenfalls nicht fehlen. Wer es bequem mag: Nicht immer muss das eigene Rad mitgenommen werden. Viele Regionen bieten Leihräder an. So kooperieren Unterkünfte direkt mit örtlichen Fahrrad-Verleihern. Der pd-f empfiehlt, sich diesbezüglich umfassend vor der Reise zu informieren und auch zu reservieren.

Nicht zuletzt müssen die Touren geplant werden: Tourismusregionen setzen für die Kunden auf eine gute Beschilderung, klassische Übersichtskarten sowie gedrucktes Infomaterial, auch wenn Apps und Routenplaner für Smartphones immer mehr zum Einsatz kommen. **Petra J. Huschke**



Leichte Touren sind auch mit Kindern möglich. Gut ausgebaute Radwege sorgen für Sicherheit. Foto: www.holland.com/NBTC/Breda Marketing/pd-f



Radreisen wollen gut geplant sein, zum Beispiel mit Karten. Foto: www.schwaebischealb.de/pd-f



So sieht Genussradeln aus: Gemütlich an Wiesen und Feldern entlang, wird die Natur zum Erlebnis. Foto: www.schwaebischealb.de/pd-f

– Anzeige –

Private Gelegenheitsanzeigen

Heimtrainer – Kettler Ergo C10 Ach.-Preis: VB / Tel.: 02652-7576

Seniorenmobil-4-Rad, Luftbereift + Zubehör, sehr guter Zustand/Preis: VB/T: 0365-71291321 (Thür.)

Biete 2-Raum-Whg. im Kr. Biedenkopf für Dame / Mietpr. = Hilfe im Haushalt / Tel.: 015142841757

Suche DEUTSCHE History 1933 bis 1945, Fotos, Orden, u.s.w., Tel. (0175) 8142273.

Suche kleine Wohnung im ländl. Raum (Thüringen/Sachsen) tel.: 0151 23341323

Redakteur schreibt, berät, plant Ihr Buch oder Ihre Biografie. Mobil: (0 15 73) 3 73 93 91.

Sammler kauft: Alte Reklameschilder u. alles aus der alten Werbung. Tel: (0173) 8 05 11 51.

Kaufe Modelleisenbahnen aller Hersteller und Größen (Märklin, Fleischmann, Trix, Pico, LGBusw.) sowie Blechspielzeug, Anlagen u. ganze Sammlungen. Tel.: (0177) 3 14 75 38 (rufe zurück).

Elektrorollstuhl, faltbar f. Autotransport, sehr gepflegt stabil u. leicht , Privatverkauf, Standort Düsseldorf, Versand möglich. Tel. o. WhatsApp: 0173 9732300

faltb. Dreirad-E-Bike; (5/25); 24 Zoll 7-Gang; Preis: VB; T: 02836 / 5009690

Suche günstigen, fahrbereit. Camper-Van / Wohnm. / wenig TÜV i.O. / lionkids@mail.de



Betreutes Wohnen



Kurstift
BAD BRÜCKENAU

Ein- bzw. Zweiraum - Appartements 36 oder 50 qm mit Dusche/WC, Loggia und Pantryküche. Im Haus: Hallenschwimmbad und Fitnessraum

Selbstständig leben, sicher betreut – Ihr neues Zuhause mit Herz

Mietpreis einschließlich vieler Leistungen ab 1.328,51 €

www.kurstift.org

info@kurstift.org, Schillerstr. 7, 97769 Bad Brückenau, Telefon (09741) 84 - 0

Anzeigenschluss für die Ausgabe Sept. 2026:
6. August 2026
Gerne berate ich Sie:



Paul Niehs
Telefon:
(0 15 15) 06 78 55 – 0
E-Mail:
p.niehs@720health.media

Nordsee · Ostsee

Kaiserbad Heringsdorf – gemütliche Ferienwohnungen ebenerdig, strandnah, Sonnenterrasse, freie Termine, ab 80,- €,Tel.: 01746882835

Barrierefreier Bungalow, freist. und **ebenerdig**, in Dorum/Nordsee, strandnah, eigener Strandkorb, 2 SZ, für **Senioren/Allergiker** – keine Haustiere. Telefon: (0 63 62) 57 75, www.ferienhaus-belair.de

Nord-Ostsee-Kanal, meist befahr. künstl. Wasserstr. der Welt, Fewos, Dachterr., Badesee, Hauspr., Tel.: (04835) 1300, www.landhausamgrashof.de

Spontan an die Ostsee – Darf es etwas Meer sein? N.h. Ostseebad Grömitz (Lübecker Bucht) / Haus f. 2-3 Pers. Frei Preis auf Nachfrage (Lohnt sich) / Info- und Hausprospekt gratis Tel.: 04363 2864 / E.: billigurlaub@t-online.de

Wyk / Föhr FEWO für 2 Personen Direkte Strandlage m. Schwimmbad Tel. 0173-4106817

Barrierefrei

Barrierefreier Mosel-Urlaub

3 Nächte mit HP (4-Gänge) p.P./DZ € 359,-
5 Nä. bei Anr. So, 3x HP (4-Gänge) p.P./DZ € 499,-
inkl. Weinprobe & Kellerbesichtigung



Traditionsreiches Weingutshotel, **Großzügiger Parkplatz**, Neues Gästehaus mit **Aufzug** und **Tiefgarage**. Eingang, Restaurant und Frühstücksraum stufenlos erreichbar. Alle Zimmer (35 qm) mit Moselblick und **barrierefrei**; alle Bäder (12 qm) mit Tageslicht, **3 Bäder rollstuhlgerecht**. **Sanitätshaus** und **Pflegedienst** bei Bedarf verfügbar.

Weingutshotel „St. Michael" Inh. Michael Quint
Moselweinstr. 4 · 54487 Wintrich bei Bernkastel
Tel. 06534 - 233 · info@erbhof-st-michael.de
www.erbhof-st-michael.de

Oberpfalz

Bad Neualbenreuth: ****Fewo, ruh. Lage, 7 x ÜF, 5 x Thermalbad Sybillenbad, 1 x 3-Gänge-Menü, p. P. 345 €, Tel.: (0 96 38) 4 98.

Niederbayern

Miet-Ferienwohnung Zwiesel Nationalpark ideal f.Rad u. Wandern/Hunde willk./tel.: +49-9922-6618

Bad Füssing: Sehr schöne günstige FeWo f. 2 P ideal auch f. offene Badekur 0170-8316584

Bad Füssing: App. mit Lift, Balkon/Terr., ab 33 € f. 2P., (0 85 31) 7 04 95 11, www.haushanna.com

Wohlfühlwoche Haus Nürnberg in Bad Füssing App. mit Kü/Bad/Balk., f. 2 P.: 10 x Therme, 6 x Mass., 6 x Moorp., f. 2 P: 7 Ü ab 718,50 €, 14 Ü ab 1423 €; f. 1 P.: 7 Ü ab 487,00 €, 14 Ü ab 960 €, Heilig-Geist-Str. 1, 94072 Bad Füssing, www.haus-nuernberg.de, Tel.: (08531) 21141

Bad Füssing! Fewo 45 qm, Wozi., Kü., Schlafz, Bad, Balkon, 7xÜ, 8xTherme (Passau-Card). 2 P ab 398 €. Tel: 08533-9192888, www.landhaus-lehner.de

Bayerischer Wald

URLAUBSHOTEL Binder

So muss Urlaub sein!

5 ÜN pro Person ab **385,-**
inkl. Halbpension PLUS
mit Frühstücksbuffet, Mittagsimbiss, Kaffee & Kuchen, abends 3 Gänge-Menü,
Gr. Hallenbad 32°C, 6 Saunen, Fitness

Urlaubshotel Binder, Alfred Binder
Freihofer Straße 6, 94124 Büchlberg
Tel. 08505 / 90070, info@hotelbinder.de
www.hotelbinder.de

Schwarzwald



Willkommen in Marienfried!
Ihr Ort für Begegnung und Auszeit

Genießen Sie den Panoramablick über die Weinberge bis hin zu den Vogesen. Wir sind Ihr idealer Ort zum **Feste feiern, professionell Tagen, Körper – Geist und Seele Auftanken**. NEU bei uns: Christliche Ayurveda Programme. Unser Anspruch ist es, dass Sie rundum sorglos bei uns sein können. Gerne verwöhnen wir Sie mit unserer umfangreichen und **regionalen Küche**. Unser **Lädele** – Geschenke fürs Herz – sowie unser **Spielplatz** und unser Fußballkleinfeld stehen für unsere Gäste bereit. Herzstück ist unsere **Wallfahrtskapelle** mit großzügigem Vorplatz: Hier tut das Verweilen rundum gut! **Wir freuen uns auf Sie!** *Ihr Marienfried-Team*

Seminar- und Bewegungshaus Schönstatt-Zentrum Marienfried
Bellensteinstr. 25 I 77704 Oberkirch | Tel. 07802 92850
marienfried@schoenstatt-oberkirch.de | **www.schoenstatt-oberkirch.de**

Schönstatt-Zentrum Oberkirch *Marienfried*

Nordschwarzwald, Fewo, EG, Südterrasse, WLAN, Imkerei, T. (07235) 7289, www.bee-inn.de

Genießen Sie den Sommer!

Eifel / Mosel / Hunsrück

Den Sommer genießen ... im Mühlental, zw. Rhein & Mosel, Nähe Cochem

FeWo (65 m²) mit Panoramablick, barrierefrei ab € 65/Tag/ab 2 Personen Halbpension zubuchbar!

3x Ü/HP ab € 199.- pro Person/DZ
3x Verwöhnfrühstück, 3x abends Genießerbuffet, regionales Präsent und 1 Fl. Wasser a.d. Zimmer, **1x Mosel-Schifffahrt**. Nähe Geierlay-Hängebrücke. | **Kinder bis 6 Jahre frei**

Jetzt buchen! Zum Mühlental Hotel & Restaurant & Ferienwohnungen

Inh. Fam. Carsten Hansen · Mühlenweg 2a · 56290 Mörz · T. 06762/8627 · info@hotel-zummuehlental.de · www.hotel-zummuehlental.de

Urlaub direkt an der Mosel
Schwimmbad & Sauna ★ Lift ★ Zugang barrierefrei ★
Fam. gef. Hotel bei Bernkastel-Kues (5 km), 90 B., Du/WC/TV, Moselterrasse, Liegewiese, Kegelbahn. Zentral gelegen für Wander-/Radtouren und herrl. Ausflüge: z.B. Trier (35 km), Luxemburg (60 km).

Sparpreis:
5x HP ab 510,- €
7x HP ab 710,- €
Gruppenpreis auf Anfrage

Hotel Winzerverein

www.hotel-winzerverein.de · Tel. 0 65 32 / 23 21
HBG Scheer GmbH & Co. KG · Burgstraße 7 · 54492 Zeltingen

Teutoburger Wald

Bad Salzuflen, Fewo an der Promenade, 1A-Lage, priv. Garten, überdachte Terr., Telefon: (05222) 15217, fewobadsalzuflen@gmail.com

Bayern



Alpen Hotel Seimler Berchtesgaden

– Top-Angebote für Ihren Urlaub! 3 Nächte ab € 271,50 p.P.; 7 Nächte ab € 581,- p.P.
– Immer dabei: Halbpension, Wellness und Begrüßungsschnapserl
– 106 renovierte Zimmer mit allem Komfort.
– Wellness mit Hallenbad, Sauna und Dampfbad
– Riesige Sonnenterrasse mit Watzmann-Blick, Gratis-Parkplatz, E-Lade-Stationen und E-Bike-Verleih

Nicht weitersuchen – gleich buchen!

Maria am Berg 3–5
83471 Berchtesgaden
Tel. (08652) 6050
info@hotelseimler.de
www.hotelseimler.de

KOLBERBRÄU Posthotel und Gasthaus



"Bergverführung und Bachgeflüster"

4 Tage/3 Nächte im Zentrum von Bad Tölz inkl. **Halbpension** ab **328,50** € p. P.
- Jetzt anfragen & buchen

Angebot

Genießen Sie leckere Schmankerl im Biergarten

Posthotel Kolberbräu / Marktstraße 29 / 83646 Bad Tölz
Tel: +49 (0)8041 7688-0 / info@kolberbraeu.de / www.kolberbraeu.de

Harz

MODERNES THEMENHOTEL · BUFFET-RESTAURANT · BARS

BURGCAFÉ · EVENTS · LIVE-MUSIK · WELLNESS · FRISEUR









Hasseröder Burghotel Wernigerode / Harz

10 Jahre Hasseröder Burghotel 2016 2026

Burg-Harz-Horizonte

Gaumenfreuden · Entertainment · Wellness · Erlebnisse und noch vieles mehr!





- **5 Tage / 4 Übernachtungen** HP+ inklusive umfangreiches Wohlfühl- und Erlebnispaket (u. a. Minibar mit täglich kostenfreien Softgetränken, Begrüßungsdrink, Live-Musik, u. v. m.)
- **4 Abendessen** vom großzügigen Buffet inkl. Eis und aller Getränke zu den Mahlzeiten
- **20% Rabatt** auf Hotel-Wellness-Angebot + **10% Rabatt** auf Hotel-Friseur-Angebot*
- **Wertgutschein** Hotel-Shop

* nach Voranmeldung / Verfügbarkeit



1 x 4-Tages-HarzCard - die All-Inclusive-Card
mit der über 100 Ausflugsziele kostenfrei besucht werden können. Die HarzCard ist im Wert von 65,00 € pro Erwachsenen und 45,00 € pro Kind enthalten.

Ihr Komplettpreis
Angebot gültig im Zeitraum bis 20.12.26
Kinder 5-15J stark ermäßigt. Kinder 0-4J kostenfrei.
Zzgl. WE-Zuschlag 15,00 €/Erw./Nacht (Fr & Sa).

je Erw. im DZ **449,00 €**
Angebotspreis inkl. MwSt. zzgl. Kurtaxe.

Jetzt bis zu **35% Vorteil!**

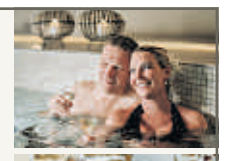
BURGHOTEL WERNIGERODE GMBH & CO. KG · LANGER STIEG 62 · 38855 WERNIGERODE · TEL +49 (0)39 43 / 51 64-0 · WWW.HASSEROEDER-BURGHOTEL.DE

Kur und Gesundheitsurlaub

THERMENHOTEL ★★★★ SONNENHOF

Longevity im SONNENHOF – Thermalwasser, Sauna, Physiotherapie (auch auf Arzt-Rezept). Vier-Gänge-Wahlmenü. Komfortable Zimmer, viele Inklusivleistungen und Kulturangebote. **Auch für Beihilfe-Berechtigte und Angestellte im öffentlichen Dienst.**

Direkt im Zentrum von Bad Füssing
Tel. 08531 2264-0
www.thermenhotel-sonnenhof.de





Vitalität und Wohlbefinden in Bad Füssing

Sommerfrische Grüße und gute Erholung!



UIBELEISEN
SANATORIUM & GESUNDHEITSZENTRUM

PRIVATE PAUSCHALKUREN
Ihre „alles inklusive" Zeit für die Gesundheit



Inklusive Leistungen
- Unterbringung im komfortablen Zimmer
- Vollpension mit Getränken zu den Mahlzeiten
- Fachärztliche Untersuchungen
- Verordnete Therapieanwendungen**
- Kaffee- & Teestunde am Nachmittag
- Mineralwasser und Obst für das Zimmer

Information & Buchung:
0971 918-0
Bequemer Fahrservice direkt ab Ihrer Haustür möglich!

Prinzregentenstr. 15
97688 Bad Kissingen
www.uibeleisen.com

ab € 139,-*
*pro Person / Tag zzgl. Kurtaxe
**Anwendungen Mo.-So.

Franken

Wohlfühlen im FRÄNKISCHEN SEENLAND:
5 N / HP ab 329,- €, 1 Woche ab 448,- €, Gasthof/Metzgerei Wiedemann, 91729 Gräfensteinberg bei Gunzenhausen, Tel: 09837–217, www.schwarzeskreuz.de

Fränk. Seenland, sehr schöne Fewos, ideal zum Wandern, Radfahren, Badezugang 200 m, Tel.: (09 11) 88 44 11, www.seenland-wiesengrund.de

Oberfranken, Nähe Bad Staffelstein, Thermalbad, 2 FeWos 50 qm, Balkon, pro Tag für 2 Pers. € 47,–, WLAN, Prosp. anf., Tel.: (09573) 235387, www.ferienwohnungen-elker.de

Fränkisches Seenland Fewos u. Fehaus, Angler (eig. Gewässer), Hundefreunde (eingez. Hundewiese und -geräte), Wander- und Radweg ab Haus. www.gaestehausandrea.de, Tel.: (0 98 37) 12 40

Erholen Sie sich gut

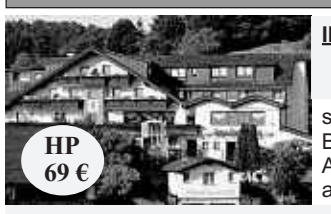
Gasthof · Hotel · Metzgerei Zum Goldenen Adler

4 ÜN p. Pers. ab 275€
inkl. Halbpension
Neu: Massagen im Haus möglich

Eigene Metzgerei / Frühstücksbuffet / Biergarten und tolle Ausflugsziele / 3-Gang Wahlmenü / Aufzug / Prospekt anf.

Gasthof-Hotel-Metzgerei, zum Goldenen Adler - Lohrer Straße 2, 96176 Pfarrweisach - Tel. 09535/269 - Mail: Info@gasthof-eisfelder.de - Web: www.gasthof-eisfelder.de

Spessart



Ihr Gruppenhotel - Barrierefrei - Panoramalage - Lift - Hallenbad-Infrarot-Sauna-Whirlpool-Dampfbad-Kegelbahn-Tischtennis-Boule-Platz

staatl. anerk. Erholungsort. 90km Wanderwege, Biergarten, Livemusik, viele Einzelzimmer, Beste Ausflugsmöglichkeiten, Seniorengerecht, alle Zi. Flachdusche/WC/Fön/Safe/Wlan/TV.

Landhotel Spessartruh | Wiesenerstr. 129 | 97833 Frammersbach
Tel.: 09355-7443 | www.landhotel-spessartruh.de | landhotel@spessartruh.de

Odenwald



Urlaub im Naturpark Neckartal-Odenwald • Gruppenreisen 2026
69436 Schwanheim bei Heidelberg • Dorfwiesenstr. 11

Hotel & Pension Schwanheimer Hof

Unser familiär geführtes Hotel ist seit Jahren beliebtes Ziel für Gruppen- u. Seniorenreisen.
Durch die zentr. Lage von Schwanheim ist unser Haus idealer Ausgangspunkt für Ausflugsfahrten nach Heidelberg, Schwetzingen und Speyer. Schifffahrt auf dem Neckar - Odenwaldrundfahrt, tolle Rad- und Wanderwege uvm. Alle Zimmer mit Du/WC, TV, Balkon. Reichhaltiges Frühstücks- und Salatbüffet am Abend. Große Sonnenterrasse. Fragen Sie nach unseren attraktiven Gruppenangebote, für 20 - 50 Personen.
Claudia Eckelmann - Frieß · Tel 0 62 62 - 63 81 · Fax 9 50 34 · info@schwanheimerhof.de

Österreich

Ihr 3*Superior Hotel im Salzkammergut**

TOP-Reisepakete für unsere Gruppen 2026
ab € 355,- f. 4 Nächte bis € 513,- f. 6 Nächte inkl. HP, Ausflügen, Reiseleitg. etc.



- **TOP Lage** - ruhig, mit vielen Ausflugszielen
- **TOP Zimmer** - vom Economyzimmer bis zur Suite
- **TOP Ausstattung** - Hallenbad, Sauna, Freibad, uvm
- **TOP Unterhaltung** - Tanzabend und geführte Wanderung
- **TOP Verpflegung** - Themenbuffets oder Wahlmenüs

HP ab € 70,- (2026)

Bis zu 30 EZ verfügbar - großer Busparkplatz direkt vor dem Hotel!

Hotel Schober GmbH & Co KG (vertreten durch Hermann Schober/Inhaber)
A-4880 Berg im Attergau, Hipping 18, Tel. 0043 7667 8343, FaxDW 888,
Mail: office@lohninger-schober.at Web: www.lohninger-schober.at

Polen

(K)urlaub u.a. Usedom, 7 Tg, HP,10 Anwd., Hotel **** ab € 222,-,optional Hausabholung ab € 99,- JAWA-Reisen.de (GmbH), Giersstr. 20, 33098 Paderborn, ☎**05251 – 390 900**

Ausland

Schöne FW. an der Costa del Sol www.cmijas137.de (Panoramabilder)

Wir wünschen Ihnen einen schönen Start in den Sommer

Zweikampf für alle

Beim Taekwondo wird Inklusion gelebt, wie bei der Europameisterschaft in München zu beobachten war

Einige Sportarten legen großen Wert auf ein Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung. Der asiatische Kampfsport Taekwondo gehört dazu, wie die Europameisterschaft in München vor Kurzem gezeigt hat.

So sollte Inklusion sein: Auf drei Matten kämpften die Athletinnen und Athleten bei den Taekwondo-Europameisterschaften in München – und auf der mittleren traten die Parasportlerinnen und -sportler an. Mit dabei waren zwei deutsche Athleten, und einer von ihnen gewann sogar den EM-Titel: Der 20-jährige Oberbayer Aziz Hanefi, der ohne Arme auf die Welt kam, holte Gold. In seiner Klasse K41 bis 70 Kilogramm setzte er sich gegen zwei starke Konkurrenten aus Georgien durch.



Goldmedaillengewinner der EM: Aziz Hanefi. Foto: Julia Ronken



EM-Premiere: Kolja Grabe (mit rotem Helm) im Duell gegen Giorgi Nikoladze. Foto: Sebastian Heise

Der 17-jährige Kolja Grabe verlor in der ersten Runde gegen den älteren und erfahreneren Giorgi Nikoladze aus Georgien. Für den jungen Niedersachsen war es aber dennoch ein besonderes Erlebnis: Schließlich waren es seine ersten internationalen Meisterschaften.

Bereits mit fünf Jahren begann er auf Anraten seines Vaters mit Taekwondo. Kolja Grabe, dem von Geburt an der linke Unterarm fehlt, war im Verein der einzige Sportler mit Behinderung. Für die anderen war das aber nie ein Problem, und so trainierte er jahrelang mit Sportlern ohne Behinderung.

Er wurde immer besser und hätte aufgrund seiner Leistung bereits früher an Welt- und Europameisterschaften teilnehmen können. Die festgelegte Altersgrenze hinderte ihn jedoch daran, was er in einem Fragebogen als „größte Enttäuschung" seiner bisherigen Karriere bezeichnete. Doch nun ist er auch international am Start. Sein großes Ziel sind die Paralympischen Sommerspiele 2028 in Los Angeles.

Erster EM-Titel

Bundestrainer Sasan Dalirnejad war sehr zufrieden mit der EM-Premiere seiner beiden Athleten. „Wir haben das Maximum rausgeholt, was möglich war", sagte er. „Mit EM-Gold von Aziz haben wir Para-Taekwondo-Geschichte geschrieben." Es ist der erste Titelgewinn für einen deutschen Athleten. Über eine weitere Medaille für Kolja Grabe hätte sich der Bundestrainer natürlich auch gefreut. „Allerdings war sein Gegner deutlich erfahrener, was man im Kampfverlauf beobachten konnte." Er sprach von einer „bereichernden Erfahrung" für beide. „Ich traue ihnen zu, dass sie sich bei der WM Ende des Jahres von ihrer besten Seite zeigen werden."

Denise Liedtke kümmert sich als Sportkoordinatorin Leistungssport um den Parasport. Die Europameisterschaft in München bewertet sie als wichtigen Schritt. Taekwondo ist nach ihren Worten so inklusiv wie kaum ein anderer Sport. „Zum einen ist Inklusion bereits in unseren Werten verankert, und zum anderen kann man Taekwondo individuell betreiben", erklärt sie. Neben dem paralympischen Zweikampf gibt es weitere Disziplinen, die ohne Kontakt betrieben werden können.

Bei den Duellen auf der Matte gilt laut Liedtke für alle Sportlerinnen und Sportler – ob mit oder ohne Behinderung: „Es sind dieselben Kampfrichter, es ist dieselbe Fläche und derselbe Fokus." In den Regeln gibt es beim Para-Taekwondo nur einen Unterschied zum Wettkampf derjenigen ohne Behinderung: Die Sportlerinnen und Sportler dürfen nicht zum Kopf treten. Inklusion zeichnet sich nach ihren Worten durch die Haltung aus, „und die ist großartig im Taekwondo". **Sebastian Heise**



Kolja Grabe (Zweiter von links) mit (von links) Physiotherapeut Oliver Reiff, Bundestrainer Sasan Dalirnejad und Sportkoordinatorin Denise Liedtke. Foto: Sebastian Heise

So inklusiv wie noch nie

Deutsche Tischtennis-Meisterschaften offen für jede und jeden

Bei den Deutschen Tischtennis-Meisterschaften in Erfurt wurden neue Maßstäbe in puncto Inklusion gesetzt. Erstmals spielte ein Rollstuhlfahrer mit einer nicht-behinderten Ex-Nationalspielerin im Mixed mit, und ein Juniorenspieler mit Behinderung gewann sogar den Meistertitel im Einzel.

Mio Wagner sorgte bei den Titelkämpfen in Thüringen für eine historische Bestmarke: Als erster Para-Athlet gewann der Linkshänder aus Schleswig-Holstein im Wettbewerb U19 (unter 19-Jährige) die Deutsche Meisterschaft im Tischtennis-Regelsport. Aufgrund einer angeborenen Radiusaplasie fehlen dem 19-Jährigen Knochen im rechten Unterarm. Im Endspiel präsentierte sich der mehrfache Deutsche Para-Tischtennis-Meister in bestechender Form und besiegte Jia Yuan Zhang vom TuS Germania Schnelsen souverän in nur drei Sätzen mit 11:8, 11:7 und 11:8. Zuvor hatte die Nachwuchshoffnung des SV Siek im Halbfinale mit Matej Haspel (SV DJK Kolbermoor) einen der Favoriten aus dem Turnier geworfen. Kurz vor seinem Einzelerfolg hatte Mio Wagner bereits gemeinsam mit Jamal Oudriss Gold im Doppel gewonnen.

Nachwuchs-Bundestrainer Andreas Wenzel war voll des Lobes über den neuen Titelträger: „Was Mio spielerisch gezeigt hat, war große Klasse. Aus Para-Sicht ist das ein wichtiges Signal. Es zeigt, wie hoch die Qualität ist."



Erstmals spielte mit Paralympics-Gewinner Valentin Baus (links) und der ehemaligen Doppel-Europameisterin Kristin Lang ein inklusives Mixed bei deutschen Tischtennis-Meisterschaften mit. Foto: imago/MaJo

Zum ersten Mal in der Geschichte des deutschen Tischtennis spielte bei den Meisterschaften ein inklusives Mixed mit. Valentin Baus, Paralympics-Gewinner 2021 in Tokio, und die frühere Doppel-Europameisterin Kristin Lang boten im Erstrundenduell mit dem bayerischen Duo Janine Hanslick und Nico Longhino großen Sport und verloren am Ende nur knapp mit 8:11 im Entscheidungssatz.

„Viel Spaß gemacht"

Valentin Baus sagte: „Es hat sehr viel Spaß gemacht – auch schon im Training." Der 30-jährige Rollstuhlfahrer fügte hinzu: „Wir hatten uns natürlich erhofft, das erste Spiel zu gewinnen, hatten aber Startschwierigkeiten. Trotzdem war es eine sehr schöne Erfahrung." Für Kristin Lang war es in doppelter Hinsicht ein besonderer Moment: Die langjährige Nationalspielerin beendete ihre Karriere als aktive Sportlerin mit diesem historischen Match. Nach dieser Premiere eines inklusiven Mixed spricht Wenzel von einem „wichtigen Schritt für die Sportart".

Der Deutsche Tischtennis-Bund will die Meisterschaften nächstes Jahr noch inklusiver ausrichten und alle Leistungsklassen für Spielerinnen und Spieler mit Behinderung öffnen. **Sebastian Heise**

VdK-Mitglieder erfolgreich bei EM

Radsportler erringen zahlreiche Medaillen

Das deutsche Para-Radsport-Nationalteam war bei den Europameisterschaften im italienischen Maniago sehr erfolgreich. Die Fahrerinnen und Fahrer fuhren zu drei Goldmedaillen, einmal Silber und siebenmal Bronze.

Silber und Bronze gewann die erfahrene Dreiradfahrerin Angelika Dreock-Käser in der Klasse T2. Das VdK-Mitglied kam im Straßenrennen vor Teamkollegin Jana Majunke auf den zweiten Platz. Zuvor hatte sie im Zeitfahren Rang drei erreicht. Maximilian Jäger, ebenfalls VdK-Mitglied, wurde mit seinem Dreirad in der Klasse T2 sowohl beim Zeitfahren als auch im Straßenrennen in einem starken Starterfeld jeweils Dritter.

Das 44-jährige VdK-Mitglied Manuel Scheichl erfuhr im Zeitfahren in der Klasse H2 ebenfalls die Bronzemedaille. Dazu kam er im Straßenrennen auf einen sehr guten vierten Platz. Im Zielsprint verpasste er das Podium nur knapp. „Die Medaille bedeutet mir sehr viel, denn die H2-Konkurrenz ist sehr stark", sagte Scheichl.

Routinier Michael Teuber, der auch dem VdK angehört, sicherte sich in der C1-Klasse Bronze im Zeitfahren und unterstrich damit, dass er weiterhin zur europäischen Spitze gehört.

Die beiden Top-Talente Vanessa Laws (C4) und Marie Quellhorst (C3) waren als Mitfavoritinnen nach Maniago gereist und überzeugten im Zeitfahr-Wettbewerb gleich an Tag eins. Beide gewannen jeweils die Goldmedaille. Die 22-jährige Laws sicherte sich im Straßenrennen zusätzlich Bronze. Quellhorst hatte in der zweiten Disziplin Pech und wurde Vierte.

C4-Fahrer Jakob Klinge siegte im Straßenrennen und holte damit den dritten EM-Titel für das deutsche Team. Handbiker Daniel Ulmann (H3) errang den dritten Platz im Zeitfahren, und Pierre Senska sicherte sich im Straßenrennen (C1) die Bronzemedaille.

Bundestrainer Gregor Lang zog eine positive Bilanz: „Die EM war extrem stark besetzt. Elf Medaillen mit drei Titeln sind ein Ergebnis, mit dem ich sehr zufrieden bin." Nächstes großes Ereignis für das Team ist die Weltmeisterschaft im September in Huntsville in den USA. **hei**



Foto: Drew Kaplan

Maximilian Jäger mit einer seiner beiden Bronzemedaillen.

Neue Heizung: Was kommt auf mich zu?

Chancen, Risiken und viele offene Fragen für Eigentümer und Mieter beim Gebäudemodernisierungsgesetz

Wenn die alte Öl- oder Gasanlage den Geist aufgibt, stehen Hausbesitzerinnen und -besitzer vor der Frage: Was soll rein – und was kann ich mir leisten? Mit dem geplanten Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) will die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für solche Entscheidungen neu regeln.



Ein Heizungstausch will gut überlegt sein.

Foto: picture alliance/Visually/Andrew Angelov

Eine neue Gasheizung mag heute günstiger wirken. Aber die laufenden Kosten können sich über die Jahre erheblich erhöhen. Der CO_2-Preis steigt jedes Jahr. Hinzu kommen wachsende Netzentgelte: Je mehr Menschen aus dem Gasnetz aussteigen, desto teurer wird es für die verbleibenden Nutzerinnen und Nutzer. Berechnungen des Fraunhofer-Instituts zeigen, dass der Einbau einer Gasheizung gegenüber einer Wärmepumpe bis 2045 Mehrkosten von bis zu 24000 Euro bedeuten kann. Der Bundestag befasst sich derzeit mit dem GModG. Die geplanten Änderungen lassen erahnen, wohin die Reise geht.

Drei Beispiele

Rentnerin Hannelore ist 72 Jahre alt und wohnt in einem Einfamilienhaus auf dem Land. Ihre 25 Jahre alte Gasheizung muss bald ersetzt werden. Eine Wärmepumpe wäre klimafreundlicher und langfristig günstiger, aber die Anschaffungskosten betragen schnell 20000 bis 25000 Euro. Hannelore hat keine größeren Rücklagen, und die Bank lehnte einen Kredit ab, weil sie über 70 ist. Eine neue Gasheizung ist für sie die einzige bezahlbare Option. Hannelore könnte die Förderung für eine Wärmepumpe nutzen. Jedoch muss sie die Sanierungsarbeiten erst durchführen lassen und selbst finanzieren.

Familie Özdemir lebt in einem Vier-Personen-Haushalt in einer Mietwohnung in einer Großstadt. Die Familie zahlt die Nebenkosten selbst, hat aber keinen Einfluss darauf, welche Heizung der Vermieter einbaut. Entscheidet sich der Vermieter für eine neue Gasheizung, weil die Anschaffung günstiger ist, trägt die Familie die steigenden Heizkosten: Steigende CO_2-Preise, wachsende Netzentgelte und teure Biogastarife findet Familie Özdemir dann auf ihrer Nebenkostenabrechnung. Und möglicherweise steigt zusätzlich die Kaltmiete, weil der Vermieter neben den Anschaffungskosten für die neue Gasheizung auch seinen eigenen Anteil der Heizkosten umlegt.

Der 55-jährige Thomas besitzt ein Häuschen in einer Kleinstadt, das er mit einer älteren Gasheizung beheizt. Er würde gerne auf eine Wärmepumpe umsteigen, ist aber unsicher wegen der Kosten, die auf ihn zukommen: Bisher war der Heizungsbetrieb verpflichtet, vor dem Einbau einer neuen fossilen Heizung zu beraten und auf Alternativen hinzuweisen. Diese Beratungspflicht soll nun entfallen.

Diese drei Beispiele zeigen dringenden Handlungsbedarf. Der VdK setzt sich dafür ein, dass die Förderung vor der Investition ausgezahlt wird. Eine Härtefallregelung sollte Menschen in besonderen Lebenslagen vollständig unterstützen: ältere Eigentümer ohne Kreditwürdigkeit, Menschen mit Schwerbehinderung oder Pflegebedarf. Außerdem ist eine kostenlose, unabhängige Beratung nötig.

Der VdK fordert, dass die durch Öl und Gas verursachten steigenden Heizkosten nicht über die Betriebskostenabrechnung oder höhere Mieten an Mieterinnen und Mieter weitergegeben werden dürfen.

Was jetzt zu tun ist

Wenn eine Heizung in den nächsten Jahren das Ende ihrer Laufzeit erreicht, empfiehlt der Sozialverband VdK eine frühzeitige Planung. Dabei sollte geprüft werden, welche aktuellen Förderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) zur Verfügung stehen, da sich die Konditionen verändern können. Wärmepumpen werden derzeit noch vergleichsweise gut gefördert. Auch kostenlose Beratungsangebote, etwa bei der Verbraucherzentrale, können genutzt werden. Zudem ist es sinnvoll, mehrere Angebote einzuholen und die langfristigen Betriebskosten in die Bewertung einzubeziehen.

Robert Manu

Kredit im Alter

Vergleich verschiedener Angebote wichtig

Für Menschen im Rentenalter wird es oft schwieriger, einen Kredit zu erhalten. Der Verbraucherservice Bayern (VSB) rät, Angebote zu vergleichen und die Konditionen genau zu prüfen.

Ein Forschungsprojekt des Instituts für Finanzdienstleistungen (iff) aus dem Jahr 2023 hat gezeigt, dass viele Banken Altersgrenzen bei der Kreditvergabe haben. 55 Prozent der befragten Institute bestätigten dies für Konsumkredite. Bei Immobilienkrediten waren es sogar 71 Prozent.

Jede Bank bewertet die Kreditwürdigkeit anders, sodass sich ein Vergleich mehrerer Angebote lohnen kann. Nach Angaben des VSB weichen Vergabekriterien und Konditionen teilweise erheblich voneinander ab.



Foto: imago/westend61

Ältere Kreditinteressierte stoßen häufig auf kürzere Laufzeiten und strengere Vergabekriterien.

In der Praxis führt das häufig dazu, dass ältere Antragstellende eine höhere Tilgung leisten oder kürzere Laufzeiten akzeptieren müssen, so der VSB. Manche Banken verlangen, dass der Kredit spätestens bis zum 80. Lebensjahr zurückgezahlt wird. Halten Banken eine fristgerechte Rückzahlung aufgrund des Alters der Kundin oder des Kunden für unwahrscheinlich, können sie Kreditanträge ablehnen.

Wer Angebote verschiedener Banken prüfen möchte, kann Zinssätze über Vergleichsportale gegenüberstellen. In Einzelfällen können Kreditmakler unterstützen, um Angebote von Banken zu finden, die ältere Kundinnen und Kunden akzeptieren, so der VSB. Er weist darauf hin, dass Kreditsuchenden in der Regel keine zusätzlichen Kosten entstehen, da die Vermittler von den Banken vergütet werden. Die Kreditvergabe erfolgt dann direkt über die Bank.

Wer den Eindruck hat, wegen seines Alters bei der Kreditvergabe benachteiligt worden zu sein, kann sich an die Verbraucherverbände, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sowie die Antidiskriminierungsstelle des Bundes wenden. Dort können sich Betroffene beraten lassen und Unterstützung erhalten. **ken**

Lücken im Rentenverlauf schließen

Die Zahlung freiwilliger Beiträge in die DRV kann sich auszahlen

Rund 180000 Versicherte zahlten zuletzt freiwillig Rentenbeiträge in die gesetzliche Rentenversicherung ein, zum Beispiel um Abschläge bei vorzeitigen Renten auszugleichen oder vorgeschriebene Wartezeiten bis zur Rente zu erreichen. Das teilt die Deutsche Rentenversicherung (DRV) mit.

Grundsätzlich gilt eine Pflichtversicherung aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Beiträge werden in der Regel je zur Hälfte von den Arbeitgebern und den Beschäftigten getragen.

Freiwillig versichern können sich beispielsweise Selbstständige, Freiberufler oder nicht erwerbstätige Erwachsene wie Hausfrauen. Auch Deutsche, die im Ausland leben, können Beiträge zahlen.

45 Versicherungsjahre

Die Höhe der freiwilligen Beiträge kann jeder selbst festlegen. Derzeit können sie zwischen 112,16 Euro und 1571,70 Euro pro Monat liegen. Ein Grund für die freiwillige Versicherung kann sein, dadurch die Wartezeit für besonders langjährig Versicherte zu erfüllen. Wer 45 Versicherungsjahre vorweisen kann, kann vor der Regelaltersgrenze ohne Abschläge in Rente gehen. Um die 45-Jahre-Wartezeit zu erreichen, können auch Zeiten mit freiwilligen Beiträgen genutzt werden, wenn mindestens 18 Jahre mit Pflichtbeiträgen aus einer Beschäftigung vorliegen. Als Beispiel nennt die DRV eine 62-Jährige, die inzwischen als Handwerkerin selbstständig ist und 43 Jahre Rentenzeiten vorweisen kann. Um die zwei fehlenden Jahre zu erreichen, zahlt sie freiwillig den Mindestbeitrag in die Rentenversicherung ein. So kann sie mit 65 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen.



Im Ruhestand zahlt sich aus, wenn regelmäßig Rentenbeiträge eingezahlt worden sind.

Foto: picture alliance/Zoonar/Iuliia Zavalishina

Freiwillige Zusatzbeiträge können aber auch bereits pflichtversicherte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Rentenversicherung leisten, um bei einem vorzeitigen Renteneintritt ab 63 Jahren Abschläge auszugleichen. Diese betragen 0,3 Prozent pro Monat. Mit einer Ausgleichszahlung, die ab dem 50. Lebensjahr möglich ist, kann der oder die Versicherte den Abschlag ganz oder teilweise kompensieren.

Darüber hinaus können Pflichtversicherte mit freiwilligen Rentenbeiträgen Nachzahlungen für Ausbildungszeiten leisten. Wer das machen möchte, muss die Nachzahlung spätestens bis zum 45. Geburtstag beantragen. Einen entsprechenden Antrag und weitere Informationen rund um freiwillige Rentenversicherungsbeiträge bietet die DRV auf ihrer Webseite an. **Jörg Ciszewski**

www.deutsche-rentenversicherung.de

Im Einklang mit der inneren Uhr

Lerche oder Eule: Unser Chronotyp beeinflusst Tagesaktivität und Schlafrhythmus

Nicht jeder ist ein früher Vogel. Bin ich Lerche oder Eule, haben sich sicher viele schon gefragt. Denn die beiden Chronotypen bestimmen Tagesaktivität und Schlafrhythmus. Die Unterschiede sind vor allem genetisch bedingt.



Früher Vogel oder Nachteule? Im Urlaub schlafen viele Menschen nach ihrem eigenen Rhythmus. Foto: imago/Panthermedia

Es gibt Menschen, die morgens scheinbar mühelos aus dem Bett kommen. Sie öffnen die Augen und sind schnell klar im Kopf. Sie können frühstücken, planen, denken, arbeiten – schon zu früher Stunde scheint es so, als hätte der Tag sie freundlich begrüßt. Und dann gibt es andere Menschen, die morgens mit inneren Widerständen kämpfen müssen. Der Körper ist noch schwer, die Gedanken brauchen Zeit, der Appetit kommt spät, und die wirkliche Energie stellt sich vielleicht erst am Nachmittag oder Abend ein.

Zentrale Schaltstelle

Lerchen stehen früh auf, sind morgens leistungsfähig und werden abends schnell müde. Eulen gehen spät ins Bett, schlafen gerne länger und haben ihre beste Leistungsfähigkeit am Nachmittag oder Abend. So in etwa können die beiden Chronotypen vereinfacht dargestellt werden. „Es gibt im Gehirn tatsächlich eine Art zentrale Schaltstelle, die unsere Tagesrhythmen koordiniert“, sagt Psychologe Markus Specht, Leiter des Zentrums für interdisziplinäre Schlafmedizin an der DKD Helios Klinik Wiesbaden. „Der Chronotyp sagt etwas darüber aus, zu welcher Tageszeit unser Körper besonders leicht wach, leistungsfähig und aufmerksam ist – und zu welcher Zeit er eher zur Ruhe kommen möchte“, erläutert Specht.

Das technisch anmutende Wort Chronotyp beschreibt ihm zufolge etwas sehr Menschliches: die persönliche zeitliche Veranlagung. Diese „innere Uhr“ beeinflusse viele Vorgänge wie Körpertemperatur, Hormonhaushalt, Verdauung, Aufmerksamkeit, Stimmung und vor allem den Schlaf-Wach-Rhythmus.

Bei manchen Menschen liegt dieses Zeitfenster früher, bei anderen später. Es gibt natürlich viele Mischformen. Die meisten Menschen sind nicht eindeutig Lerchen oder Eulen, sondern liegen irgendwo dazwischen. „Der Chronotyp ist keine Charakterschwäche. Eine Eule ist nicht faul, nur weil sie morgens schwerer aufsteht. Und eine Lerche ist nicht automatisch disziplinierter, nur weil sie früh wach ist“, stellt Specht klar. Je nach Typ laufen Körper und Geist bei einigen Menschen von Natur aus schon morgens hochtourig. Der Chronotyp kann sich aber auch im Laufe des Lebens mehrfach verändern. „Kleine Kinder sind oft eher früh unterwegs. In der Pubertät verschiebt sich der Rhythmus bei vielen deutlich nach hinten in Richtung Eule“, so Specht. „Jugendliche werden später müde und würden, wenn man sie ließe, oft später schlafen und später aufstehen. Im höheren Erwachsenenalter verschiebt sich der Rhythmus häufig wieder etwas nach vorn. Und viele ältere Menschen werden abends früher schläfrig und wachen morgens früher auf.“

Faktor Lebensstil

Zur genetischen Veranlagung kommen noch die Lichtverhältnisse und der Lebensstil. „Unser Chronotyp ist eine Veranlagung, aber auch beeinflussbar“, betont Specht. „Er ist nicht völlig festgelegt wie die Augenfarbe. Eher ist er wie ein innerer Kompass, der auf Licht, Alltag, Aktivität und soziale Zeiten reagiert.“

Wer morgens viel Sonnenlicht bekommt, stabilisiert meistens einen früheren Rhythmus. Wer dagegen abends viel hellem Licht ausgesetzt ist, besonders durch starke Innenbeleuchtung oder Bildschirme, kann seine innere Uhr laut Specht nach hinten verschieben.

„Den eigenen Chronotyp erkennt man besonders gut an freien Tagen oder im Urlaub“, betont der Psychologe. Denn im Alltag schlafen viele Menschen nicht nach ihrer inneren Uhr, sondern nach sozial vorgegebenen Zeiten. Der Wecker, die Arbeit, die Schule, die Familie oder gesellschaftliche Erwartungen bestimmen, wann wir aufstehen müssen. Specht: „Dadurch sieht man nicht immer, was der Körper eigentlich bevorzugen würde. Im Urlaub dagegen zeigt sich oft deutlicher, wohin der natürliche Rhythmus tendiert.“

Und woran kann man seinen Chronotypen noch erkennen? „Achten wir dazu auf unsere Energie über den Tag“, empfiehlt Specht. Man könne sich fragen: „Wann fühlen wir uns geistig klar? Wann fällt uns konzentriertes Arbeiten leicht? Wann haben wir das Gefühl, dass unser Körper anspringt?“ So kann der Appetit Hinweise geben oder auch, zu welchem Zeitpunkt Sport sich besser anfühlt.

„Gesund wird es dort, wo wir unserem Körper zuhören“, lautet Spechts Fazit: „Der Chronotyp ist eine Orientierung. Er hilft uns, freundlicher mit uns selbst umzugehen. Er erklärt, warum wir uns zu bestimmten Zeiten leistungsfähiger fühlen als zu anderen Zeiten. Und er lädt uns ein, unseren Alltag nicht nur nach Pflichten, sondern auch nach biologischen Vorgaben zu gestalten.“ **Petra J. Huschke**

Schmücken erlaubt, Hupen nicht

Regeln für Autokorsos und Deko während der Fußball-WM

Während der bis zum 19. Juli andauernden Fußball-WM in Kanada, Mexiko und den USA zeigen viele Fans der „schönsten Nebensache der Welt“ Flagge für ihr jeweiliges Land. Für sie gehören Spiegelüberzüge, Schals und vor allem Fahnen am Auto einfach dazu. Aber natürlich gilt es dabei auch, ein paar Regeln zu beachten.



Fans in Solingen feiern den 7:1-Auftaktsieg der deutschen Mannschaft gegen Curaçao mit einem Autokorso. Foto: imago/Tim Oelbermann

Wenn das eigene Team aus dem Turnier ausscheidet, ist die Trauer groß. Kommt die Mannschaft jedoch in die nächste Runde, zieht es viele Anhänger auf die Straße, um gemeinsam mit anderen zu feiern. Dann sorgen Autokorsos, Hupkonzerte und Jubelgeschrei für Verkehrsbehinderungen und Lärmbelästigungen. Unnötiges Hin- und Herfahren sowie vermeidbare Lärmbelästigung sind zwar grundsätzlich untersagt, werden während großer Fußballturniere vielerorts aber geduldet, solange die Verkehrssicherheit nicht gefährdet wird. Die allgemeinen Verkehrsregeln gelten jedoch weiterhin. Wer sich nicht daran hält, riskiert schnell Bußgelder und Punkte, warnt der Automobil-Club Verkehr (ACV).

Hupen beispielsweise ist nur zur Warnung vor Gefahren oder außerhalb geschlossener Ortschaften zur Ankündigung eines Überholvorgangs erlaubt. Bei Autokorsos wird es häufig toleriert, verlassen kann man sich darauf aber nicht, besonders da zahlreiche Spiele erst in der Nacht zu Ende gehen.

Das Überfahren einer roten Ampel ist ein Verstoß, das Blockieren von Kreuzungen, etwa um den Korso zusammenzuhalten, ist ebenfalls unzulässig. Einsatzfahrzeuge dürfen nicht behindert werden, die Rettungswege müssen immer frei bleiben.

Anschnallen ist Pflicht

Wer sich während der Fahrt aus dem Fenster oder dem Schiebedach lehnt oder ungesichert auf einer Ladefläche mitfährt, riskiert nicht nur ernsthafte Verletzungen bei Bremsungen oder Ausweichmanövern, sondern verstößt auch gegen die Straßenverkehrsordnung. Alle Insassen müssen nämlich angeschnallt sein und auf zugelassenen Sitzplätzen sitzen. Große Fahnen an langen Stangen oder andere Gegenstände dürfen während der Fahrt nicht aus dem Fenster gehalten werden.

Kleine Flaggen an den Seitenfenstern sind hingegen ebenso erlaubt wie Fahnen auf der Motorhaube, Fanschals auf der Hutablage oder Spiegelüberzüge in den Landesfarben – solange diese richtig befestigt sind und die Sicht der Fahrerin oder des Fahrers nicht beeinträchtigen. Aber Vorsicht: Integrierte Blinker in den Außenspiegeln dürfen nicht von den Überzügen überdeckt werden. **Mirko Besch**

Cyberkriminalität weiter hoch

Bürgerinnen und Bürger zunehmend betroffen

Die Bedrohung durch Cybercrime bleibt in Deutschland auf hohem Niveau. Angriffe auf Unternehmen, Behörden und kritische Infrastrukturen nehmen zu. Das geschätzte Schadensvolumen für die deutsche Wirtschaft liegt derzeit bei 202,4 Milliarden Euro.

2025 wurden rund 335 000 Fälle registriert. Etwa zwei Drittel davon, knapp 208 000, wurden aus dem Ausland oder von unbekannten Tatorten aus begangen. Auf die Angriffe reagiert Deutschland laut Bundesinnenminister Alexander Dobrindt mit klaren Worten: „Mehr Härte, mehr Befugnisse, mehr Schlagkraft für unsere Sicherheitsbehörden. Der Staat darf im digitalen Raum nicht Zuschauer sein. Wir sorgen dafür, dass unsere Ermittler technisch und rechtlich auf Augenhöhe mit den Tätern handeln und zurückschlagen können.“

Daten gegen Lösegeld

Zentrale Bedrohungen bleiben sogenannte Ransomware-Angriffe, bei denen Daten auf einem IT-System verschlüsselt werden. Eine Entschlüsselung wird erst gegen Zahlung eines Lösegelds (englisch Ransom) in Aussicht gestellt. Im vergangenen Jahr wurden 1041 solcher Angriffe angezeigt. Besonders davon betroffen sind Unternehmen und öffentliche Einrichtungen.

Gefahren durch Cyberkriminelle nehmen hierzulande aber auch für Bürgerinnen und Bürger zu. Laut einer repräsentativen Befragung des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) waren im Vorjahr etwa elf Prozent von ihnen Opfer einer Straftat im Internet. Besonders häufig erlebten Betroffene Betrug beim Onlineshopping und beim Onlinebanking, Fremdzugriffe auf Online-Accounts sowie Phishing, also Täuschungsversuche über gefälschte Webseiten, E-Mails oder Kurznachrichten, um an persönliche Daten zu gelangen.

Zugleich offenbarte die Befragung deutliche Lücken beim Schutzverhalten: Lediglich 14 Prozent informieren sich regelmäßig über Cybersicherheit, während sich 40 Prozent nur hin und wieder damit beschäftigen. **mib**



Oft werden Falschnachrichten per SMS verschickt. Foto: imago/Rolf Poss

Wohnung entrümpeln – aber richtig

Der Verband kommunaler Unternehmen warnt davor, Sperrmüll mit einem „Zu verschenken"-Schild abzustellen

Ein Umzug, eine Haushaltsauflösung, eine Renovierung oder einfach die Entrümpelung des Kellers: Statt auf dem Sperrmüll landen viele Dinge immer öfter mit einem „Zu verschenken"-Schild auf der Straße. Doch darf man das überhaupt?



Zu verschenken: Ausgediente Möbelstücke und Gegenstände werden immer häufiger vor die Tür gestellt. Oft entpuppen sich die Sachen als Gerümpel. Foto: imago/Seeliger

Vermüllung der Städte

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) warnt davor, ausgediente Sachen einfach vor die Haustür zu stellen. „Das Abstellen von Möbeln im öffentlichen Raum zum Verschenken ist keine geeignete Lösung und in den meisten Kommunen auch nicht zulässig", sagt eine Sprecherin. „Was bei einigen gut gemeint ist, kann schnell zu Vermüllung und Verkehrshindernissen führen. Werden Gegenstände nicht zeitnah mitgenommen oder durch Witterung beschädigt, entstehen illegale Abfallablagerungen, die das Stadtbild beeinträchtigen."

Für die lokalen Entsorger ist diese Praxis, die zusehends überhandnimmt, sogar ein echtes Problem, erläutert der VKU. Denn das „Zu verschenken"-Schild ist oftmals gar nicht so selbstlos, wie es auf Anhieb scheint, sondern ein Feigenblatt, um sich Entsorgungskosten oder den Weg zum Wertstoffhof zu sparen. Werden die ausrangierten Dinge nicht von Passantinnen und Passanten mitgenommen, müssen die kommunalen Stadtreinigungsbetriebe eingreifen – mit hohem Aufwand und Kosten, die von der Allgemeinheit getragen werden.

Deshalb gilt: „Beschädigte oder nicht mehr brauchbare Möbel dürfen nicht im öffentlichen Raum verbleiben, sondern müssen über den Wertstoffhof oder andere kommunale Angebote fachgerecht entsorgt werden." Einzige Ausnahme: „Wer etwas verschenken will, kann in geringem Umfang auch sogenannte Geschenkekisten nutzen, wenn diese von der Kommune zugelassen werden. Diese sind aber nur für kleinere Gegenstände wie Bücher, Spielzeug oder Geschirr geeignet, die von Passanten spontan problemlos mitgenommen werden können. Für Möbel gilt dies nicht", so der Verband.

Kommunale Wertstoffhöfe sind laut VKU die zentrale Anlaufstelle, wenn einzelne Möbelstücke abgegeben werden sollen. Viele Städte und Gemeinden bieten zudem Sperrmüllabholungen nach vorheriger Anmeldung an. Das gilt sogar für größere Mengen, etwa bei einer Wohnungsauflösung. Darüber hinaus betreiben Städte und Kommunen oft eigene Gebrauchtwarenkaufhäuser oder Online-Plattformen, über die gut erhaltene Möbel weitergegeben werden können. Das alles gibt es auch bei privaten Anbietern. Hier muss man sich je nach Region erkundigen.

Der VKU empfiehlt, beim Umgang mit alten Möbeln grundsätzlich auf geordnete und nachhaltige Wege zurückzugreifen, um auf Nummer sicher zu gehen. Sehr gut erhaltene Möbel lassen sich möglicherweise sogar noch zu Geld machen – über Kleinanzeigen oder Onlinedienste. Klare Beschreibungen und gute Fotos helfen, um Interessenten zu finden.

Flohmarkt als Alternative

Eine Option kann auch ein Stand auf einem Flohmarkt sein. Manchmal werden gut erhaltene Möbel in karitativen Einrichtungen genommen. Hier muss natürlich vorab geklärt werden, ob ein Bedarf besteht. Auch Nachbarschaftsnetzwerke, bei denen getauscht oder verschenkt wird, können eine Anlaufstelle sein. Es gibt auch ganz offizielle Tausch- und Schenkbörsen.

Eine Alternative zum Sperrmüll ist selbstverständlich immer ein Entrümpelungsdienst. Vor allem, wenn Wohnungen komplett geräumt werden. Das ist für viele die einfachste, wenngleich teuerste Lösung. Hier lohnt sich ein Preisvergleich verschiedener Anbieter.

Petra J. Huschke

Aus Abfall wird Dünger

Was alles auf den Kompost darf



Wer einen Kompost anlegt, gewinnt hochwertigen Dünger und reduziert seinen Haushaltsabfall. Foto: imago/imagebroker

Ein Komposthaufen verwandelt Garten- und Küchenabfälle kostenlos in nährstoffreichen Humus. Doch nicht alles eignet sich dafür.

Es ist praktisch, Rasenschnitt, Laub, verblühte Blumen und andere Pflanzenreste wie Baumschnitt zu kompostieren. Denn sie müssen dann nicht aufwendig entsorgt werden. Auch rohes Obst und Gemüsereste dürfen auf den Kompost, ebenso Kaffeesatz, Teefilter und Eierschalen.

Doch es gibt auch Abfälle, die nicht geeignet sind und in der Biotonne landen sollten. Dazu gehört gekochtes Essen. Besonders Fleisch, Fisch, Brot und Käse könnten Tiere wie Ratten anlocken. Pflanzenreste, die von Schimmel oder einem Pilz befallen sind, müssen ebenfalls in die Biotonne. So kann eine mögliche Ausbreitung gestoppt werden. Das betrifft etwa faule Zwiebeln oder von Krankheiten befallene Tomaten. Auch bei samenbildenden Unkräutern wie Giersch ist Vorsicht geboten. Diese könnten sich sonst beim Ausbringen des Komposts im ganzen Garten verteilen.

Für Hunde- und Katzenkot gilt ebenso ein Verbot: Er könnte Parasiten übertragen. Schnittblumen enthalten oft Pestizide. Deshalb sollten sie anderweitig entsorgt werden. Behandeltes Holz und Asche sind auch problematisch. Diese könnten Schwermetalle oder Chemikalien enthalten.

Detaillierte Trennhilfen bietet das Umweltbundesamt (UBA) unter *www.uba.de/n40230de* **pet**

Sonnencremes sind nur begrenzt haltbar

Bei Kontakt mit Luft, Licht und Wärme verderben die Schutzmittel schneller

Sommer, Sonne, Sonnenbrand? Wer seine Haut mit Sonnencreme mit einem zum Hauttyp passenden Lichtschutzfaktor einreibt und es mit dem Sonnenbaden nicht übertreibt, sollte vor roten Stellen gut geschützt sein. Aber darf man die im letzten Jahr gekaufte Sonnencreme noch verwenden?

Antwort: Es kommt darauf an. Ist die Tube oder Flasche noch ungeöffnet, sind Sonnencremes bei richtiger Lagerung – sprich: an einem dunklen, kühlen und trockenen Ort – laut dem Verbraucherschutzmagazin Öko-Test bis zu drei Jahre haltbar. Anders verhält es sich, wenn die Creme bereits angebrochen wurde und somit mit der Luft und mit Keimen in Kontakt gekommen ist. Denn das führt dazu, dass sie mit der Zeit verdirbt.

Wie das Bundesamt für Strahlenschutz mitteilt, hängt die Haltbarkeit von Sonnencremes von der jeweiligen Zusammensetzung ab und ist deshalb von Produkt zu Produkt unterschiedlich. Grundsätzlich müssen Sonnenschutzmittel, wie alle kosmetischen Mittel, ein Mindesthaltbarkeitsdatum aufweisen, wenn sie nicht länger als 30 Monate haltbar sind. Produkte, die ungeöffnet länger als 30 Monate haltbar sind, brauchen kein Mindesthaltbarkeitsdatum. Sie müssen jedoch mit dem Symbol eines geöffneten Cremetiegels gekennzeichnet werden, der die Verwendungsdauer nach der Öffnung symbolisiert.

Die Angabe „12 M" beispielsweise bedeutet in diesem Zusammenhang, dass dieses Sonnenschutzmittel nach der Öffnung noch zwölf Monate haltbar ist.

Datum notieren

Sonnencreme aus dem Vorjahressommer kann also fast immer noch für die nächste Sommersaison verwendet werden. Am besten notiert man sich auf der Verpackung, wann man sie zum ersten Mal geöffnet hat. Wenn die Creme allerdings nicht mehr gut riecht, sich verfärbt oder sich ihre Konsistenz verändert hat, muss sie auf jeden Fall entsorgt und durch eine neue ersetzt werden. Denn die Sonnenschutzfilter in der Creme bauen sich mit der Zeit ab und beginnen bei Kontakt mit Luft, Licht und Wärme, chemisch zu zerfallen. Die Wirksamkeit des Sonnenschutzmittels lässt dadurch deutlich nach.

Darüber hinaus kann alte Sonnencreme sogar schädlich sein, wenn sie den chemischen Sonnenschutzfilter Octocrylen enthält, warnt die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. Denn dieser Stoff kann sich mit der Zeit zu Benzophenon umwandeln, das allergische Hautreaktionen hervorrufen kann und im Verdacht steht, krebserregend zu sein. Mineralische Filter dagegen sind in der Regel länger stabil als organisch-chemische Filter. In zertifizierter Naturkosmetik sind ausschließlich diese Filter erlaubt. **Mirko Besch**



Sonnenschutz ist in jedem Alter wichtig, da durch Sonnenbrand geschädigte Zellen zu Hautkrebs führen können. Foto: imago/Westend61

Der Mann für die Millionenfrage

Kultmoderator Günther Jauch wird 70

Als Moderator der RTL-Quizsendung „Wer wird Millionär?“ begeistert Günther Jauch seit mehr als einem Vierteljahrhundert ein Millionenpublikum. Der Hörfunk- und TV-Journalist wurde vielfach ausgezeichnet und zählt zu den bekanntesten Persönlichkeiten des deutschen Fernsehens.



Foto: imago/BREUEL-BILD

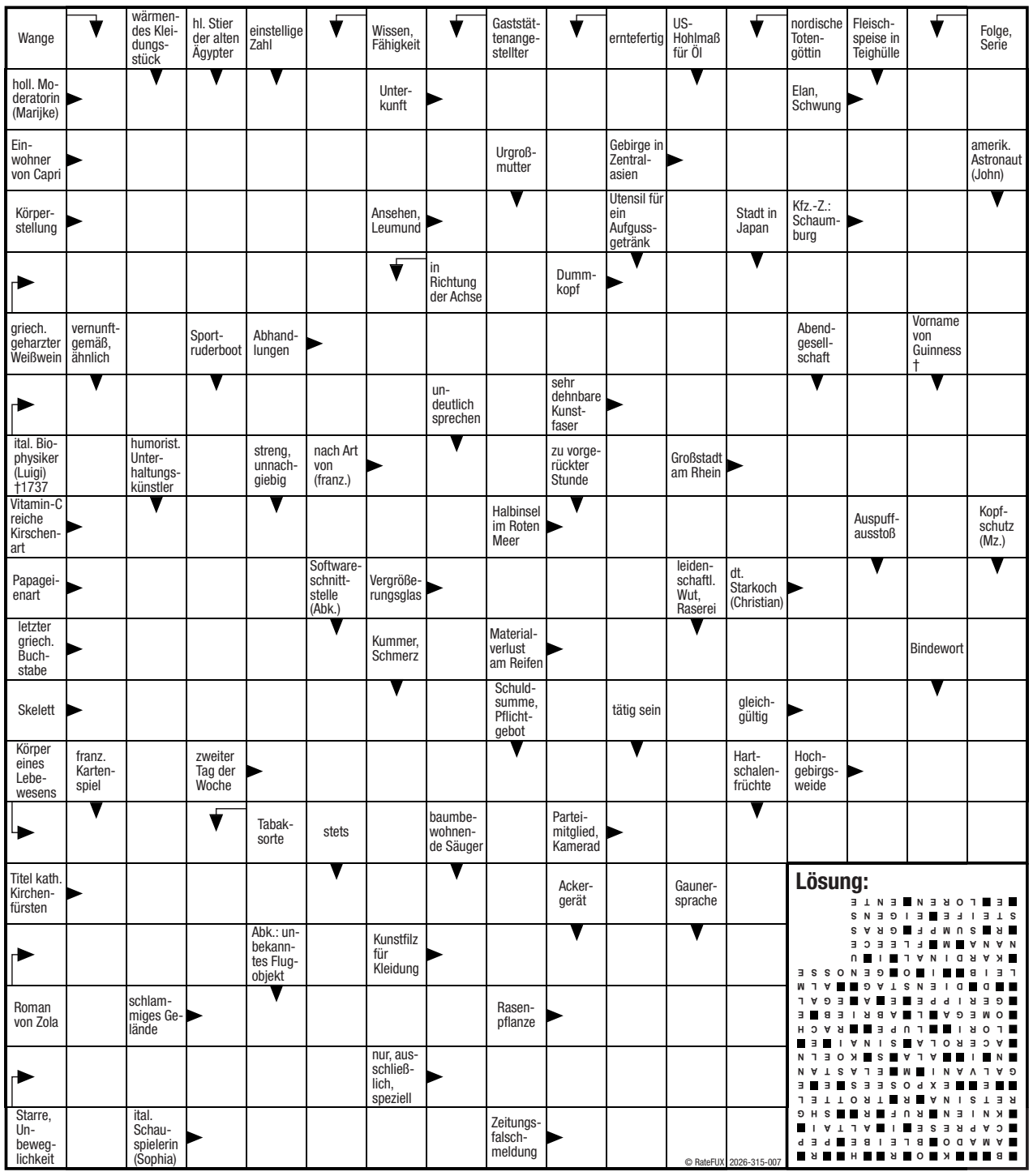
Günther Jauch

Jauch wurde am 13. Juli 1956 in Münster geboren. Nach dem Abitur studierte er zunächst Jura, entschied sich jedoch früh für den Journalismus. Seine ersten größeren Erfahrungen in der Medienbranche sammelte er beim Bayerischen Rundfunk sowie später bei verschiedenen Hörfunk- und Fernsehsendern der ARD. In den 1980er-Jahren machte er sich als Moderator von Unterhaltungssendungen und Magazinen einen Namen. Durch Formate wie „Na siehste!“ und die Zusammenarbeit mit Thomas Gottschalk wurde Jauch populär. Gemeinsam moderierten sie von 1985 bis 1989 die legendäre „B3-Radioshow“.

Mit der RTL-Quizsendung „Wer wird Millionär?“ erreichte er ab 1999 ein Millionenpublikum. Durch seine ruhige, humorvolle und zugleich schlagfertige Art festigte er seinen Status als eine der beliebtesten TV-Persönlichkeiten Deutschlands.

Darüber hinaus präsentierte Jauch politische Talkshows und journalistische Formate. Für seine Leistungen erhielt er zahlreiche Auszeichnungen, darunter den Medienpreis Bambi im Jahr 2001 und im Jahr darauf den Grimme-Preis. Einen weiteren Erfolg feierte er im Jahr 2006: Das zur Fußball-Weltmeisterschaft ausgestrahlte Special von „Wer wird Millionär?“ mit Hape Kerkeling als Horst Schlämmer wurde mit dem Deutschen Fernsehpreis in der Kategorie „Beste Unterhaltungssendung“ ausgezeichnet.

Günther Jauch engagiert sich sozial, unter anderem für verschiedene Hilfsprojekte für bedürftige Kinder und Jugendliche. Gemeinsam mit seiner Familie lebt er überwiegend in Potsdam und widmet sich dem Betrieb eines traditionsreichen Weinguts an der Saar. **ant**



Entdecken Sie alle Seiten des

Sozialverbands VdK!



Der VdK nutzt viele Medien, um seine Mitglieder aktuell und umfassend zu informieren. Mit einer Auflage von rund 1,7 Millionen gedruckten Exemplaren und als E-Zeitung ist die VdK-Zeitung die auflagenstärkste Mitgliederzeitung bundesweit. Der VdK Deutschland ist darüber hinaus auch erfolgreich im Internet und in den sozialen Medien präsent. VdK-TV ergänzt mit Videos zu aktuellen sozialrechtlichen und sozialpolitischen Themen das Angebot.

Ob Sie uns auf einer unserer Webseiten, auf YouTube oder auf einem unserer Social-Media-Kanäle entdecken: Wir freuen uns über Ihr Interesse!



SOZIALVERBAND VdK DEUTSCHLAND
www.vdk.de

YouTube
youtube.com/vdktv

facebook.com/VdK.Deutschland

bsky.app/profile/vdk-deutschland.bsky.social

threads.com/@vdk_deutschland

instagram.com/vdk_deutschland

SOZIALVERBAND VdK
vdktv.de